

# STAATSANZEIGER



## FÜR DAS LAND HESSEN

1986

MONTAG, 20. OKTOBER 1986

Nr. 42

Seite	Seite	Seite
<b>Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei</b>		
Erteilung der vorläufigen Zulassung an Herrn Alexander L. Rattray, Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Frankfurt am Main .....	1998	
Ungültigkeitserklärung eines Konsularischen Ausweises .....	1998	
<b>Der Hessische Minister des Innern</b>		
Durchführung des Siebenten Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 18. 7. 1985 .....	1998	
Durchführung des Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub; hier: Erziehungsurlaub für Arbeitnehmer des Landes .....	1999	
1. Verordnung über die Zusatzversorgung der staatlichen Arbeiter und Angestellten in Hessen vom 24. 12. 1929, 2. Rentenzuschußordnung für Arbeiter des früheren Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel vom 17. 12. 1928, 3. Rentenzuschußordnung für Angestellte (I) des früheren Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel vom 25. 8. 1929, 4. Grundsätze für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Bediensteten und Arbeiter des früheren Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden vom 14. 5. 1925, 5. Ruhegeldordnung des Rhein-Mainischen Bezirksarbeitgeberverbandes der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. vom 7. 5. 1925; hier: a) Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsverdienste nach § 6 der Verordnung zu 1. sowie des Mindestruhegeldes und des Mindestwitwengeldes für die Zeit vom 1. 1. 1986, b) Berücksichtigung der Allgemeinen Zulage bei der Bemessung des Grundlohnes gem. § 6 Nr. 1 der Rentenzuschußordnung nach Nr. 2, c) Auswirkungen des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetzes .....	2002	
Überwachung der Herstellung von Baustoffen und Bauteilen; hier: Bereich Beton und Stahlbetonbau — Transportbeton .....	2003	
Änderung der Grenze zwischen der Stadt Melsungen und der Gemeinde Malsfeld, beide Schwalm-Eder-Kreis ...	2003	
Technische Baubestimmungen; hier: ETB-Richtlinie „Bauteile, die gegen Absturz sichern“ .....	2003	
<b>Der Hessische Kultusminister</b>		
Änderung der Steuerordnung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main vom 19. 12. 1969 .....	2003	
<b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik</b>		
Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen, Ausgabe 1986 .....	2003	
<b>Personalnachrichten</b>		
im Bereich des Hessischen Ministers des Innern .....	2005	
im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen .....	2005	
im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik .....	2008	
im Bereich des Hessischen Ministers für Umwelt und Energie .....	2008	
<b>Die Regierungspräsidenten</b>		
<b>DARMSTADT</b>		
Vorhaben der Firma Scheid, Straßenbaugesellschaft mbH, 6250 Limburg an der Lahn 1 .....	2008	
Vorhaben der Firma J. Bratengeier, Baugesellschaft mbH, 6000 Frankfurt am Main .....	2009	
Vorhaben des Zweckverbandes Abfallverwertung Südhessen — vertreten durch die Südhessische Gas und Wasser AG — in Darmstadt .....	2009	
Zweckänderung der Philipp Heinrich Fleck'schen Stiftung, Sitz Frankfurt am Main .....	2009	
Genehmigung der Stiftung Allgemeine Hypothekbank, Sitz Frankfurt am Main .....	2010	
Genehmigung der Michael-Stiftung, Sitz Darmstadt .....	2010	
Ungültigkeitserklärung von Polizei-Dienstausweisen .....	2010	
<b>GIESSEN</b>		
Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 16 des Ladenschlußgesetzes vom 6. 10. 1986 ...	2010	
Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 7. 10. 1986 ...	2010	
<b>KASSEL</b>		
Einziehung von Teilstrecken der Kreisstraßen 101 und 108 in den Gemarkungen Zell und Niederrode der Stadt Fulda, Landkreis Fulda .....	2010	
<b>Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz</b>		
<b>DARMSTADT</b>		
Verordnung über das Naturschutzgebiet „Westerwaldgrube bei Thalheim“ vom 30. 9. 1986 .....	2011	
Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Egelpfuhl bei Oberwetz“ vom 2. 10. 1986 .....	2012	
<b>Der Hessische Verwaltungsschulverband</b>		
Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Einkommen- und Lohnsteuerrecht“ .....	2014	
„Polizei- und Ordnungsrecht“ .....	2014	
„Psychologie — Miteinander reden —“ .....	2014	
„Bauvertragswesen/Prozeßführung“ .....	2014	
<b>Buchbesprechungen</b> .....	2015	
<b>Öffentlicher Anzeiger</b> .....	2017	
<b>Andere Behörden und Körperschaften</b>		
Umlandverband Frankfurt; hier: Sitzung des Freizeit- und Sportausschusses am 22. 10. 1986 .....	2031	
<b>Öffentliche Ausschreibungen</b> .....	2031	
<b>Stellenausschreibungen</b> .....	2032	

987

## DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

**Ertelung der vorläufigen Zulassung an Herrn Alexander L. Rattray, Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Frankfurt am Main**

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika in Frankfurt am Main ernannten Herrn Alexander L. Rattray am 19. September 1986 die vorläufige Zulassung als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und den Regierungsbezirk Unterfranken des Landes Bayern.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn William J. Bodde, Jr., am 13. September 1983 erteilte Exequatur ist erloschen.

Wiesbaden, 30. September 1986

Der Hessische Ministerpräsident  
Staatskanzlei  
P 12 2 a 10/07

StAnz. 42/1986 S. 1998

988

**Ungültigkeitserklärung eines Konsularischen Ausweises**

Der von der Hessischen Staatskanzlei am 27. August 1986 ausgestellte Ausweis Nr. 7992 für Herrn Toshihiko Yamaki des Japanischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 1. Oktober 1986

Der Hessische Ministerpräsident  
Staatskanzlei  
P 12 2 a 10/03

StAnz. 42/1986 S. 1998

989

## DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

**Durchführung des Siebenten Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 18. Juli 1985 (BGBl. I S. 1513)**

Bezug: Erlaß vom 31. März 1983 (StAnz. S. 897)

Zu den mit Art. 1 (Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes), Art. 5 (Änderung des 2. Haushaltsstrukturgesetzes) und Art. 7 (Übergangsvorschrift, Inkrafttreten) des o. a. Gesetzes vorgenommenen Änderungen gebe ich folgende Hinweise:

**Zu Art. 1 Nr. 1 (§ 5 BeamtVG)****1. § 5 Abs. 3 Satz 2 BeamtVG**

Der bisherige § 5 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz BeamtVG ist durch die Neuregelung des § 5 Abs. 3 Satz 2 BeamtVG ersetzt und im Zusammenhang mit der Gesamtregelung dahin verbessert worden, daß in den Fällen, in denen der Beamte vorher ein Amt nicht bekleidet hat, die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zur Höhe der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe festgesetzt werden können.

**2. § 5 Abs. 3 Satz 4 BeamtVG**

Der Ausnahmetatbestand „Wahrnehmung der Obliegenheiten des übertragenen Amtes“ in § 5 Abs. 4 Satz 1 dritte Alternative BeamtVG in der bisherigen Fassung ist durch die Neuregelung in § 5 Abs. 3 Satz 4 BeamtVG ersetzt worden. Nach dieser Neuregelung sind nunmehr in die Zweijahresfrist Zeiten einzubeziehen, in denen der Beamte vor der Amtsübertragung die „höherwertigen Funktionen“ des ihm erst später übertragenen Amtes tatsächlich wahrgenommen hat.

Die höhere Versorgung kommt damit auch dann in Betracht, wenn eine besetzbare Planstelle der höheren Besoldungsgruppe nicht während der gesamten Zweijahresfrist vor Beginn des Ruhestandes vorhanden war. Die Frist von zwei Jahren ist vielmehr auch dann gewahrt, wenn der Beamte das mit seinem letzten Beförderungsamt verbundene Aufgabengebiet zwei Jahre vor Beginn des Ruhestandes wahrgenommen hat.

**Beispiel für die Wahrung der Zweijahresfrist, obwohl eine besetzbare Planstelle weniger als zwei Jahre zur Verfügung stand:**

Der Ruhestand eines Amtrats beginnt mit Ablauf des 31. Dezember 1985. Die Planstelle der Besoldungsgruppe A 12 ist im Haushalt 1984 — verkündet im Juni 1984 — bereitgestellt worden. Der Beamte ist am 1. Oktober 1984 zum Amtrat befördert worden. Sein Aufgabengebiet nimmt er seit 1. September 1983 unverändert wahr.

Die Zweijahresfrist ist bereits am 1. September 1985 erfüllt. Der Beamte erhält Versorgung aus A 12.

Der Gesetzgeber knüpft also die Folgen, die nach § 5 Abs. 3 Satz 1 BeamtVG erst zwei Jahre nach der Übertragung des letzten Amtes eintreten, an den Ablauf einer schon vor der Übertragung des letzten Amtes beginnenden Frist. Das kommt im Ergebnis einer fiktiven Vorverlegung der Beförderung

gleich. Die Frist kann daher erst dann zu laufen beginnen, wenn der Beamte neben der Wahrnehmung der höherwertigen Funktion auch die persönlichen Mindestvoraussetzungen für die Beförderung erfüllt; er muß „beförderungsfähig“ sein. Die Regelung soll nur die Härten ausgleichen, die dadurch eingetreten sind, daß der Beamte aus Gründen nicht eher befördert worden ist, die nicht in seiner Person liegen. Dem Beamten soll kein Nachteil dadurch entstehen, daß seiner Beförderung Gründe im dienstlichen Bereich — z. B. feste Beförderungstermine zum 1. April bzw. 1. Oktober des Jahres, Stellenbesetzungssperre —, also objektive Hindernisse, entgegenstanden. Hat sich die Beförderung jedoch aus in der Person des Beamten liegenden Gründen — z. B. wegen Nichterfüllung der vorgeschriebenen Wartezeit nach § 19 Abs. 2 HBG — verzögert, bedarf es dieses Ausgleichs nicht.

**Beispiele zur Wahrnehmung der „höherwertigen Funktion“ und zur „Beförderungsfähigkeit“:**

**a) Wahrung der Zweijahresfrist durch Wahrnehmung des höherwertigen Aufgabengebiets und Erfüllung der Beförderungsfähigkeit**

Der Ruhestand eines Amtrats beginnt mit Ablauf des 31. Dezember 1985. Die Planstelle A 12 ist im Juni 1984 bereitgestellt worden. Der Beamte ist am 1. Oktober 1984 zum Amtrat befördert worden. Sein Aufgabengebiet nimmt er seit 1. September 1983 unverändert wahr. Ergänzung gegenüber dem vorhergehenden Beispiel: Der Beamte ist am 1. Oktober 1981 zum Amtmann befördert worden.

Die Beförderung zum Amtrat war daher frühestens zum 1. Oktober 1983 zulässig (§ 19 Abs. 2 HBG). Der Beamte war am 1. Oktober 1983 „beförderungsfähig“. Die Zweijahresfrist des § 5 Abs. 3 Satz 1 BeamtVG ist erfüllt.

**b) Nichterfüllung der Zweijahresfrist, weil das höherwertige Aufgabengebiet nicht mindestens zwei Jahre wahrgenommen worden ist**

Der Ruhestand eines Amtrats beginnt mit Ablauf des 31. Dezember 1985. Die Planstelle A 12 ist im Juni 1984 bereitgestellt worden. Der Beamte ist am 1. Oktober 1981 zum Amtmann und am 1. Oktober 1984 zum Amtrat befördert worden. Sein Aufgabengebiet nimmt er seit 1. April 1984 wahr.

Der Beamte war zwar am 1. Oktober 1983 „beförderungsfähig“. Die Zweijahresfrist ist jedoch nicht erfüllt, da die höherwertigen Funktionen erst ab 1. April 1984, also weniger als zwei Jahre, wahrgenommen worden sind.

**c) Nichterfüllung der Zweijahresfrist wegen fehlender Beförderungsfähigkeit**

Der Ruhestand eines Amtrats beginnt mit Ablauf des 31. Dezember 1985. Die Planstelle A 12 ist im Juni 1984 bereitgestellt worden. Der Beamte ist am 1. Oktober 1982 zum Amtmann und am 1. Oktober 1984 zum Amtrat befördert worden. Sein Aufgabengebiet nimmt er seit 1. September 1983 wahr.

Der Beamte hat zwar sein Aufgabengebiet länger als zwei Jahre wahrgenommen. Die Zweijahresfrist ist dennoch nicht erfüllt, da er erst am 1. Oktober 1984 „beförderungsfähig“ war; d. h. die höherwertigen Funktionen i. S. des § 5 Abs. 3 Satz 4 BeamtVG erst von diesem Zeitpunkt an wahrgenommen hat.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Die einzurechnende Zeit wird von dem Zeitpunkt an berücksichtigt, von dem ab der Beamte die höherwertigen Funktionen seines späteren Amtes wahrgenommen hat oder, wenn der Beamte zu diesem Zeitpunkt die persönlichen Voraussetzungen für seine Beförderung noch nicht erfüllte, ab dem Zeitpunkt des Erreichens der „Beförderungserfolge“.

Für die Entscheidung, ob und inwieweit höhere Funktionen wahrgenommen worden sind, ist in Zweifelsfällen die Stellungnahme der im Zeitpunkt der Wahrnehmung dieser Funktionen für den Beamten zuständigen Personalstelle einzuholen. Die Tz 5.4.4 BeamtVGvV ist nicht mehr anzuwenden.

In die Zweijahresfrist sind auch Zeiten einzubeziehen, in denen der Beamte den Amtsinhaber des Beförderungsamtes vertritt und danach die höherwertigen Funktionen des Vertretenen übertragen erhält. Eine vorübergehende Vertretung des Amtsinhabers, wie sie erfahrungsgemäß allgemein notwendig wird, z. B. Urlaub, Dienstbefreiung, arbeitsfreie Tage, kurzfristige Erkrankungen usw., genügt nicht.

Einzurechnen in die Zweijahresfrist ist nach der neuen Regelung des § 5 Abs. 3 Satz 4 BeamtVG auch die Zeit einer innerhalb der Zweijahresfrist liegenden Beurlaubung ohne Dienstbezüge, soweit sie als ruhegehaltfähig berücksichtigt worden ist.

### 3. § 5 Abs. 4 BeamtVG

Die zugunsten des Beamten und seiner Hinterbliebenen wirkenden Ausnahmetatbestände des Todes und der Dienstunfähigkeit nach § 5 Abs. 4 BeamtVG in der bisherigen Fassung sind mit Wirkung vom 1. Dezember 1982 gestrichen worden, soweit diese nicht dienstbedingt sind.

Nach der Übergangsvorschrift des Art. 7 Abs. 3 des Änderungsgesetzes richtet sich jedoch die Versorgung nach den günstigeren Vorschriften des § 5 Abs. 4 Satz 1 erste Alternative oder § 5 Abs. 4 Satz 2 BeamtVG in der bisherigen Fassung, wenn der Beamte vor dem 1. August 1985 (Zeitpunkt des allgemeinen Inkrafttretens des Änderungsgesetzes) verstorben oder in den Ruhestand getreten ist oder wenn ihm die Verfügung über die Versetzung in den Ruhestand vor diesem Zeitpunkt zugestellt worden ist.

### 4. § 5 Abs. 5 BeamtVG

Nach der Ergänzung des § 5 Abs. 5 BeamtVG sind auch in die nach dessen Satz 1 geforderte Zweijahresfrist Zeiten i. S. des § 5 Abs. 3 Satz 4 BeamtVG einzurechnen. Aus der entsprechenden Anwendung des § 5 Abs. 4 BeamtVG ergibt sich, daß es in den dort genannten Fällen der Erfüllung der Zweijahresfrist des § 5 Abs. 5 Satz 1 BeamtVG nicht bedarf.

### 5. Inkrafttreten

Die vorgenannten Änderungen sind gemäß Art. 7 Abs. 2 Halbsatz 1 des Änderungsgesetzes mit Wirkung vom 1. Dezember 1982 in Kraft getreten.

Die Neufassung des § 5 Abs. 3 und Abs. 5 BeamtVG erfaßt alle seit dem Inkrafttreten des Beamtenversorgungsgesetzes (1. Januar 1977) eingetretenen Versorgungsfälle. Die erforderlichen Überprüfungen sind von Amts wegen vorzunehmen. Die erhöhten Versorgungsbezüge sind rückwirkend zum Zeitpunkt des Eintritts des Versorgungsfalles, frühestens jedoch ab 1. Dezember 1982, zu zahlen. § 78 Abs. 3 BeamtVG bleibt unberührt.

Auf die Übergangsvorschrift zu § 5 Abs. 4 BeamtVG in der bisherigen Fassung (vgl. vorstehende Nr. 3 Abs. 2) wird hingewiesen.

### 6. Meinern Erlaß vom 31. März 1983 hebe ich auf. Es sind nunmehr endgültige Festsetzungsbescheide unter Berücksichtigung der neuen Rechtslage zu erteilen. Etwa überzahlte Beträge sind zurückzufordern.

#### Zu Art. 1 Nr. 3 (§ 57 BeamtVG)

Die Änderung des § 57 BeamtVG dient der Klarstellung, daß bei der Regelung über die Kürzung der Versorgungsbezüge nach der Ehescheidung auf den Zeitpunkt des Eintritts der Wirksamkeit der Entscheidung des Familiengerichts über den Versorgungsausgleich abzustellen ist. Die weiteren Klarstellungen erfolgten im Hinblick auf die gerichtliche Entscheidungspraxis zu § 1587 a Abs. 2 Nr. 1 BGB.

Nach Art. 7 Abs. 6 des Änderungsgesetzes sind die vorgenannten Änderungen mit Wirkung vom 1. Juli 1977 in Kraft getreten.

#### Zu Art. 5 (Art. 2 § 2 Abs. 3 des 2. HStruktG)

1. Durch Art. 5 Nr. 1 des Änderungsgesetzes wird die Vorschrift des Art. 2 § 2 Abs. 3 des 2. HStruktG, die mit Wirkung vom 1. Januar 1984 durch Art. 35 Abs. 1 des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1532) angefügt worden ist, mit Wirkung vom 1. Januar 1986 neu gefaßt (Art. 7 Abs. 2 des Änderungsgesetzes). Die Regelung, die in Halbsatz 1 Buchst. b i. V. m. Halbsatz 2 der Neufassung des Abs. 3 enthalten ist, stimmt im Ergebnis überein mit der Regelung des Abs. 3 in seiner bisherigen Fassung. Darüber hinaus werden für die von der Ausdehnung des § 55 BeamtVG durch das 2. HStruktG betroffenen Versorgungsempfänger die Auswirkungen der Ruhensregelung durch Minderung der nach § 55 Abs. 1 bis 4 BeamtVG zu berücksichtigenden Rente zusätzlich gemildert. Zu der am 1. Januar 1986 in Kraft tretenden Fassung des Art. 2 § 2 Abs. 3 des 2. HStruktG — und, soweit mit ihr im Ergebnis übereinstimmend, zu der vom 1. Januar 1984 bis zum 31. Dezember 1985 geltenden Fassung — gebe ich folgende Hinweise:

#### 2. Art 2 § 2 Abs. 3 Halbsatz 1 Buchst. a des 2. HStruktG

Der Anrechnungsfreibetrag beträgt 20 v. H. des Rentenbetrages, der bei der Ruhensregelung nach § 55 Abs. 1 bis 4 BeamtVG ohne die Maßnahme des Art. 2 § 2 Abs. 3 Halbsatz 1 Buchst. a des 2. HStruktG anzusetzen wäre.

#### 3. Art. 2 § 2 Abs. 3 Halbsatz 1 Buchst. b des 2. HStruktG

Zu den Versorgungsbezügen i. S. des Art. 2 § 2 Abs. 3 Halbsatz 1 Buchst. b des 2. HStruktG gehört auch ein Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 BeamtVG.

#### 4. Vergleichsberechnung

Der Ausgleichsbetrag nach Art. 2 § 2 Abs. 1 und 2 des 2. HStruktG wird vorrangig vor dem Härteausgleich (Anrechnungsfreibetrag und ggf. Mindestbelassung) des Art. 2 § 2 Abs. 3 des 2. HStruktG gezahlt. Eine Verbesserung durch die Härterege lung nach Art. 2 § 2 Abs. 3 des 2. HStruktG wirkt sich neben einem Ausgleich erst dann aus, wenn und soweit sie höher als der Ausgleich ist. Für diese Prüfung sind Vergleichsberechnungen erforderlich.

#### 5. Sonderzuwendung

Im Monat Dezember erhöht sich bei Anwendung des Art. 2 § 2 Abs. 3 Halbsatz 1 Buchst. b des 2. HStruktG i. V. m. § 9 Satz 2 des Sonderzuwendungsgesetzes der Mindestbelassungsbetrag um 20 v. H. der Sonderzuwendung (Grundbetrag und Sonderbetrag nach den §§ 7 und 8 SZG).

#### 6. Für die Fälle des Zusammentreffens des

- Art 2 § 2 Abs. 3 des 2. HStruktG mit § 55 Abs. 7 BeamtVG,
  - § 55 mit § 53 BeamtVG,
  - § 55 mit § 54 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 oder mit § 56 BeamtVG,
  - § 55 mit § 54 Abs. 1 Nr. 3 oder mit § 54 Abs. 4 BeamtVG
- werden in einem gesonderten Erlaß Hinweise gegeben.

Wiesbaden, 26. September 1986

Der Hessische Minister des Innern

I B 31 — P 1601 A — 224

— Gült.-Verz. 3207 —

StAnz. 42/1986 S. 1998

990

### Durchführung des Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (Bundeserziehungsgeldgesetz — BERzGG);

hier: Erziehungsurlaub für Arbeitnehmer des Landes  
Bezug: Mein Rundschreiben vom 2. Mai 1986 (StAnz. S. 1046)

#### I.

Zu den tarifrechtlichen und zusatzversicherungsrechtlichen Auswirkungen einer Teilzeitbeschäftigung während des Erziehungsurlaubs (vgl. den letzten Satz des Bezugsschreibens) gebe ich die folgenden, zwischen dem Bund, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände abgestimmten Hinweise bekannt:

Nach § 15 Abs. 5 BERzGG darf während des Erziehungsurlaubs eine nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 und § 2 Abs. 1 BERzGG zulässige Teilzeitbeschäftigung nicht bei einem anderen Arbeitgeber geleistet werden. Eine Teilzeitbeschäftigung mit weniger als 19 Stunden wöchentlich bei demselben Arbeitgeber ist somit während des

Erziehungsurlaubs zulässig; sie ist „erziehungsgeldunschädlich“ (vgl. Abschn. II Nr. 5 und Abschn. IV Nr. 13 des Bezugsschreibens). Die sich nach Ablauf des Erziehungsurlaubs gemäß Abschn. IV des Bezugsschreibens im fortbestehenden Arbeitsverhältnis ergebenden Rechte werden durch eine derartige Teilzeitbeschäftigung nicht berührt.

Für eine derartige Teilzeitbeschäftigung während des Erziehungsurlaubs sind die Regelungen maßgebend, die für Arbeitsverhältnisse mit einer vertraglich vereinbarten regelmäßigen durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von weniger als 19 Stunden gelten. Entsprechend beschäftigte Angestellte werden mit dieser Teilzeitbeschäftigung somit vom Geltungsbereich des BAT nicht erfaßt (vgl. § 3 Buchst. a BAT), während bei Arbeitern die einschlägigen Maßgaben des MTL II zu beachten sind (vgl. Abschn. IV Nr. 13 des Bezugsschreibens).

Nachdem es sich bei der Teilzeitbeschäftigung während des Erziehungsurlaubs nur um eine vorübergehende Abweichung von dem fortbestehenden Arbeitsverhältnis handelt, das

- bei Angestellten unter den Geltungsbereich des BAT fällt bzw.
- bei Arbeitern eine Wochenarbeitszeit von mindestens 19 Stunden aufweist,

bestehen nach Abstimmung mit Bund und VKA keine Bedenken, wenn auf Angestellte der BAT mit folgenden Maßgaben angewendet bzw. bei Arbeitern bei Anwendung des MTL II wie folgt verfahren wird:

#### 1. Beschäftigungs- und Dienstzeit (§§ 19, 20 BAT/§§ 6, 7 MTL II)

Es ist die Beschäftigungszeit und Dienstzeit zugrunde zu legen, die sich ergeben würde, wenn die vor Antritt des Erziehungsurlaubs ausgeübte Beschäftigung fortgesetzt worden wäre, also die Beschäftigungszeit und Dienstzeit aus dem ruhenden Arbeitsverhältnis (vgl. Abschn. IV Nr. 1 des Bezugsschreibens).

#### 2. Festsetzung der Grundvergütung (§ 27 Abschn. A und B BAT)

Es ist die Lebensaltersstufe bzw. Stufe zugrunde zu legen, die bei unveränderter Fortsetzung der vor Antritt des Erziehungsurlaubs ausgeübten Beschäftigung maßgebend gewesen wäre.

#### 3. Krankenbezüge

##### a) bei Angestellten (§ 37 BAT)

Bei Arbeitsunfähigkeit während der Teilzeitbeschäftigung können die Krankenbezüge über die gesetzliche Sechswochenfrist hinaus nach Maßgabe der Bezugsfristen des § 37 Abs. 2 Unterabs. 1 Satz 2 BAT gezahlt werden. Dabei ist die Dienstzeit (§ 20 BAT) zugrunde zu legen, die sich ergäbe, wenn die vor Antritt des Erziehungsurlaubs ausgeübte Beschäftigung fortgesetzt worden wäre (vgl. Nr. 1). Der Bemessung der Krankenbezüge sind die Bezüge aus der Teilzeitbeschäftigung zugrunde zu legen. Für die Berechnung des Aufschlags (§ 37 Abs. 3 i. V. m. § 47 Abs. 2 BAT) gilt der Beginn der Teilzeitbeschäftigung als Beginn des Arbeitsverhältnisses.

Für die Anwendung des § 37 BAT nach dem Ende des Erziehungsurlaubs ist eine während der Teilzeitbeschäftigung eingetretene Arbeitsunfähigkeit zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Bemessung der Krankenbezüge in diesem Fall vergleiche die Ausführungen zur Berechnung der Urlaubsvergütung unter Nr. 8 Abs. 3.

Der gesetzliche Anspruch auf Krankenbezüge für die Dauer von sechs Wochen (§ 616 BGB, § 37 Abs. 2 Unterabs. 1 Satz 1 BAT) sowohl während der Teilzeitbeschäftigung als auch nach Ablauf des Erziehungsurlaubs während des danach fortgesetzten Arbeitsverhältnisses bleibt unberührt.

##### Beispiel:

Eine vollbeschäftigte Angestellte mit einer Dienstzeit von drei Jahren, die während ihres am 12. November 1986 endenden Erziehungsurlaubs eine Teilzeitbeschäftigung mit 18 Stunden wöchentlich ausübt, wird am 24. September 1986 arbeitsunfähig und nimmt erst am 19. Januar 1987 ihre Arbeit wieder auf. Nach § 37 Abs. 2 Unterabs. 1 Satz 2 BAT hat sie Anspruch auf Krankenbezüge für insgesamt zwölf Wochen, also vom 24. September 1986 bis einschließlich 16. Dezember 1986. Nach § 37 Abs. 2 Unterabs. 1 Satz 1 BAT hat die Angestellte jedoch vom Ende des Erziehungsurlaubs an Anspruch auf Krankenbezüge für sechs Wochen, also vom 13. November 1986 bis einschließlich 24. Dezember 1986.

Der Bemessung der Krankenbezüge sind für die Zeit vom 24. September 1986 bis einschließlich 12. November 1986 die Bezüge aus der Teilzeitbeschäftigung, für die Zeit vom 13. November 1986 bis einschließlich 24. Dezember 1986 die Bezüge aus der Vollbeschäftigung zugrunde zu legen.

#### b) bei Arbeitern (§ 42 MTL II)

Bei Arbeitsunfähigkeit während der Teilzeitbeschäftigung gilt § 42 MTL II. Dabei kann jedoch für die Bezugsdauer des Krankengeldzuschusses nach § 42 Abs. 6 und 7 MTL II die Beschäftigungszeit (§ 6 MTL II) zugrunde gelegt werden, die sich ergäbe, wenn die vor Antritt des Erziehungsurlaubs ausgeübte Beschäftigung fortgesetzt worden wäre. Der Bemessung der Krankenbezüge sind die Bezüge aus der Teilzeitbeschäftigung zugrunde zu legen. Für die Berechnung des Zuschlags (§ 42 Abs. 4 Unterabs. 1 Satz 2 und Abs. 11 Unterabs. 3 i. V. m. § 48 Abs. 2 Buchst. b MTL II) gilt der Beginn der Teilzeitbeschäftigung als Beginn des Arbeitsverhältnisses.

Für die Anwendung des § 42 MTL II nach dem Ende des Erziehungsurlaubs ist eine während der Teilzeitbeschäftigung eingetretene Arbeitsunfähigkeit zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Bemessung des Krankenlohns in diesem Fall vergleiche die Ausführungen zur Berechnung des Urlaubslohns unter Nr. 8 Abs. 3.

Der gesetzliche Anspruch auf Krankenlohn für die Dauer von sechs Wochen (§ 1 Abs. 1 LFZG, § 42 Abs. 4 Unterabs. 1 MTL II) sowohl während der Teilzeitbeschäftigung als auch nach Ablauf des Erziehungsurlaubs während des danach fortgesetzten Arbeitsverhältnisses bleibt unberührt.

Das Beispiel unter Buchst. a gilt entsprechend.

#### 4. Jubiläumswendung (§ 39 BAT/§ 45 MTL II)

Im Hinblick darauf, daß aus dem ruhenden Arbeitsverhältnis ein Anspruch auf Jubiläumswendung zusteht (vgl. Abschn. IV Nr. 4 a des Bezugsschreibens) wird eine Jubiläumswendung aus der Teilzeitbeschäftigung nicht gewährt.

#### 5. Beihilfen (§ 40 BAT/§ 46 MTL II)

Eine für die Zeit des Erziehungsurlaubs nach Abschn. IV Nr. 5 des Bezugsschreibens Berechtigung zum Bezug von beihilfegleichen Leistungen bleibt durch eine Teilzeitbeschäftigung während des Erziehungsurlaubs unberührt.

#### 6. Sterbegeld (§ 41 BAT/§ 47 MTL II)

Im Hinblick darauf, daß aus dem ruhenden Arbeitsverhältnis der volle Anspruch auf Sterbegeld zusteht (vgl. Abschn. IV Nr. 6 des Bezugsschreibens), wird Sterbegeld aus der Teilzeitbeschäftigung nicht gezahlt.

#### 7. Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung (§ 46 BAT/§ 44 MTL II)

Die Teilzeitbeschäftigung wird von den Versorgungstarifverträgen nicht erfaßt (vgl. § 5 Buchst. b Versorgungs-TV). Die/ Der Teilzeitbeschäftigte bleibt jedoch auf Grund des ruhenden Arbeitsverhältnisses pflichtversichert (vgl. Abschn. IV Nr. 12 des Bezugsschreibens). Umlagen aus der Teilzeitbeschäftigung sind nicht zu entrichten.

Das Arbeitsentgelt aus der Teilzeitbeschäftigung ist auch dann kein laufendes Arbeitsentgelt i. S. des § 8 Abs. 5 Satz 2 Versorgungs-TV, wenn in dieser Zeit aus dem ruhenden Arbeitsverhältnis eine Zuwendung bzw. eine Teilzuwendung gezahlt wird (vgl. Abschn. IV Nr. 9 des Bezugsschreibens).

#### 8. Erholungsurlaub (§ 48 BAT/§ 48 MTL II)

Soweit während des Erziehungsurlaubs eine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt wird, ist die an sich vorgesehene Kürzung des Erholungsurlaubs ausgeschlossen (§ 17 Abs. 1 Satz 2 BzZGG). Der sich nach § 48 BAT bzw. § 48 MTL II ergebende, vor Antritt des Erziehungsurlaubs noch nicht erfüllte Urlaubsanspruch kann auch während der Teilzeitbeschäftigung erfüllt werden. § 17 Abs. 2 BzZGG steht dem nicht entgegen, weil diese Vorschrift davon ausgeht, daß während des Erziehungsurlaubs keine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt wird.

Soweit der Erholungsurlaub während der Teilzeitbeschäftigung genommen wird, bemißt sich die Höhe der Urlaubsvergütung bzw. des Urlaubslohns nach den aus der Teilzeitbeschäftigung zustehenden Bezügen. Für die Berechnung des Aufschlags (§ 47 Abs. 2 BAT) bzw. des Zuschlags (§ 48 Abs. 2 Buchst. b MTL II) gilt der Beginn der Teilzeitbeschäftigung als Beginn des Arbeitsverhältnisses (vgl. Nr. 3 Buchst. a und b jeweils erster Absatz Satz 4).

Die Urlaubsvergütung bzw. der Urlaubslohn für einen nach dem Ende des Erziehungsurlaubs genommenen Erholungsurlaub ist so zu berechnen, als ob während des Erziehungsurlaubs keine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt worden wäre. Bei Angestellten bleiben also die während der Teilzeitbeschäftigung ggf. zustehenden unständigen Bezügebestandteile (§ 47 Abs. 2 Unterabs. 2 BAT) sowie die Kalendermonate, für die nur Vergütung aus einer Teilzeitbeschäftigung während des

Erziehungsurlaubs zugestanden hat, bei der Berechnung des Monatsdurchschnitts nach der Protokollnotiz Nr. 2 zu § 47 Abs. 2 BAT unberücksichtigt. Bei Arbeitern bleiben die während der Teilzeitbeschäftigung ggf. zustehenden unständigen Lohnbestandteile (§ 48 Abs. 3 MTL II) und die während dieser Zeit entlohten Arbeitsstunden außer Ansatz.

**9. Urlaubsabgeltung (§ 17 Abs. 3 BErzGG i. V. m. § 51 BAT/§ 54 MTL II)**

Endet das ruhende Arbeitsverhältnis während des Erziehungsurlaubs oder setzt der Arbeitnehmer dieses Arbeitsverhältnis im Anschluß an den Erziehungsurlaub nicht fort, ist die Urlaubsabgeltung nach der Urlaubsvergütung/dem Urlaubslohn zu bemessen, die/der dem Angestellten/dem Arbeiter zustehen würde, wenn er die vor Antritt des Erziehungsurlaubs ausgeübte Beschäftigung fortgesetzt und in dem Kalendermonat der Beendigung des Arbeitsverhältnisses Erholungsurlaub genommen hätte, soweit der Urlaubsanspruch auf die Zeit vor Antritt des Erziehungsurlaubs entfällt. Der auf die Zeit der Teilzeitbeschäftigung entfallende Urlaubsanspruch ist mit der Urlaubsvergütung/dem Urlaubslohn nach den aus der Teilzeitbeschäftigung zustehenden Bezügen abzugelten.

**Beispiel:**

Eine 25jährige vollbeschäftigte Angestellte, deren Kind am 14. Januar 1986 geboren ist, beantragt für die Zeit nach Ablauf des Beschäftigungsverbots gem. § 6 Abs. 1 MuSchG Erziehungsurlaub vom 11. März bis zum 13. November 1986 (Vollendung des 10. Lebensmonats des Kindes). Zugleich vereinbart sie mit ihrem Arbeitgeber, daß sie während des Erziehungsurlaubs eine Teilzeitbeschäftigung mit 18 Stunden wöchentlich ausüben darf. Mit Ablauf des Erziehungsurlaubs scheidet die Angestellte aus dem Arbeitsverhältnis aus. Sie hat im Jahre 1986 keinen Erholungsurlaub erhalten. Die aus der Vollbeschäftigung berechnete Urlaubsvergütung beträgt 3 000,— DM, die aus der Teilzeitbeschäftigung berechnete Urlaubsvergütung beträgt 1 350,— DM. Die Angestellte arbeitet jeweils an fünf Tagen in der Woche.

Der Gesamturlaubsanspruch für 1986 beträgt nach § 48 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 Satz 1 und Abs. 5 b BAT

$$26 \times \frac{10}{12} = 21,67, \text{ aufgerundet } 22 \text{ Urlaubstage.}$$

Von den insgesamt 317 Kalendertagen des Beschäftigungsverhältnisses im Jahre 1986 (1. Januar bis 13. November 1986) entfallen 69 Tage auf die Vollbeschäftigung, 248 Tage auf die Teilzeitbeschäftigung während des Erziehungsurlaubs.

Für die Berechnung des Abgeltungsbetrages sind die Urlaubstage entsprechend aufzuteilen, d. h. auf die Vollbeschäftigung entfallen

$$22 \times \frac{69}{317} = 4,8 \text{ Urlaubstage,}$$

auf die Teilzeitbeschäftigung

$$22 \times \frac{248}{317} = 17,2 \text{ Urlaubstage.}$$

Der Abgeltungsbetrag errechnet sich daher nach § 51 Abs. 2 Satz 1 BAT wie folgt:

a)  $3000 \times 4,8 \times \frac{3}{65} = 664,62 \text{ DM}$

b)  $1350 \times 17,2 \times \frac{3}{65} = 1 071,69 \text{ DM}$

insgesamt 1 736,31 DM

**10. Kündigung (§ 18 BErzGG i. V. m. §§ 53, 54 BAT/§§ 57 bis 60 MTL II)**

Der besondere Kündigungsschutz des § 18 Abs. 1 BErzGG gilt auch für die während des Erziehungsurlaubs ausgeübte Teilzeitbeschäftigung (vgl. Abschn. II Nr. 6 des Bezugsschreibens).

**11. Übergangsgeld (§§ 62, 63 BAT/§§ 65, 66 MTL II)**

Für die Anwendung der Vorschriften über das Übergangsgeld (§§ 62 ff. BAT/§§ 65 ff. MTL II) bleibt eine während des Erziehungsurlaubs ausgeübte Teilzeitbeschäftigung außer Betracht (vgl. Abschn. IV Nr. 9 des Bezugsschreibens).

**12. Zuwendung**

Eine Zuwendung aus der Teilzeitbeschäftigung steht Angestellten nicht zu. Soweit Arbeiter aus der Teilzeitbeschäftigung eine Zuwendung erhalten, ist sie auf die, aus dem wäh-

rend des Erziehungsurlaubs ruhenden Arbeitsverhältnis zustehende Zuwendung anzurechnen (§ 3 des Tarifvertrages über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder vom 12. Oktober 1973).

**13. Urlaubsgeld**

Ein Urlaubsgeld steht aus der Teilzeitbeschäftigung nicht zu.

**14. Vermögenswirksame Leistungen**

Eine vermögenswirksame Leistung steht aus der Teilzeitbeschäftigung nicht zu.

**II.**

In Abschn. IV meines Bezugsschreibens werden die folgenden Nrn. 4 a und 11 a eingefügt:

**„4 a. Jubiläumszuwendung (§ 39 BAT/§ 45 MTL II)**

Vollendet ein Angestellter oder ein Arbeiter während des Erziehungsurlaubs eine in § 39 Abs. 1 BAT/§ 45 Abs. 1 MTL II bezeichnete Dienstzeit, ist die Jubiläumszuwendung in entsprechender Anwendung des § 39 Abs. 2 BAT/§ 45 Abs. 2 MTL II bei Wiederaufnahme der Arbeit zu gewähren.

**11 a. Vermögenswirksame Leistungen**

Während der Zeit des Erziehungsurlaubs steht eine vermögenswirksame Leistung nach den Tarifverträgen über vermögenswirksame Leistungen nicht zu für Kalendermonate, für die weder Vergütung/Lohn noch Urlaubsvergütung/Urlaubslohn, noch Krankenbezüge gezahlt werden.“

Wiesbaden, 6. Oktober 1986

**Der Hessische Minister des Innern**  
I B 42 — P 2001 A — 31

— Gült.-Verz. 91 —

StAnz. 42/1986 S. 1999

**Arbeitsvertrag**

Zwischen dem Land Hessen, vertreten durch .....

.....

und

Herrn/Frau .....

geboren am ..... in .....

wohnhaft in .....

wird folgender

Arbeitsvertrag

abgeschlossen.

**§ 1**

Herr/Frau ..... wird

für die Zeit vom ..... bis zum

Ende des Erziehungsurlaubs (.....) als Angestellte/r bei

.....

unter Eingruppierung in der Vergütungsgruppe

..... (i. B. ....) BAT

eingestellt.

**§ 2**

Auf das Arbeitsverhältnis finden die nachstehenden Vorschriften des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) vom 23. Februar 1961 in der jeweils geltenden Fassung Anwendung:

- a) Abschnitt II (Arbeitsvertrag)
- b) Abschnitt III (Allgemeine Arbeitsbedingungen) mit Ausnahme der Vorschrift des § 11 über Nebentätigkeiten,
- c) Abschnitt IV (Arbeitszeit) hinsichtlich des § 18 (Arbeitsver-säumnis),
- d) Abschnitt V (Beschäftigungszeit, Dienstzeit) hinsichtlich der §§ 19, 20,
- e) Abschnitt VI (Eingruppierung) mit Ausnahme des § 25,
- f) Abschnitt VII (Vergütung) hinsichtlich des § 26, der §§ 27 bis 30, der §§ 33 und 34; außerdem § 35 (Zeitzuschläge, Überstundenvergütungen) hinsichtlich des Zuschlages für Nacharbeit und § 36 Abs. 1 bis 6,

- g) Abschnitt VIII (Sozialbezüge) hinsichtlich der §§ 37 (Krankenbezüge), 38 (Krankenbezüge bei Schadenersatzansprüchen gegen Dritte) und des § 41 (Sterbegeld),
- h) Abschnitt XI (Urlaub, Arbeitsbefreiung) hinsichtlich der §§ 47, 48 (Erholungsurlaub, Dauer des Erholungsurlaubs), des § 50 (Sonderurlaub) und des § 52 (Arbeitsbefreiung),
- i) Abschnitt XIV (Besondere Vorschriften) hinsichtlich des § 70 (Ausschlußfristen),
- k) die Sonderregelungen — folgende Vorschriften der Sonderregelungen

.....  
 .....  
 § 3

Die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit beträgt .....  
 (i. B. ....) Stunden wöchentlich.

.....  
 .....  
 .....  
 .....  
 .....  
 .....  
 § 4  
 (Nebenabreden)

.....  
 .....  
 .....  
 .....  
 .....  
 .....  
 § 5

Neben diesem Arbeitsverhältnis übt Herr/Frau

.....  
 keine weitere Tätigkeit aus.

....., den ..... 19.....

.....  
 (Dienststelle/Betrieb — Name,  
 Amtsbezeichnung)

.....  
 (Vor- und Zuname des/der Angestellten)

**991**

1. **Verordnung über die Zusatzversorgung der staatlichen Arbeiter und Angestellten in Hessen vom 24. Dezember 1929 (HessRegBl. 1930 S. 11),**
2. **Rentenzuschußordnung für Arbeiter des früheren Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel vom 17. Dezember 1928,**
3. **Rentenzuschußordnung für Angestellte (I) des früheren Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel vom 25. August 1929,**
4. **Grundsätze für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Bediensteten und Arbeiter des früheren Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden vom 14. Mai 1925,**
5. **Ruhegeldordnung des Rhein-Mainischen Bezirksarbeitsgeberverbandes der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. vom 7. Februar 1925;**

- hier:
- a) Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsverdienste nach § 6 der Verordnung zu 1. sowie des Mindestruhegeldes und des Mindestwitwengeldes für die Zeit vom 1. Januar 1986
  - b) Berücksichtigung der Allgemeinen Zulage bei der Bemessung des Grundlohnes gem. § 6 Nr. 1 der Rentenzuschußordnung nach Nr. 2
  - c) Auswirkungen des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetzes

Bezug: Meine Erlasse vom 26. September 1978 (StAnz. S. 2010), 25. Mai 1979 (StAnz. S. 1228), 20. Juni 1980 (StAnz. S. 1203), 28. August 1981 (StAnz. S. 1791),

31. August 1982 (StAnz. S. 1651), 7. Juni 1983 (StAnz. S. 1252), 1. August 1985 (StAnz. S. 1578) und 13. September 1985 (StAnz. S. 1770)

I.

1. Im Hinblick auf die zum 1. Januar 1986 wirksam gewordenen Besoldungs- und Versorgungserhöhungen erkläre ich mich damit einverstanden, daß die gem. § 6 der Verordnung über die Zusatzversorgung der staatlichen Arbeiter und Angestellten in Hessen vom 24. Dezember 1929 der Berechnung der Ruhe-, Witwen- und Waisengelder zugrunde liegenden durchschnittlichen Arbeitsverdienste der letzten fünf Beschäftigungsjahre vom 1. Januar 1986 angehoben und die Ruhe-, Witwen- und Waisengelder zu diesem Zeitpunkt unter gleichzeitiger Anrechnung der seit dem 1. Juli 1985 nach dem RAG' 85 und der seit dem 1. Juli 1986 nach dem RAG' 86 zu zahlenden Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen neu berechnet werden.
2. Bei der Berechnung der Ruhegelder für die Zeit vom 1. Januar 1986 an ist wie folgt zu verfahren:
  - 2.1 Bei den vor dem 1. Januar 1986 eingetretenen Versorgungsfällen ist der sich nach der letzten Festsetzung ergebende durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst zunächst um den Jahresbetrag der darin enthaltenen, sich aus Abschn. II meines Erlasses vom 30. August 1974 (StAnz. S. 1666) ergebenden Zulagen zu mindern und der so ermittelte Betrag um 3,5 v. H. zu erhöhen.
  - 2.2 Bei den nach dem 31. Dezember 1985 eingetretenen bzw. eintretenden Versorgungsfällen ist der Jahresarbeitsverdienst der letzten fünf Beschäftigungsjahre um die darin tatsächlich enthaltenen Zulagen i. S. der vorstehenden Nr. 2.1 zu kürzen, aus dem hiernach verbleibenden Betrag der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst zu errechnen und um 7,52 v. H. zu erhöhen.
  - 2.3 Der nach den vorstehenden Nrn. 2.1 und 2.2 erhöhte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst ist um die Zulage nach Maßgabe des Abschn. II meines Erlasses vom 30. August 1974 (StAnz. S. 1666) zu erhöhen und der sich hiernach ergebende Betrag der Neuberechnung der Ruhe-, Witwen- und Waisengelder zugrunde zu legen.

II.

Die Mindestbeträge werden für die Zeit vom 1. Januar 1986 an wie folgt festgesetzt:

	monatlich
1. Der Mindestbetrag des Ruhegeldes und des Witwengeldes auf	46,90 DM,
2. der Erhöhungsbetrag für länger als zehn Jahre beim Land Hessen (bzw. früheren Volksstaat Hessen) beschäftigt gewesene Arbeitnehmer für jedes über zehn Jahre hinausgehende Beschäftigungsjahr auf	5,22 DM,
3. Der Höchstbetrag des nach vorstehenden Nrn. 1 bzw. 2 zu zahlenden Mindestruhegeldes auf	177,40 DM,
Mindestwitwengeldes auf	106,50 DM.

III.

Die Abschn. III und IV meines Bezugserlasses vom 7. Juni 1983 sind nach wie vor zu beachten.

IV.

Aus gegebenem Anlaß bitte ich, bei der Bemessung des Grundlohnes gem. § 6 Nr. 1 der Rentenzuschußordnung für Arbeiter des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel vom 17. Dezember 1928 mit Wirkung vom 1. September 1986 an die Allgemeine Zulage nach dem Tarifvertrag über eine Zulage an Arbeiter vom 17. Mai 1982 zu berücksichtigen.

V.

Am 1. Januar 1986 ist das Gesetz zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung (Hinterbliebenen- und Erziehungszeiten-Gesetz — HEZG) vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1450) in Kraft getreten. Die Neuregelung sieht u. a. vor, daß auf die Hinterbliebenenrente eigenes Erwerbseinkommen und Erwerbssatzes Einkommen des überlebenden Ehegatten in Höhe von 40 v. H. anzurechnen ist, soweit es einen dynamisch ausgestalteten Freibetrag übersteigt. Dies kann dazu führen, daß eine Hinterbliebenenrente nur gekürzt oder gar nicht gezahlt wird. Lediglich während des Sterbevierteljahres findet eine Einkommensanrechnung nicht statt.



Diese Neuregelung war im Rahmen der 21. Änderung der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) vom 4. Oktober 1985 Anlaß, § 49 Abs. 2 Buchst. a Doppelbuchst. aa der Satzung der VBL dahingehend zu ändern, daß bei Witwen, deren Witwenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung auf Grund der Vorschriften über die Neuregelung der Hinterbliebenenrenten wegen des Bezugs anrechenbarer Einkünfte gekürzt wird, die ungekürzte Witwenrente (SOLL-Rente) auf die Gesamtversorgung angerechnet wird (vgl. Bekanntmachung vom 30. Dezember 1985 — StAnz. 1986 S. 71 —). Im Bereich der im Betreff genannten Versorgungsregelungen ist § 49 Abs. 2 Buchst. a Doppelbuchst. aa der Satzung der VBL i. d. F. der 21. Satzungsänderung entsprechend anzuwenden, um sicherzustellen, daß die Ruhensfälle gem. § 1281 RVO, § 58 AVG und § 78 RKG nicht im Rahmen der Gesamtversorgung ausgeglichen werden.

## VI.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen.

Wiesbaden, 30. September 1986

**Der Hessische Minister des Innern**

P 2174 A (H) 248/P 2174 A — 271/

I B 42 — P 2174 A — 407/P 2174 A — 404

P 2005 A — 10

— Gült.-Verz. 3209 —

StAnz. 42/1986 S. 2002

992

**Überwachung der Herstellung von Baustoffen und Bauteilen;**

hier: Bereich Beton und Stahlbetonbau — Transportbeton  
Bezug: Erlaß vom 17. März 1975 (StAnz. S. 662)

Mein Erlaß vom 17. März 1975, mit dem ich die Überwachungsgemeinschaft „Güteschutz Beton- und Fertigteilwerke Hessen e. V.“, Grillparzerstraße 13, 6200 Wiesbaden, unter bestimmten Einschränkungen auch für die Überwachung der Herstellung von Transportbeton anerkannt habe, bleibt weiter gültig.

Wiesbaden, 29. September 1986

**Der Hessische Minister des Innern**

V A 3 — 64 b 14/01 — 1/86

StAnz. 42/1986 S. 2003

995

**Änderung der Steuerordnung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main vom 19. Dezember 1969**

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) i. d. F. vom 12. Februar 1986 (GVBl. I S. 90) genehmige ich die Änderung der Steuerordnung vom 19. Dezember 1969 (StAnz. S. 1061), die vom Gemeinderat der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main am 7. Mai 1986 beschlossen worden ist.

993

**Änderung der Grenze zwischen der Stadt Melsungen und der Gemeinde Malsfeld, beide Schwalm-Eder-Kreis**

Die Landesregierung hat am 22. September 1986 folgenden Beschluß gefaßt:

Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66), geändert durch Gesetz vom 6. März 1985 (GVBl. I S. 57), wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1986 nachstehende Grenzänderung vorgenommen:

Aus dem Gebiet der Stadt Melsungen werden ausgegliedert und in das Gebiet der Gemeinde Malsfeld, beide Schwalm-Eder-Kreis, eingegliedert die Flurstücke

**Gemarkung Obermelsungen**

Flur 6 Nrn. 15/5 und 15/9.

Aus dem Gebiet der Gemeinde Malsfeld werden ausgegliedert und in das Gebiet der Stadt Melsungen eingegliedert die Flurstücke

**Gemarkung Malsfeld**

Flur 2 Nrn. 160/22 und 160/23.

Wiesbaden, 6. Oktober 1986

**Der Hessische Minister des Innern**

IV A 31 — 3 k 0 8 — 9/86

StAnz. 42/1986 S. 2003

994

**Technische Baubestimmungen;**

hier: ETB-Richtlinie „Bauteile, die gegen Absturz sichern“  
Bezug: Mein Erlaß vom 15. Januar 1986 (StAnz. S. 204)

In Abschn. 3.2.2.2.3 — Befestigungselemente — der ETB-Richtlinie zu dem o. a. Erlaß, muß die Gleichung (11) richtig lauten:

$$F_{\text{Stoß}} = v_a \cdot \sqrt{m_1 \cdot c_1 / \sqrt{1 + c_1/c_2}} \quad |N| \quad (11)$$

und bei  $c_2$  = Federkonstante ist nach dem Wort „Bauteils“ (N/m) hinzuzufügen.

Wiesbaden, 26. September 1986

**Der Hessische Minister des Innern**

V A 2 — 64 b 16/01 — 1/86

StAnz. 42/1986 S. 2003

**DER HESSISCHE KULTUSMINISTER**

§ 10 Abs. 2 ihrer Steuerordnung erhält dadurch folgende Fassung:  
Die Synagogensteuer aus der Erhebung des Synagogengeldes (§ 3 Abs. 1 Ziff. 4) beträgt im Fall des § 4 Ziff. 2 300,—DM bei einer Summe der Einheitswerte von 600 000,—DM und für jede weiteren angefangenen 1 000,—DM Einheitswert 0,50 DM mehr.

Wiesbaden, 26. September 1986

**Der Hessische Kultusminister**

I B 4 — 873/6/4 — 11

StAnz. 42/1986 S. 2003

**DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK**

996

An das

Hessische Landesamt für Straßenbau

6200 Wiesbaden

**Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen, Ausgabe 1986 (RStO 86)**

Bezug: Erlaß vom 1. Dezember 1975 (StAnz. 1976 S. 176)

Der Bundesminister für Verkehr (BMV) hat mit Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau Nr. 17/1986 vom 25. Juni 1986 — StB 26/38.56.10 — 30/19 Va 86 — (s. Anlage) im Einvernehmen mit den Straßenbauverwaltungen der Länder unter Mitwirkung der kommunalen Bauverwaltungen die o. g. Richtlinien zur Einführung übersandt. Die neugefaßten RStO 86\*) sind bei der Geschäftsstelle

\*) hier nicht abgedruckt

der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V., Alfred-Schütte-Allee 10, 5000 Köln 21, zu beziehen.

Die genannten Richtlinien werden hiermit zur Anwendung bei der Planung, bei der Vergabe und beim Bau der vom Land Hessen verwalteten Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen eingeführt.

Gleichzeitig hebe ich die mit Allgemeinem Rundschreiben des BMV Nr. 10/1975 und meinem Einführungserlaß vom 1. Dezember 1975 eingeführten Richtlinien für den Straßenoberbau — Standardausführungen, Ausgabe 1975/RStO 75 — auf.

**Zusatz für die Landkreise, Städte und Gemeinden in Hessen als Baulastträger öffentlicher Straßen:**

Ich empfehle die Anwendung der RStO 86 auch in Ihrem Zuständigkeitsbereich.

Bei Straßenbauvorhaben der Gemeinden, Städte und Landkreise, die mit Bundes- und/oder Landesmitteln gefördert werden sollen,

sind die Regelungen der RStO 86 verbindlich. Abweichungen davon sind nur in begründeten Ausnahmefällen möglich und bedürfen der vorherigen Genehmigung.

Hinsichtlich der Geh- und Radwegeförderung wird darauf hingewiesen, daß bei der Verwendung von Pflasterdecken eine Stärke von 8 cm als zuwendungsfähig anerkannt werden kann. Die Neuregelung gilt für alle Bewilligungen vom 1. Juli 1986 an.

Wiesbaden, 25. September 1986

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
III c 42 — 61 c 06.23  
— Gült.-Verz. 60 —

StAnz. 42/1986 S. 2003

Anlage

**Der Bundesminister für Verkehr**

Bonn, 25. Juni 1986

StB 26/38.56.10 — 30/19 Va 86

**Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 17/1986**

Sachgebiet 4: Tragschichten und Fahrbahndecken

An die

obersten Straßenbaubehörden der Länder

**Betr.:** Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen, Ausgabe 1986 (RStO 86)

**Bezug:** 1. Allgemeine Rundschreiben Straßenbau

1.a) Nr. 10/1975 vom 20. November 1975

— StB 9/38.56.10 — 30/9015 Vms 75 —

1.b) Nr. 5/1978 vom 31. Juli 1978

— StB 26/38.56.05/26034 Va 78 —

1.c) Nr. 29/1980 vom 6. Januar 1981

— StB 26/38.56.10 — 40/26050 Va 80 —

1.d) Nr. 16/1976 vom 15. Oktober 1976

— StB 9/38.56.05 — 01.01/9057 Vms 76 —

1.e) Nr. 16/1978 vom 15. Dezember 1978

— StB 26/38.56.05 — 15.01/26046 Va 78 —

1.f) Nr. 21/1982 vom 22. Juli 1982

— StB 26/38.56.05/26019 Va 82 —

2. Rundschreiben

2.a) Schreiben vom 6. Februar 1984

— StB 26/38.56.10 — 40/63 Va 83 —

2.b) Schreiben vom 30. März 1973

— StB 9/38.56.10 — 50/9089 Vms 72 II —

2.c) Schreiben vom 9. Januar 1978

— StB 26/38.56.20 — 25/26005 Va 78 —

2.d) Schreiben vom 29. August 1979

— StB 26/38.56.20 — 25/26034 Va 79 —

Die Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen hat die „Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen“, Ausgabe 1986 (RStO 86), erarbeitet. Sie enthalten standardisierte Regelungen für Verkehrsflächenbefestigungen außerhalb und innerhalb der geschlossenen Ortslage. Da die RStO 86 somit auch die Zuständigkeit der Städte und Gemeinden berühren, wurden sie unter Mitwirkung von Vertretern der kommunalen Bauverwaltungen und im Benehmen mit mir und den Straßenbauverwaltungen der Länder aufgestellt.

Ich führe hiermit die RStO 86 für die Entwurfsbearbeitung und Aufstellung der Bauvertragsunterlagen im Bereich der Bundesfernstraßen ein und empfehle, sie im Interesse einer einheitlichen Handhabung auch den Baumaßnahmen an den in Ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Straßen zugrunde zu legen und auf die Anwendung der RStO 86 bei GVFG-Maßnahmen hinzuwirken. Für Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen der Bauklassen III

und IV sind jedoch keine Bauweisen mit einer Pflasterdecke auf Tragschichten ohne Bindemittel (Tafel 3, Zeilen 5, 6 und 7) zu wählen.

Die RStO 86 ergänzen die bisherigen standardisierten Regelungen für den Straßenoberbau durch einige Festlegungen, die bisher in anderen Regelwerken behandelt waren. Daher setze ich mit Einführung der RStO 86 außer Kraft die

— „Richtlinien für den Straßenoberbau — Standardausführungen —“, Ausgabe 1975 (RStO 75), einschließlich des Bezugsschreibens 1.a).

— „Änderungen bzw. Ergänzungen der RStO 75 für Straßen mit sehr hohen Beanspruchungen“, Ausgabe 1978, einschließlich des Bezugsschreibens 1.b).

— „Richtlinien für die Befestigungen von Rad- und Gehwegen — Standardausführungen —“, Ausgabe 1980 (RStRG 80), einschließlich der Bezugsschreiben 1.c) und 2.a).

— „Richtlinien für die Flächenbefestigungen in den Nebenanlagen und Verkehrsanlagen der Nebenbetriebe an Bundesfernstraßen“ (RFN) einschließlich des Bezugsschreibens 2.b).

— „Zusätzlichen Technischen Vorschriften und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau“, Ausgabe 1976 (ZTVE-StB 76), eingeführt mit Bezugsschreiben 1.d), in folgenden Abschnitten:

a) Abschn. „Allgemeines“, 7. „Bauklassen und Verkehrsbelastung“,

b) Abschn. 2.3.3.1. Festlegungen zur Ermittlung der Mindestdicke des frostsicheren Straßenaufbaues einschließlich Tabelle 3,

c) Abschn. 3.7.3.5. Festlegung zur Anrechnung der Dicke der verfestigten Schicht auf die Mindestdicke des frostsicheren Straßenaufbaues.

— „Zusätzlichen Technischen Vorschriften und Richtlinien für den Bau von Fahrbahndecken aus Beton“, Ausgabe 1978 (ZTV Beton 78), eingeführt mit Bezugsschreiben 1.e), in folgenden Bereichen:

a) Tabelle 1. „Bauklassen und Verkehrsbelastungszahl“,

b) Abschn. 4. „Dicke der Decke“,

c) Anhang II „Betonoberbau (hydraulisch gebundener Oberbau)“.

— „Änderungen bzw. Ergänzungen zu den ZTV Beton 78“, Ausgabe 1982, eingeführt mit Bezugsschreiben 1.f), in folgenden Bereichen:

a) Abschn. 4. „Dicke der Decke“,

b) Anhang II „Betonoberbau (hydraulisch gebundener Oberbau)“.

Außerdem bitte ich, das „Merkblatt für den Asphaltoberbau“, Ausgabe 1977, und dessen „Ergänzung für den Bau nachgeordneter Straßen in Gemeinden (Wohnsammelstraßen, Erschließungsstraßen, Gemeindeverbindungsstraßen und Verkehrsflächen)“, Ausgabe 1979, auf welche ich mit den Bezugsschreiben 2.c) bzw. 2.d) hingewiesen habe, nicht mehr anzuwenden.

Ergänzend weise ich besonders darauf hin, daß die RStO 86 die Verwendung von gemischt- und feinkörnigen Böden gem. DIN 18 196 für Bodenverfestigungen als Tragschichten im Oberbau ausschließen. Die Verfestigung von frostsicheren Mineralstoffgemischen mit Bindemitteln als Tragschichten im Oberbau soll in einer Ergänzung der „Zusätzlichen Technischen Vorschriften und Richtlinien für Tragschichten im Straßenbau“, Ausgabe 1986 (ZTVT-StB 86), endgültig geregelt werden.

Ich bitte, die Erfahrungen bei der Anwendung der RStO 86 zu sammeln und zu gegebener Zeit darüber zu berichten. Das gilt vor allem für diejenigen Bauweisen mit vollgebundenem Oberbau, die als noch nicht ausreichend erprobt gekennzeichnet sind, sofern deren Anwendung wirtschaftliche Vorteile erkennen läßt. Der Wahl standardisierter Bauweisen steht grundsätzlich nicht die versuchsweise Anwendung neuer Bauweisen entgegen.

Dieses Rundschreiben wird im Verkehrsblatt veröffentlicht.



997

## PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

**C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern****beim Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Kriminalhauptmeister (BaP) Klaus Wittich (22. 9. 86), die Polizeiobermeister (BaP) Jürgen Alter (3. 9. 86), Carsten Kobus (8. 9. 86), Jürgen Damm, Michael Finster (beide 23. 9. 86), Matthias Bech, Bernd Nickel, Joachim Witzel (sämtlich 24. 9. 86), Horst Anders (27. 9. 86), Uwe Bettmann (29. 9. 86), die Polizeimeister (BaP) Michael Siebert, Eberhard Winkler (beide 17. 9. 86), Rainer Otto (22. 9. 86), Michael Wilhelm (25. 9. 86), Achim Humburg (29. 9. 86).

Frankfurt am Main, 3. Oktober 1986

**Der Polizeipräsident**  
P III/12 — 8 b 04 03

StAnz. 42/1986 S. 2005

**D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen****bei der Oberfinanzdirektion**

ernannt:

zum Bauberrat Baurat (BaL) Michael Freiwald (28. 4. 86);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Steueroberinspektoren (BaP) Bernhard Barth (18. 7. 86), Stefan Lindenstruth (18. 8. 86), Steuerobersekretär (BaP) Kurt Seibert (21. 7. 86);

versetzt:

von der Stadt Frankfurt Baurat z. A. (BaP) Bernd Oberwemmer (1. 4. 86);

in den Ruhestand versetzt:

Steueramtmann Wilfried Fay (31. 5. 86) gem. § 51 Abs. 1 HBG;

verstorben:

Oberamtsrat Fritz Fornoff (13. 5. 86);

**bei der Steuerverwaltung:**

ernannt:

zum/zur Regierungsrat/in (BaL) Regierungsrat/in z. A. (BaP) Alice Reusch, FA Dieburg (1. 7. 86), Dr. Martin Worms, FA Hanau (1. 3. 86);

zur Regierungsrätin z. A. (BaP) Bewerberin Doris Paar, FA Fritzlar (1. 6. 86);

zu/zur Steuerinspektoren/in (BaL) die Steuerinspektoren/in z. A. (BaP) Heinz-Detlef Hein, FA Hofgeismar (5. 8. 86), Beate Peil, FA Wiesbaden II (30. 6. 86), Günter Peinelt, FA Darmstadt (5. 8. 86), Werner Sperlich, FA Ffm.-Hamburger Allee (4. 8. 86), Klaus Schermuly, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Eberhard Wickel, FA Wetzlar (4. 8. 86);

zu Steuerinspektoren/innen die Steuerinspektoren/innen z. A. (BaP) Stefan Assmann, FA Ffm.-Börse (22. 7. 86), Birgit Becker, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Frank Beisheim (1. 8. 86), Uwe Bellmann, beide FA Ffm.-Taunustor (4. 8. 86), Hans-Jürgen Bernges, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Regina Biermann, FA Korbach (4. 8. 86), Thomas Bolz, FA Ffm.-Stiftstr. (12. 5. 86), Klaus Buckisch, FA Ffm.-Taunustor (25. 8. 86), Andrea Bug, FA Ffm.-Börse (11. 8. 86), Karl-Heinz Bug, FA Ffm.-Stiftstr. (5. 8. 86), Christine Carrier, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Stefan Diehl, FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Gabriele Dietz, FA Offenbach-Stadt (28. 8. 86), Thomas Erban, FA Bad Schwalbach (25. 8. 86), Frank Eyßen, FA Ffm.-Taunustor, Annette Fischer, FA Rüdeshheim (beide 4. 8. 86), Martin Frömel, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Iris Gawol, FA Langen (13. 8. 86), Ulrike Geißler, FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Wolfgang Gnau, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Alfred Göllmann, FA Ffm.-Stiftstr. (29. 8. 86), Hartmut Göritzer, FA Kassel-Goethestr. (6. 8. 86), Klaus Häußer, FA Ffm.-Stiftstr. (27. 8. 86), Ute Hahl, FA Friedberg (5. 8. 86), Klaus-Peter Hamann, FA Korbach (4. 8. 86), Thomas Happel, FA Biedenkopf (5. 8. 86), Holger Hartz, FA Friedberg (26. 8. 86), Dörte Hausrath, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Peter Herbold, FA Kassel-Goethestr. (13. 8. 86), Ronny Herzberg, FA Friedberg (26. 8. 86), Regina Heß, FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Maria Hilscher, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Willi Hinkel, FA Offenbach-Land (29. 8. 86), Stefan Horn, FA Offenbach-Stadt (12. 5. 86), Reiner Jost, FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Hilmar Jung,

FA Bad Homburg (16. 8. 86), Thomas Jungermann, FA Ffm.-Hamburger Allee (4. 8. 86), Carsten Junicke, FA Darmstadt (5. 8. 86), Uwe Kämmerer, FA Langen (28. 8. 86), Eva Käsmann, FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Thomas Karges, FA Langen, Klaus Köhler, FA Kassel-Goethestr. (beide 6. 8. 86), Thomas Krekel, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Eva-Maria Krenek, FA Ffm.-Börse, Jürgen Kunz, FA Gelnhausen (beide 4. 8. 86), Martina Kutschker, FA Ffm.-Börse (14. 8. 86), Cordula Leubner, FA Bad Schwalbach (1. 8. 86), Stefan Linge, FA Bad Homburg (4. 8. 86), Dieter Löber (22. 7. 86), Cornelia Ludwig, beide FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Peter Lück, FA Dieburg (6. 5. 86), Heike Mann, FA Ffm.-Stiftstr. (7. 8. 86), Birgit Meudt-Gemeinder, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Martina Möhring, FA Offenbach-Land (28. 8. 86), Helmut Möller, FA Ffm.-Taunustor (4. 8. 86), Elke Nölke (1. 8. 86), Alexander Ott, beide FA Wiesbaden I (5. 5. 86), Hannelore Pfeil, FA Ffm.-Höchst, Cornelia Pössniker, FA Ffm.-Stiftstr. (beide 5. 8. 86), Uwe Pössniker, FA Ffm.-Hamburger Allee (11. 8. 86), Stefan Pollak, FA Darmstadt (18. 7. 86), Mechthild Rehberg, FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Susanne Reitz-Schneider, FA Wiesbaden II (14. 8. 86), Frank Rosolino, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Wilfried Roß, FA Bad Homburg (4. 8. 86), Barbara Rother, FA Offenbach-Land (29. 8. 86), Susanne Sigl, FA Ffm.-Hamburger Allee (8. 8. 86), Susanne Sprankel, FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Hans-Jürgen Schade, FA Bad Homburg (5. 8. 86), Gudrun Schanze, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Uta Schmerfeld, FA Bad Homburg (6. 8. 86), Karl Schmitt, FA Ffm.-Stiftstr. (26. 8. 86), Albrecht Schwab, FA Nidda (27. 8. 86), Petra Schwab, FA Ffm.-Börse (13. 8. 86), Manfred Schwanzer, FA Offenbach-Stadt (21. 7. 86), Ursula Tattermusch, FA Rüdeshheim (4. 8. 86), Ulrich Thiel, FA Offenbach-Stadt (12. 5. 86), Thomas Tscherswitschke, FA Ffm.-Taunustor (23. 5. 86), Ottmar Veltum, FA Ffm.-Hamburger Allee (22. 8. 86), Frank Vick (20. 8. 86), Antje Walter, beide FA Ffm.-Taunustor, Helga Wamser, FA Ffm.-Börse (beide 4. 8. 86), Klaus Weiß, FA Bad Homburg (23. 8. 86), Claudia Wesp, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Frank Wille, FA Kassel-Goethestr. (8. 8. 86), Jürgen Wilzbach, FA Offenbach-Land (29. 8. 86), Angelika Wolf, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Jürgen Wolf, FA Wiesbaden II (13. 8. 86), Martina Wolff, FA Offenbach-Land (28. 8. 86), Jürgen Wrba, FA Ffm.-Stiftstr. (27. 8. 86), Annette Zeuch, FA Langen (28. 8. 86), Dietrich-Ekkehard Zschocke, FA Ffm.-Börse (11. 8. 86);

zu Steuerinspektoren/innen z. A. (BaP) die Finanzwärtler/innen (BaW) Thomas Acker, FA Gießen, Thomas Adolph, Christiane Aschenbrenner, beide FA Fulda, Bettina Auler, Holger Bacher, beide FA Wiesbaden II, Christiane Bahr, FA Kassel-Goethestr., Harald Bastian, FA Gießen, Gabriele Bell, Achim Bender, beide FA Ffm.-Taunustor, Thomas Bergmann, FA Kassel-Goethestr., Veronika Berner, FA Fulda, Gerhard Betz, FA Ffm.-Taunustor, Petra Bibo, FA Wiesbaden II, Götz Bock, FA Gießen, Andrea Brandt, FA Ffm.-Taunustor, Ulrike Buckard, FA Wiesbaden II, Christiane Bulla, FA Gießen, Ulrike Burster, Ralph Buße, beide FA Ffm.-Taunustor, Peter Chmiel, FA Fulda, Michael Dahlke, FA Ffm.-Taunustor, Reinhold Daniel, FA Darmstadt, Ralf Debus, FA Kassel-Goethestr., Peter Degel, FA Darmstadt, Thomas Diehl, FA Gießen, Norbert Dieter, FA Darmstadt, Christine Domning, FA Ffm.-Taunustor, Jörg Dyck, FA Darmstadt, Claus Eberhard, FA Ffm.-Taunustor, Kerstin Eckel, FA Gießen, Verena Engel, FA Ffm.-Taunustor, Viktor Engel, FA Wiesbaden II, Erich Filippi, Rudolf Fippl, beide FA Gießen, Reinhard Fischer, FA Darmstadt, Harry Fleischfresser, FA Ffm.-Taunustor, Johannes Flörshheimer, FA Wiesbaden II, Jürgen Franz, Michael Fricke, beide FA Ffm.-Taunustor, Oliver Frieß, Andrea Groß, beide FA Darmstadt, Bettina Grube, FA Wiesbaden II, Bernd Gumbel, FA Gießen, Dirk Guhrsch, FA Kassel-Goethestr., Michael Haase, Karin Härter, beide FA Darmstadt, Karin Hafner, FA Ffm.-Taunustor, Arno Hartmann, FA Darmstadt, Gudrun Hartung, FA Kassel-Goethestr., Ulrike Heck, FA Ffm.-Taunustor, Andrea Helmke, FA Fulda, Uwe Henrich, FA Gießen, Iris Herche, FA Darmstadt, André Hildebrandt, FA Wiesbaden II, Udo Hölzel, FA Darmstadt, Anke Hubert, FA Fulda, Astrid Iden, Achim Jäger, beide FA Kassel-Goethestr., Marion Junck, FA Ffm.-Taunustor, Katja Kaiser, FA Kassel-Goethestr., Thomas Kaletsch, FA Gießen, Bettina Klee, FA Ffm.-Taunustor, Christina Kling, FA Gießen, Karin Klinkert, FA Ffm.-Taunustor, Reiner Knapp, FA Darmstadt, Wolfgang Kobs, FA Kassel-Goethestr., Uwe Köhler, FA Wiesbaden II, Anke Körtel, FA Kassel-Goethestr., Christian Kolbe, Stefan Kraft, beide FA Ffm.-Taunustor, Sabine Kreiling, FA Gießen, Gerald Krumb,

FA Darmstadt, Jürgen Kusenber, FA Gießen, Heidrun Link, FA Wiesbaden II, Heinz Peter Lölkes, FA Ffm.-Taunustor, Thomas Loyda, FA Fulda, Thomas Lühne, FA Kassel-Goethestr., Thomas Mally, Manfred Martin, beide FA Darmstadt, Sibylle Martin, FA Wiesbaden II, Michael Martin-Borrego, FA Kassel-Goethestr., Jürgen Martini, FA Darmstadt, Gerlinde Matle, FA Wiesbaden II, Margit Mehler, FA Gießen, Uwe Meyer, FA Darmstadt, Kerstin Michel, FA Gießen, Clemens Mihm, FA Fulda, Gabriele Mohr, FA Darmstadt, Thomas Momberger, FA Fulda, Joachim Müller, FA Darmstadt, Matthias Münch, Sabine Münch, beide FA Gießen, Robert Neßler, FA Darmstadt, Ilka Neubüser, FA Wiesbaden II, Thomas Ochsendorf, FA Gießen, Anja Osterberg, FA Kassel-Goethestr., Thomas Paratore, FA Ffm.-Taunustor, Andrea Petry, FA Gießen, Marion Pfeffer, FA Kassel-Goethestr., Michael Pingitzer, FA Wiesbaden II, Matthias Ranft, FA Gießen, Angelika Rehm, FA Fulda, Petra Renkel, FA Darmstadt, Eberhard Reuter, FA Fulda, Heike Ritschdorf, FA Ffm.-Taunustor, Sabine Ritter, FA Kassel-Goethestr., Heike Rübsamen, FA Gießen, Uwe Rükker, FA Wiesbaden II, Karin Rückert, FA Darmstadt, Peter Rützel, FA Gießen, Peter Rustler, Susanne Rustler, beide FA Fulda, Irene Sachs, FA Darmstadt, Christine Sander, FA Kassel-Goethestr., Marion Sauer, Ulrich Seifert, beide FA Darmstadt, Helmut Sippel, FA Kassel-Goethestr., Claudia Skupin, FA Fulda, Roman Sobotka, FA Kassel-Goethestr., Dorothe Späth, FA Darmstadt, Doris Sude, FA Kassel-Goethestr., Volker Schäfer, FA Fulda, Matthias Schenk, FA Wiesbaden II, Bernd Schmitz, FA Fulda, Patricia Schmitz, FA Ffm.-Taunustor, Andrea Schnabel, Reiner Schnell, beide FA Fulda, Kerstin Schönbach, FA Wiesbaden II, Lore Schommartz, Markus Schwager, beide FA Darmstadt, Monika Schwarz, FA Ffm.-Taunustor, Susanne Stahr, FA Kassel-Goethestr., Peter Stein, FA Darmstadt, Annedore Stellner, FA Gießen, Gernold Strobl, FA Ffm.-Taunustor, Thomas Sturm, Jürgen Thiel, beide FA Wiesbaden II, Konstantin Trzavidas, FA Ffm.-Taunustor, Thomas Urban, FA Fulda, Frank Velten, FA Gießen, Gregor Vick, FA Kassel-Goethestr., Ellen Voßmeier, FA Gießen, Carola Wagenbach, FA Wiesbaden II, Wolfgang Walter, FA Ffm.-Taunustor, Christian Weber, FA Fulda, Harald Weber, FA Darmstadt, Stefan Weber, FA Gießen, Angelika Weinisch, FA Ffm.-Taunustor, Helmut Weiser, FA Wiesbaden II, Klaus Werner, FA Ffm.-Taunustor, Ute Windgassen, FA Wiesbaden II, Kirstin Wolf, FA Gießen, Andreane Wrbanatz, FA Ffm.-Taunustor, Angelika Würtz, FA Fulda, Andreas Zienke, Daniela Züge, beide FA Ffm.-Taunustor (sämtlich 1. 8. 86);

zu **Steuersekretären (BaL)** die Steuersekretäre z. A. (BaP) Karl Ebert, FA Darmstadt (5. 8. 86), Wieland Goebel, FA Hanau, Manfred Leo, FA Ffm.-Hamburger Allee (beide 4. 8. 86), Manfred Thies, FA Wiesbaden II (18. 8. 86), Werner Tögel, FA Gießen (4. 8. 86);

zu **Steuersekretären z. A. (BaP)** die Steueranwärter (BaW) Adolf Gleditzsch, FA Ffm.-Taunustor, Heinz Peter Kamith, FA Wiesbaden II, Willi Michel, Edwin Robert, beide FA Ffm.-Taunustor, Elmar Schiffauer, FA Wiesbaden II, Klaus Schneider, FA Ffm.-Taunustor (sämtlich 1. 8. 86);

zu **Steuerassistenten/innen** die Steuerassistenten/innen z. A. (BaP) Thorsten Basile (11. 8. 86), Bianka Becker, beide FA Wiesbaden I (1. 8. 86), Claudia Beinhoff, FA Langen (18. 8. 86), Corinna Bernhardt, FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Petra Biethahn, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Evelin Blumenthal, FA Offenbach-Stadt (18. 8. 86), Markus Braun (4. 8. 86), Heike Decker, beide FA Bad Homburg (9. 8. 86), Marina Demand, FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Monika Dietrich, FA Langen (13. 8. 86), Petra Dilling, FA Darmstadt, Belinda Döll, FA Friedberg (beide 5. 8. 86), Thorsten Eckhardt, FA Ffm.-Hamburger Allee (4. 8. 86), Martina Eyert, FA Offenbach-Stadt (18. 8. 86), Silke Freudenberg, FA Hanau (4. 8. 86), Michaela Führer, FA Bad Homburg (8. 8. 86), Marika Gibitz, FA Bad Schwalbach (1. 8. 86), Petra Götz, FA Langen (13. 8. 86), Karin Griesenbrock, FA Bad Schwalbach (1. 8. 86), Andrea Guhm, FA Langen (13. 8. 86), Matthias Härter, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Anja Hartmann, FA Ffm.-Taunustor, Silke Heinemann, FA Bad Homburg (beide 4. 8. 86), Armin Hellebrandt, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Jürgen Henche, FA Ffm.-Hamburger Allee (4. 8. 86), Petra Herber, Ute Herber, beide FA Offenbach-Land (beide 28. 8. 86), Beate Heß, FA Groß-Gerau, Sibylle Hinn, Andreas Hof, beide FA Ffm.-Börse (sämtlich 4. 8. 86), Jörg Hofmann, FA Bad Homburg (6. 8. 86), Esther Hottenbacher, FA Wiesbaden I (1. 8. 86), Andrea Hüfner, FA Offenbach-Land (28. 8. 86), Carmen Jung, FA Ffm.-Taunustor, Claudia Jung, FA Rüdeshheim (beide 4. 8. 86), Frank Kailing, FA Offenbach-Stadt (18. 8. 86), Marietta Kaser, FA Darmstadt (5. 8. 86), Joachim Kauck, FA Offenbach-Land (28. 8. 86), Heidi Kindinger, FA Darmstadt (5. 8. 86), Sylvia Klappich, FA Groß-Gerau (18. 8. 86), Dietmar Kling, FA Offenbach-Stadt (19. 8. 86), Martina Klöckner, FA

Offenbach-Land (28. 8. 86), Marion Kniest, FA Ffm.-Höchst (7. 8. 86), Anja Kraft, FA Groß-Gerau (18. 8. 86), Beate Kral, FA Bad Schwalbach (4. 8. 86), Bernd Kramer, FA Langen (22. 8. 86), Martina Kraus, FA Offenbach-Stadt (28. 8. 86), Jörg Krichbaum, FA Darmstadt (7. 8. 86), Matthias Krist, FA Ffm.-Börse (4. 8. 86), Christine Krönung, Anja Kruse, beide FA Offenbach-Land (beide 28. 8. 86), Anke Kuhl, FA Ffm.-Stiftstr. (5. 8. 86), Joachim Kuhn, FA Groß-Gerau (11. 8. 86), Beate Kutyma, FA Bad Homburg (4. 8. 86), Martina Ludewig, FA Darmstadt (5. 8. 86), Judith Mäser, FA Hanau (4. 8. 86), Siegbert Mai, FA Ffm.-Taunustor (20. 8. 86), Guido Mallm (1. 8. 86), Patrick Mallm, beide FA Ffm.-Höchst (6. 8. 86), Karsten Manß, FA Langen (13. 8. 86), Stefan Meurer, FA Ffm.-Taunustor, Ralf Michel, FA Bensheim (beide 4. 8. 86), Elisabeth Mötzung, FA Offenbach-Land (28. 8. 86), Martina Mogge, FA Groß-Gerau, Andrea Mogk, FA Friedberg, Sabine Most, FA Groß-Gerau (sämtlich 5. 8. 86), Antje Nienkemper, FA Ffm.-Taunustor (4. 8. 86), Heike Oehl, FA Darmstadt (5. 8. 86), Antje Ohlheiser, FA Ffm.-Taunustor (4. 8. 86), Bertram Otte, FA Ffm.-Stiftstr. (16. 8. 86), Sabine Prosser, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Anette Quick, FA Ffm.-Taunustor (4. 8. 86), Christoph Radtke, FA Ffm.-Stiftstr. (5. 8. 86), Petra Rausch, FA Offenbach-Stadt (18. 8. 86), Anke Reichard, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Anja Reul (28. 8. 86), Silvia Riedl, Ellen Rieger, sämtlich FA Offenbach-Stadt (beide 5. 8. 86), Simone Röder, FA Ffm.-Börse, Christine Rosenbach, FA Ffm.-Hamburger Allee, Heidelinde Sangl, FA Bad Homburg, Jürgen Sehr, FA Ffm.-Taunustor (sämtlich 4. 8. 86), Sylvia Seibert, FA Ffm.-Stiftstr. (5. 8. 86), Ilona Schäffler, FA Bad Homburg (4. 8. 86), Sabine Scheiwein, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 86), Christine Schick, Dirk Schmelting, Anja Schmidt, sämtl. FA Groß-Gerau (sämtlich 5. 8. 86), Bärbel Schmidt, FA Ffm.-Stiftstr. (11. 8. 86), Jörg Schmidt, FA Wiesbaden I (1. 8. 86), Sabine Schmittel, FA Wiesbaden II, Manfred Schneider, FA Friedberg (beide 7. 8. 86), Thomas Schönewald, FA Groß-Gerau (18. 8. 86), Jutta Schwalm, FA Ffm.-Börse, Peter Stahl, FA Ffm.-Taunustor (beide 8. 8. 86), Sabine Stoll, FA Bad Homburg (4. 8. 86), Rainer Trautmann, FA Darmstadt, Ulrike Völlinger, FA Offenbach-Stadt (beide 11. 8. 86), Matthias Vogel, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Christina Wege, FA Ffm.-Taunustor, Elke Wege, FA Ffm.-Börse (beide 4. 8. 86), Judith Weil, FA Ffm.-Stiftstr., Astrid Wilhelm, FA Offenbach-Stadt (beide 5. 8. 86), Heike Wilhelm, FA Wiesbaden I (1. 8. 86), Petra Willar, FA Offenbach-Stadt (5. 8. 86), Sabine Winterwerber, FA Wiesbaden I (1. 8. 86), Sabine Wißmann, FA Ffm.-Stiftstr. (5. 8. 86), Ria Wollenhaupt, FA Bad Homburg (4. 8. 86), Silke Wozniak, FA Wiesbaden II (13. 8. 86), Heike Ziegler, FA Groß-Gerau (5. 8. 86), Holger Zimmermann, FA Wiesbaden II (7. 8. 86), Andrea Ziska, FA Ffm.-Hamburger Allee, Birgit Zmrhal, FA Ffm.-Börse, Marcus Zorn, FA Ffm.-Taunustor (sämtlich 4. 8. 86), Harald Zwergel, FA Offenbach-Land (29. 8. 86);

zum **Techn. Assistenten (BaP)** Bewerber Manfred Schlarbaum, FA Eschwege (1. 7. 86);

zu **Steuerassistenten/innen z. A. (BaP)** Finanzanwärter/in (BaW) Karin Engel, FA Wiesbaden II (5. 8. 86), Jörg Holzhauer, FA Fulda (27. 6. 86), die Steueranwärter/innen (BaW) Beate Achenbach, FA Gießen, Bettina Albrecht, FA Groß-Gerau, Heike Aledter, FA Hanau, Klaus Balkow, FA Ffm.-Taunustor, Antje Bauer, FA Wiesbaden II, Stefan Berk, FA Fulda, Kerstin Beuchel, FA Darmstadt, Sabine Bildstein, FA Limburg, Eveline Boncourt, FA Kassel-Spohrstr., Peter Born, FA Friedberg, Christine Bornert, FA Darmstadt, Iris Bräuer, Silke Bräuer, beide FA Gießen, Monika Burggraf, FA Limburg, Marcus Cramer, Sabine Daum, beide FA Darmstadt, Andreas Dhein, Kerstin Maria Diegmüller, beide FA Fulda, Tonja Claudia Dorn, FA Wiesbaden II, Susanne Eckhardt, FA Gießen, Ivonne Eggolt, FA Friedberg, Sabine Eifert, FA Gießen, Carsten Eisel, FA Ffm.-Taunustor, Barbara Fabian, Martina Feldmann, beide FA Darmstadt, Ralf Formella, FA Marburg, Bettina Frenzel, FA Gelnhausen, Annette Fries, FA Ffm.-Taunustor, Wolfgang Fritz, FA Gießen, Andrea Gabriel, FA Groß-Gerau, Marion Gabriel, FA Ffm.-Taunustor, Jörg Gibbe, FA Hanau, Rita Glanzner, FA Darmstadt, Hiltrud Göb, FA Fulda, Bettina Gries, FA Darmstadt, Thorsten Griesel, FA Fulda, Christel Groß, FA Limburg, Bärbel Grube, Petra Grill, beide FA Groß-Gerau, Michael Hahn, FA Hanau, Markus Heimann, FA Wiesbaden II, Konrad Werner Heiseler, FA Gießen, Annette Henning, FA Gelnhausen, Bernd Henning, FA Kassel-Spohrstr., Birgit Herber, FA Fulda, Reiner Heß, Annette Hübner, beide FA Friedberg, Bernd Jäger, FA Darmstadt, Marina Jorge, FA Ffm.-Taunustor, Marion Jost, FA Limburg, Martina Rosel Jung, FA Wiesbaden II, Sabine Jung, FA Ffm.-Taunustor, Sybille Klappich, FA Groß-Gerau, Sylvia Klee, FA Gelnhausen, Uwe Klees, FA Gießen, Sabine Kleibrink, FA Kassel-Spohrstr., Sabine Kleimann, FA Frankenberg, Manuela Koch,

FA Kassel-Spohrstr., Sandra Koppel, FA Limburg, Anja Kratz, FA Wiesbaden II, Manuela Kreißl, FA Darmstadt, Frank Kremer, FA Fulda, Regina Kucharski, FA Wiesbaden II, Olaf Ladwig, FA Ffm.-Taunustor, Karin Lang, FA Darmstadt, Regina Laubmeyer, FA Wiesbaden II, Thorsten Lazecky, FA Fulda, Jürgen Lehmler, FA Frankenberg, Angela Leipold, FA Ffm.-Taunustor, Anke Hannelore Leipold, FA Gelnhausen, Silke Leuthner, FA Groß-Gerau, Lothar Lichtenfeld, FA Frankenberg, Erol Lintner, FA Wiesbaden II, Birgit Löber, FA Frankenberg, Susanne Lofkarn, FA Wiesbaden II, Marion Lotz, FA Gelnhausen, Birgit Mahler, FA Groß-Gerau, Matthias Maurer, Verena Mayer, beide FA Wiesbaden II, Anke Menz, FA Gießen, Susanne Menzel, FA Ffm.-Taunustor, Michael Möller, FA Kassel-Spohrstr., Susanne Möser, FA Gießen, Elke Mohr, FA Darmstadt, Markus Moos, FA Marburg, Anja Müller, FA Gießen, Sabine Müller, FA Hanau, Irmtrud Murmann, FA Darmstadt, Belinda Nees, Sigrid Neubauer, beide FA Hanau, Uwe Pfahls, FA Groß-Gerau, Roger Pfalz, FA Marburg, Arndt Planz, FA Fulda, Anette Platt, Sabine Poborsky, beide FA Gießen, Martina Raabe, FA Kassel-Spohrstr., Torsten Reißner, FA Groß-Gerau, Regina Maria Ries, Christiane Rösner, beide FA Darmstadt, Christina Röttger, FA Gießen, Harald Rudolph, FA Kassel-Spohrstr., Andrea Rühl, FA Gießen, Ute Rühl, FA Darmstadt, Veronika Rühl, FA Gießen, Robert Spangenberg, FA Kassel-Spohrstr., Peter Schäfer, Sabine Schäfer, beide FA Darmstadt, Kerstin Scheuplein, FA Hanau, Achim Schindler, FA Kassel-Spohrstr., Heidi Schlitzer, FA Fulda, Birgit Schmidt, FA Wiesbaden II, Uwe Schmidt, FA Friedberg, Xenia Schmidt, FA Gelnhausen, Anja Barbara Schmitt, FA Limburg, Anja Schneidenbach, FA Ffm.-Taunustor, Udo Konrad Schneider, FA Marburg, Annerose Scholl, FA Limburg, Christina Schultheis, FA Hanau, Stefan Schulz, FA Limburg, Sandra Schwebel, FA Gießen, Stefan Schweikart, FA Hanau, Sonja Schwenz, FA Gießen, Jürgen Stalla, FA Fulda, Ruthild Stein, FA Gießen, Christian Stock, FA Gelnhausen, Claudia Stricker, FA Gießen, Silke Strobel, FA Groß-Gerau, Alexandra Stübing, FA Gelnhausen, Dirk Tetzlaff, FA Gießen, René Thoma, FA Gelnhausen, Rita Viehmann, FA Groß-Gerau, Christoph Waidner, FA Fulda, Birgit Wald, FA Groß-Gerau, Steffen Werner, FA Frankenberg, Inge Winkler, FA Darmstadt, Renate Wolf, FA Hanau, Susanne Wolf, FA Marburg, Michael Wolfrath, FA Kassel-Spohrstr., Heiko Wüst, FA Darmstadt, Claudia Zink, FA Frankenberg (sämtlich 1. 8. 86);

#### berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Steueroberinspektoren/innen (BaP) Jürgen Bailé, FA Groß-Gerau (23. 6. 86), Andreas Biemer, FA Bad Homburg (27. 7. 86), Dorothea Burk, FA Hanau (14. 5. 86), Heike Deist, FA Rotenburg (15. 7. 86), Petra Görgens, FA Bad Homburg (13. 5. 86), Martin Herbst, FA Offenbach-Land (1. 7. 86), Jochen Hiller (18. 6. 86), Jürgen Horn, beide FA Friedberg (23. 5. 86), Birgitt Kaufmann, FA Ffm.-Stiftstr. (12. 5. 86), Ursula Klenner, FA Darmstadt (18. 6. 86), Ute Litzembauer, FA Offenbach-Stadt (7. 7. 86), Gisela Nitz, FA Darmstadt (24. 6. 86), Thomas Rau (12. 5. 86), Matthias Rehme, beide FA Offenbach-Stadt (2. 7. 86), Markus Roßbach, FA Groß-Gerau (14. 7. 86), Martin Sachs, FA Gelnhausen (9. 5. 86), Thorald Schuchmann, FA Ffm.-Taunustor (16. 5. 86), Christel Steinert, FA Bad Hersfeld (7. 7. 86), Winfried Weber, FA Offenbach-Land (9. 5. 86), Norbert Wörner, FA Langen (23. 7. 86),

die Steuerinspektoren/innen (BaP) Ilse Kienmüller, FA Wiesbaden I (31. 7. 86), Manfred Laun, FA Offenbach-Stadt (22. 4. 86), Birgit Lindenstruth, FA Ffm.-Taunustor (27. 5. 86), Barbara Markert, FA Offenbach-Stadt (20. 5. 86), Reiner Schorge, FA Langen (6. 8. 86),

die Steuerhauptsekretäre (BaP) Johannes Heil, FA Ffm.-Stiftstr. (12. 6. 86), Udo Partsch, FA Hanau (6. 8. 86), Manfred Schenk, FA Ffm.-Hamburger Allee (14. 5. 86),

die Steuerobersekretäre/innen (BaP) Ferdinand Abel, FA Limburg (16. 6. 86), Dieter Asthalter, FA Kassel-Spohrstr. (20. 5. 86), Jürgen Baierle, FA Groß-Gerau (6. 6. 86), Peter Bekker, FA Ffm.-Taunustor (30. 6. 86), Harald Bodenheimer, FA Wiesbaden II (7. 5. 86), Silvia Böcher, FA Nidda (15. 7. 86), Peter Böhm, FA Ffm.-Höchst (23. 7. 86), Gabriele Böttge, FA Gelnhausen (15. 7. 86), Ilona Dechert, FA Friedberg (24. 4. 86), Holger Dirich, FA Kassel-Spohrstr. (12. 5. 86), Norbert Eierdanz, FA Korbach (9. 5. 86), Christel Emmerich, FA Offenbach-Stadt (13. 6. 86), Bernd Grosse, FA Bad Schwalbach (7. 7. 86), Annette Hansel, FA Darmstadt (20. 5. 86), Elmar Hartmann, FA Bensheim (13. 6. 86), Sabine Hohmann-Steinhöfel, FA Ffm.-Taunustor (9. 6. 86), Gerhard Huyhsen, FA Ffm.-Stiftstr. (28. 4. 86), Claus-Peter Ludwig, FA Bad Homburg (25. 6. 86), Peter Mäußler, FA Michelstadt (5. 5. 86), Jürgen Menges, FA Darmstadt (28. 4. 86), Monika Pauly, FA Gießen (26. 5. 86), Gunter Rausch, FA Bad Homburg (23. 6. 86), Marion

Roth, FA Wiesbaden II (5. 5. 86), Wolfgang Schlegel, FA Wetzlar, Regina Stöppler, FA Offenbach-Stadt (beide 7. 7. 86), Michael Vogel, FA Ffm.-Hamburger Allee (20. 5. 86), Günther Weber, FA Weilburg (30. 6. 86).

der/die Steuersekretär/innen (BaP) Gisela Emminger, FA Korbach (27. 6. 86), Rolf Erbe, FA Weilburg (23. 6. 86), Petra Heun, FA Fritzlar (1. 7. 86);

#### versetzt:

vom FA Koblenz Regierungsrat (BaL) Hans-Joachim Hertling, FA Wiesbaden I (1. 1. 85), vom FA Bremen-Nord Steueroberinspektor (BaL) Peter Holzbrecher, FA Wiesbaden I (1. 5. 86), vom FA Ravensburg Steuerinspektorin (BaL) Angelika Bauseler, FA Ffm.-Taunustor (1. 9. 86), vom FA Hamburg-Hansa Steueramtsinspektorin (BaL) Susanne Alcock, FA Ffm.-Stiftstr. (1. 9. 86), zum FA Mannheim-Neckarstadt Steueramtmann (BaL) Bernd Magiera, FA Darmstadt (1. 7. 86), zur Stadt Frankfurt Steueroberinspektorin (BaP) Gerlinde Grimm, FA Ffm.-Börse (1. 5. 86), zum Magistrat der Stadt Griesheim Steueroberinspektor (BaL) Gerhard Keller, FA Darmstadt (1. 9. 86), zur Gemeinde Neuhoof Steueroberinspektor (BaP) Gerhard Schiffhauer, FA Ffm.-Börse (1. 8. 86), zur Stadt Hünfeld Steueroberinspektor (BaL) Thomas Stupp, FA Fulda (1. 8. 86), zur Stadt Büdingen Steuerobersekretär (BaP) Klaus Reutzel, FA Gelnhausen (1. 5. 86);

#### in den Ruhestand getreten:

die Stellerräte Helmut Magerkurth, FA Kassel-Goethestr. (30. 6. 86), Artur Rasch, FA Ffm.-Hamburger Allee (31. 5. 86), Steueramtmann Hermann Wilhelm, FA Kassel-Spohrstr., Oberamtsmeister Walter Achilles, FA Ffm.-Hamburger Allee (beide 31. 8. 86);

#### in den Ruhestand versetzt:

Regierungsobererrat Helmut Fischbach (30. 6. 86), Oberamtsrat Helmut Faust, die Stellerräte Helmut Garlipp (beide 31. 8. 86), Günter Willstumpf, sämtlich FA Ffm.-Börse (31. 7. 86), Amtsrat Willi Eckhardt, FA Gießen (31. 5. 86), Steueramtmann Hans Buhlmann, FA Ffm.-Börse (31. 7. 86), Steuerhauptsekretär Horst-Werner Swiniarski, FA Weilburg (30. 6. 86), Steuerobersekretär Hermann Weichert, FA Fritzlar (31. 8. 86), Oberamtsmeister Hermann Knapp, FA Limburg (31. 7. 86), sämtlich gem. § 51 Abs. 1 HBG, die Oberamtsräte Heinrich Dehnert, FA Marburg, Gerhard Kästner, FA Bad Homburg (beide 31. 5. 86), Hugo Thon, FA Ffm.-Taunustor (31. 7. 86), die Stellerräte Heinrich Görlich (31. 8. 86), Hans Opel, beide FA Ffm.-Börse (31. 5. 86), Walter Steinhauer, FA Wetzlar (30. 4. 86), Gerd Wissenbach, FA Groß-Gerau (31. 7. 86), Amtsrat Hans-Joachim Litfin, FA Dieburg (31. 8. 86), die Steueramtmänner Martin Ihrig, FA Michelstadt (31. 7. 86), Alfred Lerch, FA Marburg (31. 5. 86), Steueramtsinspektor Berthold Bingel, FA Nidda, Oberamtsmeister Alois Brähler, FA Fulda (beide 31. 7. 86), sämtlich gem. § 51 Abs. 3 HBG;

#### entlassen:

die Steueramtmänner Willi Netz, FA Gießen (30. 6. 86) gem. § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG, Michael Oberlies, FA Offenbach-Land (20. 6. 86), Georg-Wilhelm Schindler, FA Ffm.-Taunustor (31. 7. 86), Steueroberinspektor Andreas Rudolf, FA Ffm.-Börse (30. 6. 86), Steuerinspektor Jürgen Strauß, FA Hanau (31. 5. 86), die Steuerhauptsekretäre/in Hans-Theo Klotz, FA Wiesbaden I (30. 6. 86), Günter Wick, FA Darmstadt (31. 8. 86), Monika Zilch, FA Rotenburg (10. 5. 86), der/die Steuerobersekretär/innen Brigitte Finzel, FA Offenbach-Stadt (30. 4. 86), sämtlich gem. § 41 (1) HBG, Manfred Schiffner, FA Kassel-Goethestr. (6. 5. 86) gem. § 46 HBG, Ingrid Steube, FA Fritzlar (27. 8. 86), Steuerassistent/in Karola Appel, FA Ffm.-Taunustor (31. 5. 86), Frank Hechler, FA Bensheim (31. 7. 86), Steuerassistent z. A. Michael Möller, FA Kassel-Spohrstr. (6. 8. 86), sämtlich gem. § 41 (1) HBG, Oberamtsmeister Karl-Heinz Dahm, FA Kassel-Goethestr. (30. 6. 86), gem. § 41 (1) HBG;

#### verstorben:

Ltd. Regierungsdirektor Walter Pohan, FA Wiesbaden I (22. 6. 86), Steueramtmann Ludwig Steinmetz, FA Darmstadt (17. 5. 86);

#### bei der Staatsbauverwaltung

##### ernannt:

zum **Baurat (BaL)** Baurat z. A. (BaP) Hans-Ulrich Hartwig, StBA Wiesbaden (2. 7. 86);  
zur **Techn. Oberinspektorin (BaL)** Techn. Oberinspektorin z. A. (BaP) Gabriele Niessner, StBA Wiesbaden (28. 5. 86);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Techn. Oberinspektor (BaP) Norbert Konrad, StHBA Darmstadt (24. 7. 86);

#### Berichtigung

In StAnz. 1986 S. 1165 muß es unter D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen bei der Steuerverwaltung bei ernannt:

zu Steuerassistenten/innen statt „die Steuerassistenten/innen (BaP)“ richtig „die Steuerassistenten/innen z. A. (BaP)“,

bei berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Steuerhauptsekretäre/innen (BaP) . . . (rechte Spalte, 9. Zeile) statt „Bernd Schhmacher“ richtig „Bernd Schuhmacher“ heißen.

Frankfurt am Main, 2. Oktober 1986

**Oberfinanzdirektion**

P 1400 A — 50 — St I 72

StAnz. 42/1986 S. 2005

### H. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

#### in der Straßenbauverwaltung

ernannt:

zum **Baudirektor** Bauoberrat (BaL) Dipl.-Ing. Ralf Domscheit (1. 4. 86),

zum **Regierungsoberrat** Regierungsrat (BaL) Hans-Georg Worch (1. 4. 86),

zum **Regierungsobererrat z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Dipl.-Volkswirt Wolf Erhard Nietzel (27. 3. 86),

zum **Baurat (BaL)** Baurat z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Bernhard Ress (19. 4. 86);

zum **Baurat** Baurat z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Gerald Richter (7. 4. 86);

zum **Baurat z. A. (BaP)** Bauassessor Dipl.-Ing. Burkhard Vieth (16. 6. 86);

zu **Baureferendaren (BaW)** die Bewerber Dipl.-Ingenieure Gunnar Santowski, Stefan Zirngibl (beide 14. 4. 86);

zum **Techn. Oberamtsrat** Techn. Amtsrat (BaL) Dipl.-Ing. Gerhard Ruhl (18. 4. 86);

zum **Oberamtsrat** Amtsrat (BaL) Heinrich Dambruch (18. 4. 86);

zu **Techn. Amträten** die Techn. Amtmänner (BaL) Dipl.-Ingenieure Günter Tröger (18. 4. 86), Gerd Viehl (28. 4. 86);

zum **Amtratsrat** Amtmann (BaL) Jürgen Barthel (4. 4. 86);

zum **Techn. Amtmann** Techn. Oberinspektor (BaL) Gerhard Lickefett (1. 4. 86);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Peter Hinze (1. 4. 86);

zum **Techn. Oberinspektor (BaL)** Techn. Oberinspektor z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Hubertus Kell (4. 7. 86);

zum **Techn. Oberinspektor** Techn. Oberinspektor z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Andreas Scholz (4. 7. 86);

zu **Techn. Oberinspektoren z. A. (BaP)** die Techn. Inspektoranwälter (BaW) Dipl.-Ingenieure Wolfgang Junge (2. 5. 86), Helmut Richter (2. 7. 86);

zu **Techn. Inspektoranwältern (BaW)** die Bewerber Dipl.-Ingenieure Uwe Bischoff (2. 5. 86), Heinrich Nebel (1. 8. 86);

zu/zur **Oberinspektoren/in** die Inspektoren/in (BaL) Dieter Arnold, Christine Schardt, Walter Simon, Werner Zechmeister (sämtlich 1. 4. 86);

zu **Oberinspektorinnen** die Inspektorinnen (BaP) Monika Rittersert, Petra Wolff (beide 1. 4. 86);

zu/zur **Assistenten/in z. A. (BaP)** die Assistentenwärter/in (BaW) Bernd Richter, Stefan Schütrumpf, Jürgen Strüber, Anja Wolff (sämtlich 3. 9. 86);

zu **Assistentenwärttern/innen (BaW)** die Bewerber/innen Susanne Bergau, Horst Ernst Bohrmann, Dagmar Dehnhard, Marco Fingerhut, Carina Frehse, Jürgen Heinz Grün, Heike Lucia Ickstadt, Heike Reuter, Tanja Schilkowski, Rüdiger Schmidt, Hans-Jürgen Karl Schreiner, Jürgen Schütz, Klaus-Dieter Schwalm, Petra Wißenborn;

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Techn. Oberinspektor/in (BaP) Klaus-Uwe Timmert (15. 3. 86), Petra Kell-Recktenwald (1. 6. 86), Oberinspektor/in (BaP) Norbert Brunn (9. 6. 86), Gabriele Enk (4. 9. 86), Inspektor (BaP) Helmut Boczkowski (1. 9. 86), Obersekretär (BaP) Jörg-Michael Bähr (7. 9. 86), Hauptsekretär/in (BaP) Werner Burg (21. 3. 86), Heike Schädel (12. 6. 86);

versetzt:

von der Bundesbahndirektion Frankfurt Techn. Oberinspektor Dipl.-Ing. Joachim Vorwerk (1. 5. 86);

in den **Ruhestand** getreten:

Oberamtsrat Hans Baumann (30. 9. 86);

in den **Ruhestand** versetzt:

Ltd. Baudirektor Dipl.-Ing. Werner Nazet (30. 6. 86) gem. § 51 Abs. 3 HBG;

entlassen:

die Baureferendare Dipl.-Ingenieure Martin Möllmann, Reinhold Rehbein (beide 3. 6. 86), beide gem. § 43 Abs. 2 HBG, Inspektorin z. A. Gabriele Mey (31. 5. 86) gem. § 41 Abs. 2 HBG;

verstorben:

Bauoberrat Lothar Schlitt (17. 8. 86).

Wiesbaden, 23. September 1986

**Hessisches Landesamt für Straßenbau**

1143 — 7 h — 04

StAnz. 42/1986 S. 2008

### I. im Bereich des Hessischen Ministers für Umwelt und Energie

#### in der Bergbauverwaltung

ernannt:

zum **Techn. Amtmann** Techn. Oberinspektor (BaL) Dipl.-Ing. Norbert Schmidmann, Bergamt Bad Hersfeld (1. 10. 86).

Wiesbaden, 30. September 1986

**Hessisches Oberbergamt**

5 e 10 — 44/1

StAnz. 42/1986 S. 2008

998

DARMSTADT

## DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

### Vorhaben der Firma Scheid, Straßenbaugesellschaft mbH, 6250 Limburg a. d. Lahn 1

Die Firma Scheid Straßenbaugesellschaft mbH, Großbachstraße 4, 6250 Limburg a. d. Lahn 1, hat mit Schreiben vom 15. September 1986 ihren Antrag vom 6. Februar 1985 auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der bestehenden und genehmigten Mischanlage für bituminöse Straßenbaustoffe in 6109 Mühlthal-Waschenbach, Gemarkung Waschenbach, Flur 2, Flurstück 7, 8/1 u. a. sowie Flur 3, Flurstücke 2/2, 21 u. a., zurückgenommen.

Der damalige Antrag, der am 6. Mai 1985 (StAnz. S. 825) öffentlich bekanntgemacht worden ist, umfaßte die Erhöhung der stündlichen Mischleistung der Anlage von 150 t/h auf 180 t/h bei unverän-

derter Feuerungsleistung, einen Austausch von Aggregaten sowie die zusätzliche Verwendung von Braunkohlenstaub als Brennstoff.

Durch die Rücknahme des Antrages ist das Genehmigungsverfahren beendet. In Anwendung des § 20 Abs. 4 der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Grundsätze des Genehmigungsverfahrens) — 9. BImSchV — werden die Personen, die seinerzeit Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben hatten, durch diese öffentliche Bekanntmachung von der Beendigung des Genehmigungsverfahrens benachrichtigt.

Darmstadt, 23. September 1986

**Der Regierungspräsident**

IV 5/32 — 53 e 621 — Scheid (1)

StAnz. 42/1986 S. 2008

999

### Vorhaben der Firma J. Bratengeier, Baugesellschaft mbH, 6000 Frankfurt am Main

Die Firma J. Bratengeier, Baugesellschaft mbH, Lahnstraße 37—41, 6000 Frankfurt am Main 1, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Baustoff-Aufbereitungsanlage im Frankfurter Osthafen in Frankfurt am Main, Gemarkung Fechenheim, Flur 1, Flurstücke 22/1 sowie 23/1 (teilweise) gestellt. Die Anlage soll nach Bescheiderteilung in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 27. Oktober 1986 bis 29. Dezember 1986 bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Berliner Allee 5, 6100 Darmstadt, Zimmer 22, und beim Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Ordnungsamt (Amt 32), Zimmer 713, Mainzer Landstraße 323, 6000 Frankfurt am Main, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden. Innerhalb dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift bei den vorgenannten Auslegungsstellen erhoben werden; dabei wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 23. Januar 1987, 9.00 Uhr, bestimmt. Er findet beim Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, im kleinen Kinosaal, Mainzer Landstraße 323, 6000 Frankfurt am Main, statt.

Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 24. September 1986

Der Regierungspräsident

IV 5/32 — 53 e 621 — Bratengeier (2)  
StAnz. 42/1986 S. 2009

1000

### Vorhaben des Zweckverbandes Abfallverwertung Südhessen — vertreten durch die Südhessische Gas und Wasser AG — in Darmstadt

Mit Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidenten in Darmstadt vom 2. Oktober 1986 — V 1/39 d — 79 n 08/13 — Da — ist der Plan des Zweckverbandes Abfallverwertung Südhessen für die Generalsanierung der bestehenden Müllverbrennungsanlage in Darmstadt,

Gemarkung Darmstadt,  
Flur 14, Flurstück Nrn. 137 und 183; 138, 182/2, 184 und 185, jeweils teilweise,

eingetragen in dem Lageplan (Anlage 7 des Planfeststellungsbeschlusses), gemäß § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Beseitigung von Abfällen (Abfallbeseitigungsgesetz — AbfG), § 8 des Gesetzes über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Hessisches Abfallgesetz — HAbfG), i. V. m. dem Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetz (HVvVFg) unter Anordnung von Befristungen, Bedingungen und Auflagen festgestellt worden.

Dabei ist insbesondere festgestellt worden:

- der Bau von 3 Rauchgasreinigungsanlagen für die Verbrennungseinheiten (VE) I, II und III
- der Neubau der Verbrennungseinheit I
- der Bau einer Sperrmüllzerkleinerungsanlage
- der Bau einer Stromerzeugungsanlage
- daß immer nur 2 Verbrennungseinheiten in Betrieb sind
- die maximale Feuerungswärmeleistung darf gemittelt über 1 Stunde für die VE I und III je 30 MW, für die VE II 24 MW und beim Betrieb von zwei VE 54 MW nicht überschreiten
- die maximale Dampfleistung ist für die Verbrennungseinheiten I und III auf je 33 t/h, für die Verbrennungseinheit II auf 25 t/h und beim Betrieb von zwei VE auf 58 t/h begrenzt
- der Einzugsbereich der Anlage erstreckt sich auf das Entsorgungsgebiet des Zweckverbandes Abfallverwertung Südhessen.

Durch den festgestellten Plan werden alle anderen öffentlich-rechtlichen Zulassungen ersetzt, insbesondere:

- Die Genehmigung nach §§ 4/13 BImSchG für die Sanierung und den Betrieb der Verbrennungsanlage sowie die Errichtung und den Betrieb der Rauchgasreinigungsanlage.
- Die bei planmäßiger Durchführung nach §§ 87, 88 der Hessischen Bauordnung erforderlichen Baugenehmigungen und Anzeigen für die Errichtung der baulichen Anlagen.

Die nach der Dampfkesselverordnung sowie der Anlagenverordnung (VAwS) notwendigen Zulassungen bleiben einer gesonderten Entscheidung vorbehalten.

Gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ist die sofortige Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses angeordnet worden.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle vorgetragene Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden.

Der Planfeststellungsbeschluss enthält Bedingungen, Befristungen und Auflagen zur Errichtung und zum Betrieb der Müllverbrennungsanlage. Diese Nebenbestimmungen betreffen u. a. die Luftreinhaltung beim Betrieb der Verbrennungsanlage (Emissionsbegrenzungen, Maßnahmen und Einrichtungen zur Luftreinhaltung und Emissionsüberwachung).

In Anwendung des § 74 Abs. 5 i. V. m. Abs. 4 Satz 2 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes wird hiermit die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt.

Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses einschließlich Begründung und Planunterlagen liegt in der Zeit vom 28. Oktober 1986 bis einschließlich 11. November 1986 während der Dienststunden bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Berliner Allee 5, 6100 Darmstadt, Zimmer 29, zu jedermanns Einsicht aus. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt dieser Beschluss als zugestellt.

Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Beschluss und seine Begründung bis zum Ablauf der Klagefrist von den Betroffenen und denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich angefordert werden.

#### Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage bei dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, 3500 Kassel, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann der Verwaltungsgerichtshof in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, 3500 Kassel, die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise wiederherstellen. Der Antrag ist schon vor Erhebung der Klage zulässig.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigefügt werden, daß alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

Die Klage ist gegen das Land Hessen, letztlich vertreten durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt, zu richten.

Darmstadt, 3. Oktober 1986

Der Regierungspräsident

V 1/39 d — 79 n 08/13 — Da  
StAnz. 42/1986 S. 2009

1001

### Zweckänderung der Philipp Heinrich Fleck'schen Stiftung, Sitz Frankfurt am Main

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) i. d. F. vom 1. April 1978 (GVBl. I S. 109) habe ich am 29. September 1986 dem Antrag des Vorstandes der Philipp Heinrich Fleck'schen Stiftung auf Zweckänderung der Verfassung stattgegeben.

Der Stiftungszweck lautet nunmehr wie folgt:

#### § 2 Abs. 2:

Zweck der Stiftung ist die finanzielle Unterstützung schuldlos in wirtschaftliche Not geratener Personen, vorzugsweise solcher, die entweder einer alteingesessenen Frankfurter Familie entstammen oder selbst oder durch ihren Ehegatten eine länger andauernde berufliche Beziehung zu der Stadt Frankfurt am Main haben.

Darmstadt, 1. Oktober 1986

Der Regierungspräsident

III 6/11 a — 25 d 04/11 (15) — 43  
StAnz. 42/1986 S. 2009



1002

**Genehmigung der Stiftung Allgemeine Hypothekbank, Sitz Frankfurt am Main**

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches i. V. m. § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) i. d. F. vom 1. April 1978 (GVBl. I S. 109) habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 27. Juni 1986 errichtete Stiftung Allgemeine Hypothekbank, Sitz Frankfurt am Main, mit Stiftungsurkunde vom 30. September 1986 genehmigt.

Darmstadt, 3. Oktober 1986

Der Regierungspräsident  
III 6/11 a — 25 d 04/11 (15) — 226  
StAnz. 42/1986 S. 2010

1003

**Genehmigung der Michael-Stiftung, Sitz Darmstadt**

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches i. V. m. § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) i. d. F. vom 1. April 1978 (GVBl. I S. 109) habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 18. September 1986 errichtete Michael-Stiftung, Sitz Darmstadt, mit Stiftungsurkunde vom 1. Oktober 1986 genehmigt.

Darmstadt, 1. Oktober 1986

Der Regierungspräsident  
III 6/11 a — 25 d 04/11 (11) — 64  
StAnz. 42/1986 S. 2010

1004

**Ungültigkeitserklärung von Polizei-Dienstausweisen**

Der am 6. Januar 1982 vom Regierungspräsidenten in Darmstadt für Polizeiobermeister Alfred Reinhard Nutsch ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 03-179 und der am 17. Dezember 1984 vom Polizeipräsidenten in Offenbach am Main für Polizeihauptmeister Herbert Solf ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 08-383 sind in Verlust geraten.

Sie werden hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 1./3. Oktober 1986

Der Regierungspräsident  
III 2/13 S 65 — 7 d 14  
StAnz. 42/1986 S. 2010

1005

GIESSEN

**Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 16 des Ladenschlußgesetzes vom 6. Oktober 1986**

Gemäß § 16 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 23. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 1976 (BGBl. I S. 1773), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

## § 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in den Straßen und Plätzen: Marktstraße, Hauptstraße, Wilhelmsplatz, Hüttenplatz, Adolfstraße ab Ecke Moritzstraße ohne Kreisstraße, Friedrichstraße, Gartenstraße, Karlsplatz, Teile der Sophien-, Presber- und Moritzstraße, die dem festgesetzten Marktbereich entsprechen, in Dillenburg anlässlich des Hubertusmarktes am 26. Oktober 1986 freigegeben. Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

## § 2

Diese Verordnung tritt am 26. Oktober 1986 in Kraft.

Gießen, 6. Oktober 1986

Der Regierungspräsident  
gez. Müller  
StAnz. 42/1986 S. 2010

1006

**Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 7. Oktober 1986**

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 1976 (BGBl. I S. 1773) i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

## § 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Weilburg, die sich in dem Altstadtzentrum zwischen Steinerne Brücke und Landtor, Bahnhofstraße und Löhnberger Weg bis einschließlich Firma Stroh, unterer Limburger Straße bis Einmündung Kruppstraße, Postplatz und Odersbacher Weg bis Gärtnerei Jacobs, Ahäuser Weg bis Bahnübergang, Mühlberg und unterer Frankfurter Straße bis Einmündung Riehlstraße befinden, aus Anlaß des Weilburger Oktoberfestes am 26. Oktober 1986 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

## § 2

Diese Verordnung tritt am 26. Oktober 1986 in Kraft.

Gießen, 7. Oktober 1986

Der Regierungspräsident  
gez. Müller  
StAnz. 42/1986 S. 2010

1007

KASSEL

**Einziehung von Teilstrecken der Kreisstraßen 101 und 108 in den Gemarkungen Zell und Niederode der Stadt Fulda, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel**

Nach Verkehrsübergabe von Neubaustrecken der Kreisstraßen 101 und 108 sind die in der Gemarkung Zell der Stadt Fulda im Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel, gelegenen alten Teilstrecken der Kreisstraße 101

von km 1,052 alt (bei km 1,052 der K 101 neu)  
bis km 1,087 alt = 0,035 km,

von km 1,098 alt  
bis km 1,127 alt (= km 0,000 alt — Anschluß  
der K 108 alt —) = 0,029 km,

von km 0,000 alt (= km 1,127 alt)  
bis km 0,031 alt = 0,031 km,

von km 0,658 alt  
bis km 0,703 alt (bei km 0,552 der K 101 neu) = 0,045 km  
und

von km 0,715 alt (bei km 0,568 der K 101 neu)  
bis km 0,782 alt (bei km 0,633 der K 101 neu) = 0,067 km

sowie der Kreisstraße 108

von km 0,003 alt (bei km 1,127/0,000  
der K 101 alt)

bis km 0,015 alt (bei km 1,136 der K 101 neu) = 0,012 km,

von km 0,090 alt (bei km 0,018 der K 101 neu)  
bis km 0,125 alt (bei km 0,038 der K 108 neu) = 0,035 km

und die in der Gemarkung Niederode der Stadt Fulda gelegene Teilstrecke der Kreisstraße 108

von km 0,925 alt (bei km 0,835 der K 108 neu)  
bis km 1,050 alt (bei km 0,924 der K 108 neu) = 0,125 km

für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1986 eingezogen (§ 6 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437).

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde des Regierungspräsidenten in Kassel, Dr.-Fritz-Hochhaus, Steinweg 6, 3500 Kassel, Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist zu begründen und soll einen bestimmten Antrag enthalten.

Kassel, 30. September 1986

Der Regierungspräsident  
36 (I) — 66 k 04-01 B/1  
StAnz. 42/1986 S. 2010



1008

DARMSTADT

## BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ

**Verordnung über das Naturschutzgebiet „Westerwaldgrube bei Thalheim“ vom 30. September 1986**

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309) wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung und mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

## § 1

(1) Die aufgelassene Kiesgrube nördlich von Thalheim wird in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Westerwaldgrube bei Thalheim“ besteht aus Flächen in den Gemarkungsteilen „Grohwies“, „Staudrich“ und „Stautsch“ der Gemarkung Dorndorf, dem Gemarkungsteil „Hasenstein“ der Gemarkung Frickhofen und dem Gemarkungsteil „Stautsch“ der Gemarkung Thalheim der Gemeinde Dornburg im Landkreis Limburg-Weilburg. Es hat eine Größe von 9,55 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 2 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Ver-

ordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt, oberer Naturschutzbehörde, Orangeallee 12, 6100 Darmstadt, verwahrt.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

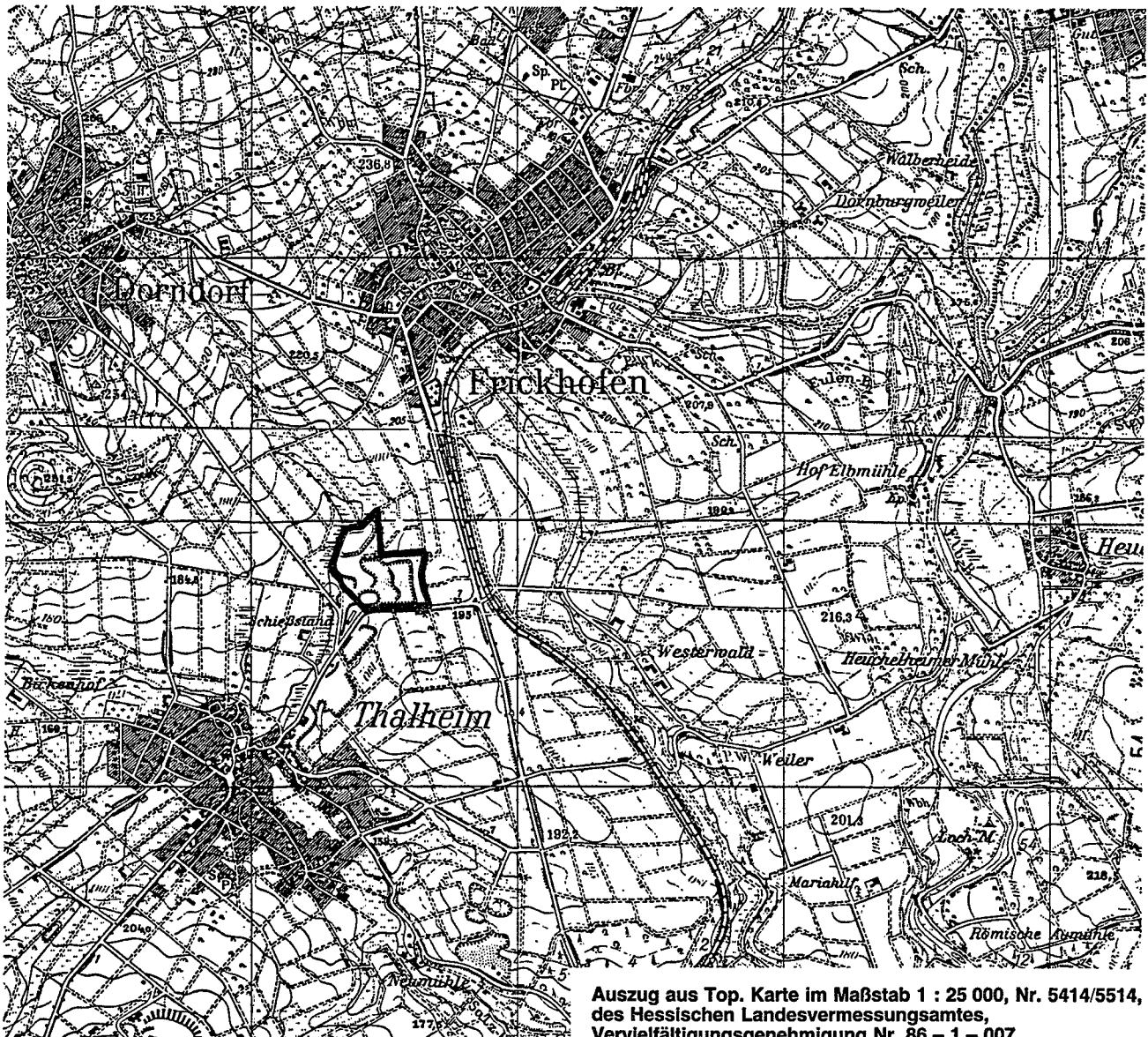
## § 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, dieses durch Kiesabbau entstandene Feuchtgebiet als Lebensraum seltener und bestandsgefährdeter Vogel- und Amphibienarten, verschiedener Reptilien und als Standort feuchtlandgebundener Pflanzenarten zu sichern, zu erhalten und fortzuentwickeln.

## § 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;



Auszug aus Top. Karte im Maßstab 1 : 25 000, Nr. 5414/5514, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 86 - 1 - 007

3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern sowie Moore, Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern;
5. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren, auch Fischen in Teichen oder anderen geschlossenen Privatgewässern nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
9. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. Brachflächen umzubrechen oder deren Nutzung zu ändern;
13. zu düngen oder Pflanzenbehandlungsmittel anzuwenden;
14. Hunde frei laufen zu lassen;
15. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

## § 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleibt die Ausübung der Einzeljagd auf Schalenwild in der Zeit vom 16. Juli bis 31. Januar.

## § 5

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

## § 6

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. Wasser, Gewässer oder Feuchtgebiete in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege betritt (§ 3 Nr. 8);
9. reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmert, Feuer anzündet oder unterhält, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 3 Nr. 9);
10. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 10);
11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 11);
12. Brachflächen umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 3 Nr. 12);
13. düngt oder Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 3 Nr. 13);
14. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 14);
15. eine gewerbliche Tätigkeit ausübt (§ 3 Nr. 15).

## § 7

Die Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Westerwaldgrube bei Thalheim“ vom 3. Juli 1985 (StAnz. S. 1359) wird aufgehoben.

## § 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 30. September 1986

Bezirksdirektion  
für Forsten und Naturschutz  
gez. D u m m

StAnz. 42/1986 S. 2011

1009

### Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Egelpfuhl bei Oberwetz“ vom 2. Oktober 1986

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309) wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände verordnet:

## § 1

(1) Die feuchte Wiesensenke nördlich Oberwetz wird in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen als künftiges Naturschutzgebiet für die Dauer von drei Jahren einstweilig sichergestellt. Die Sicherstellung kann um höchstens zwei Jahre verlängert werden.

(2) Das einstweilig sichergestellte Gebiet besteht aus Flächen in den Gemarkungsteilen „Gemeindewasen“ und „Dreisbach“ in der Gemarkung Niederwetz und aus Flächen in den Gemarkungsteilen „Egelpfuhl“ und „Viehweide“ in der Gemarkung Oberwetz der Gemeinde Schöffengrund im Lahn-Dill-Kreis. Es hat eine Größe von 10,76 ha. Die örtliche Lage des einstweilig sichergestellten Gebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 2 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt, oberer Naturschutzbehörde, Orangeallee 12, 6100 Darmstadt, verwahrt. Sie liegt während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Eine weitere Ausfertigung liegt bei der unteren Naturschutzbehörde des Lahn-Dill-Kreises, Karl-Kellner-Ring 51, 6330 Wetzlar, zu jedermanns Einsicht aus.

(4) Das einstweilig sichergestellte Gebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

## § 2

Als Handlungen, die geeignet sind, das einstweilig sichergestellte Gebiet nachteilig zu verändern (§ 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen;
2. Wiesen, Weiden oder Brachflächen umzubrechen oder Pferde weiden zu lassen;
3. Pflanzen zu beschädigen oder zu entfernen;
4. Maßnahmen zur Entwässerung durchzuführen, Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers zu verändern;
5. Ablagerungen vorzunehmen, Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
6. das einstweilig sichergestellte künftige Naturschutzgebiet zu befahren;
7. Pflanzenbehandlungsmittel anzuwenden.

## § 3

Ausgenommen von den Verboten des § 2 bleiben:

1. die extensive Nutzung der Grünlandflächen mit den in § 2 Nrn. 3 und 7 genannten Einschränkungen;
2. die Ausübung der Einzeljagd auf Schalenwild in der Zeit vom 16. Juli bis 31. Januar.

## § 4

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwal-

tungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

### § 5

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 15 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. bauliche Anlagen entgegen § 2 Nr. 1 herstellt;
2. Wiesen, Weiden oder Brachflächen umbricht oder Pferde weiden läßt (§ 2 Nr. 2);
3. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 2 Nr. 3);
4. Maßnahmen zur Entwässerung durchführt, Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel entgegen § 2 Nr. 4 beeinflusst;
5. Ablagerungen vornimmt, Bodenbestandteile entnimmt, Aufschüttungen, Abgrabungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 2 Nr. 5);
6. das einstweilig sichergestellte künftige Naturschutzgebiet befährt (§ 2 Nr. 6);
7. Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 2 Nr. 7).

### § 6

Die „Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gießen, Limburg-Weilburg, Wetzlar, dem Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingaukreis, Untertaunuskreis, Wetteraukreis und in dem Stadtkreis Wiesbaden im Regierungsbezirk Darmstadt „Landschaftsschutzgebiet Taunus“ vom 20. Januar 1976“ (StAnz. S. 294) wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

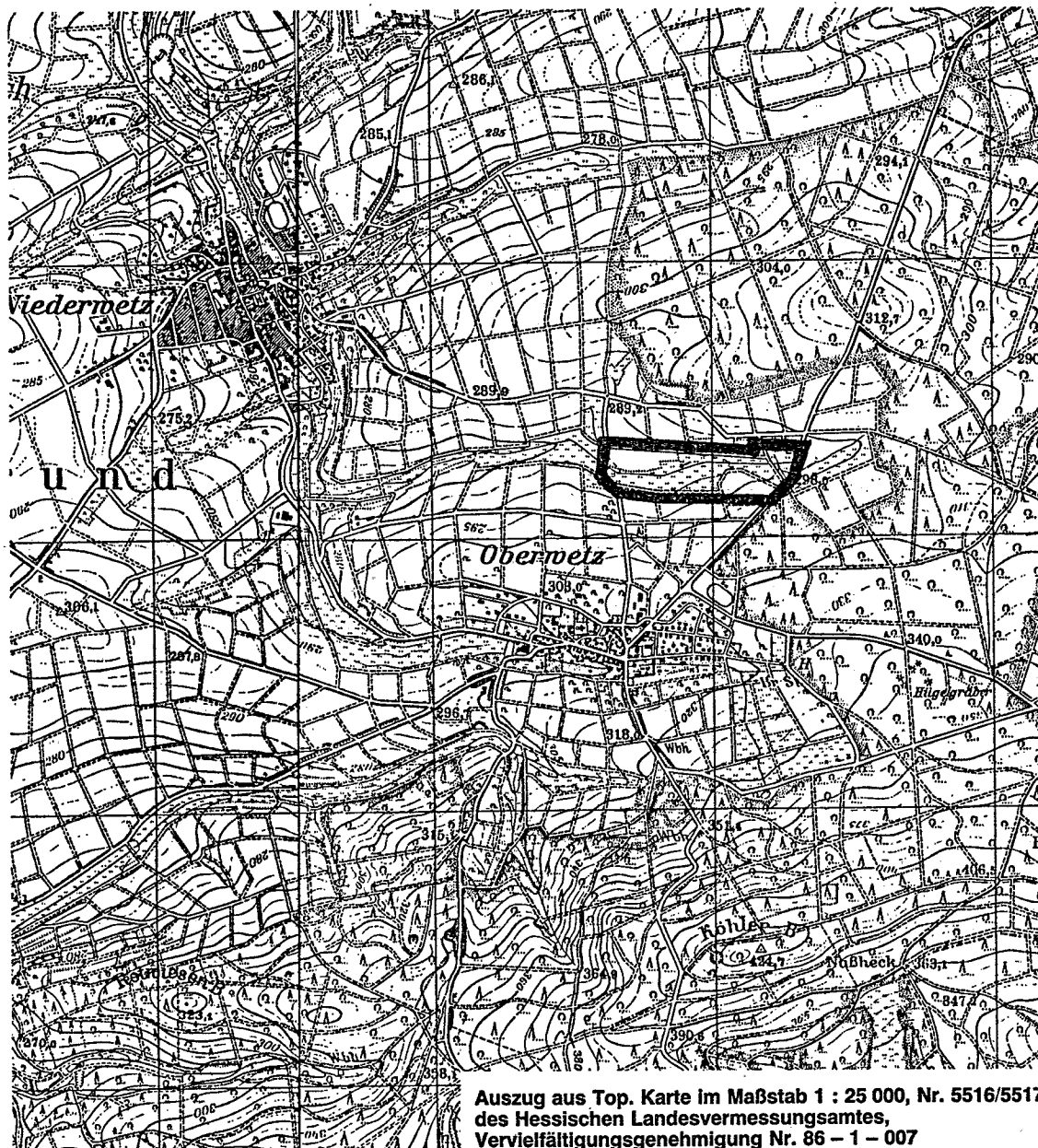
### § 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 2. Oktober 1986

**Bezirksdirektion  
für Forsten und Naturschutz  
gez. D u m m**

StAnz. 42/1986 S. 2012



1010

## HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

### Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Einkommen- und Lohnsteuerrecht“ — B 9 —

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt ein Fortbildungsseminar mit folgenden Themenschwerpunkten durch:

1. Systematische Darstellung der Einkommensermittlung
  - Einnahmen im steuerlichen Sinn
  - Einkünfte im steuerlichen Sinn (Behandlung der steuerlichen Einkünfte bzw. Einkunftsarten)
  - Abzugsfähige Werbungskosten (Insbesondere bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit und Vermietung und Verpachtung)
  - Sonderausgaben — hier: Vorsorgeaufwendung  
Ansatz der Vorsorgepauschale  
Höchstbetragsberechnung  
Ansatz der unbeschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben
  - Steuerliche Freibeträge
  - Außergewöhnliche Belastungen
2. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
  - Besteuerung der eigenen Wohnung im Einfamilienhaus
  - Besteuerung der Mietwohngrundstücke (Zwei- und Mehrfamilienhäuser)
  - Nießbrauch und Wohnrecht (Rechtslage ab 1984)
  - Erweiterter Schuldzinsenabzug bei Einfamilienhäusern
  - Wohnhausbesteuerung ab 1987 (Behandlung der ab 1. Januar 1987 gültigen Rechtslage)
  - Abschreibungen (erhöhte Abschreibungen §§ 7 b bis 10 e EStG)  
(degressive Abschreibungen)
  - Kinderkomponente (§ 34 f EStG)
3. Lohnsteuerjahresausgleich und Lohnsteuerermäßigungsverfahren (Einkommensteuerveranlagung für Arbeitnehmer § 46 EStG)
4. Gesetzesänderungen, die ab 1986 und 1987 gültig sind

Zeitplan: Der Fortbildungslehrgang umfaßt 16 Unterrichtsstunden und wird einmal wöchentlich an 4 Vormittagen, jeweils montags von 8.15 Uhr—11.30 Uhr (4 Unterrichtsstunden), durchgeführt. Der Lehrgang beginnt am 10. November 1986 und endet am 1. Dezember 1986.

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 100,80 DM, für Nichtmitglieder 126,40 DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Auf unser Fortbildungsprogramm 1986/87, das wir allen Beschäftigungsbehörden zugestellt haben, möchten wir verweisen.

Darmstadt, 1. Oktober 1986

Hessischer Verwaltungsschulverband  
Verwaltungsseminar  
StAnz. 42/1986 S. 2014

richtsstunden), durchgeführt. Der Lehrgang beginnt am 30. Oktober 1986 und endet am 27. November 1986.

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 126,— DM, für Nichtmitglieder 158,— DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Auf unser Fortbildungsprogramm 1986/87, das wir allen Beschäftigungsbehörden zugestellt haben, möchten wir verweisen.

Darmstadt, 1. Oktober 1986

Hessischer Verwaltungsschulverband  
Verwaltungsseminar  
StAnz. 42/1986 S. 2014

1012

### Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Psychologie — Miteinander reden“ — B 10 —

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt ein Fortbildungsseminar mit folgenden Themenschwerpunkten durch:

- Wodurch ist die Situation bestimmt?
- Welche Interessen verfolgen die beteiligten Personen?
- Welche Strategien werden angewandt?
- Wie verhalten sich Inhalts- und Beziehungsaspekte zueinander?
- Wie ist die Verständigung herzustellen?

In dieser Veranstaltung sollen Gesprächssituationen aus dem beruflichen Alltag unter Berücksichtigung vorstehender Fragen betrachtet werden. Diese werden in Gruppengesprächen, in Partnerübungen und in Rollenspielen erarbeitet.

Zeitplan: Der Fortbildungslehrgang umfaßt 22 Unterrichtsstunden und wird an drei aufeinanderfolgenden Tagen durchgeführt.

Veranstaltungstermine:

Dienstag, 11. November 1986, von 8.15—15.30 Uhr (8 Unterrichtsstunden),

Mittwoch, 12. November 1986, von 8.15—15.30 Uhr (8 Unterrichtsstunden),

Donnerstag, 13. November 1986, von 8.15—13.15 Uhr (6 Unterrichtsstunden).

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 138,60 DM, für Nichtmitglieder 173,80 DM.

Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Auf unser Fortbildungsprogramm 1986/87, das wir allen Beschäftigungsbehörden zugestellt haben, möchten wir verweisen.

Darmstadt, 1. Oktober 1986

Hessischer Verwaltungsschulverband  
Verwaltungsseminar  
StAnz. 42/1986 S. 2014

1013

### Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Bauvertragswesen/Prozeßführung“ — F 21 —

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt ein Fortbildungsseminar durch. Folgende Themenschwerpunkte werden behandelt:

- Der Architekten-Ingenieurvertrag
- Die rechtliche Einordnung dieser Verträge
- Die Vertragspflichten der Architekten und Ingenieure
- Der Vergütungsanspruch der Architekten und Ingenieure
- Die Vertragspflichten des Auftraggebers (Bauherrn)
- Die Haftung der Architekten und Ingenieure (allgemein)
- Die Haftung für den technischen Bereich
- Die Haftung für den Kostenbereich
- Die Verjährung der Haftungsansprüche

1011

### Fortbildungslehrgang des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt — „Polizei- und Ordnungsrecht“ — B 8 —

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt ein Fortbildungsseminar mit folgenden Themenschwerpunkten durch:

- Aktuelle Probleme aus dem
- Versammlungsrecht
  - Verkehrsrecht
  - Ordnungswidrigkeitsrecht
  - Gewerberecht

Zeitplan: Der Fortbildungslehrgang umfaßt 20 Unterrichtsstunden und wird einmal wöchentlich an 5 Nachmittagen, jeweils donnerstags von 13.30 Uhr—16.45 Uhr (4 Unter-

- Der Bauvertrag nach BGB oder VOB
- Die VOB mit den Teilen A, B und C
- Die Bauausführung
- Die Bauabnahme nach Zivilrecht und öffentlichem Recht
- Die Abschlagszahlungen
- Die Schlußzahlung
- Die Gewährleistung
- Der Rechtsanwalt im Bauprozeß
- Das Schiedsgerichtsverfahren
- Der ordentliche Prozeßweg mit
  - A) Sachverständigen
  - B) Gerichtlicher Beweissicherung
  - C) Streitverkündung
  - D) Beweislast

Zeitplan: Der Fortbildungslehrgang umfaßt 16 Unterrichtsstunden und wird einmal wöchentlich an 4 Vormittagen,

jeweils dienstags von 8.15—11.30 Uhr (4 Unterrichtsstunden), durchgeführt.

Der Lehrgang beginnt am 4. November 1986 und endet am 25. November 1986.

Die Teilnehmergebühr beträgt für Mitglieder des Verbandes 100,80 DM, für Nichtmitglieder 126,40 DM.

Namentliche Anmeldungen sind durch die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 6100 Darmstadt, zu richten.

Auf unser Fortbildungsprogramm 1986/87, das wir allen Beschäftigungsbehörden zugestellt haben, möchten wir verweisen.

Darmstadt, 1. Oktober 1986

Hessischer Verwaltungsschulverband  
Verwaltungsseminar  
StAnz. 42/1986 S. 2014

## BUCHBESPRECHUNGEN

**Waffenrecht.** Textsammlung mit ausführlichem Kommentar zum Waffengesetz. Von Dr. jur. Rolf H i n z e, Rechtsanwalt in Düsseldorf. Loseblattsammlung, DIN A5, 18. Erg. Liefg., 67,50 DM; Gesamtwerk, drei Kunststoff-Ordner, 149,— DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Braun GmbH & Co. KG, 6200 Wiesbaden. ISBN 3-8078-0016-6

Die 18. Ergänzungslieferung des Loseblattwerks berücksichtigt das Änderungsgesetz vom 18. Februar 1986 (BGBl. I S. 265). Hauptgegenstand der Ergänzungslieferung ist allerdings der Gesetzentwurf der Bundesregierung betr. das „Dritte Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes“ — Drucks. 10/1748 — vom 13. Juli 1984. Der Entwurf sieht insbesondere folgende materielle Änderungen vor:

- Verzicht auf die Bedürfnisprüfung für den Erwerb von Langwaffen, die keine automatischen Waffen sind,
- Erleichterung des Munitionserwerbs für Jagdscheininhaber und für Inhaber von Waffenbesitzkarten über angemeldeten Altbesitz,
- Erweiterung der Pflichten des Anbieters von Schusswaffen und Munition in Anzeigen oder Werbeschriften auf das Erfordernis einer Erwerberlaubnis oder auf das Alterserfordernis hinzuweisen,
- Einführung einer vorläufigen Erlaubnis für den Besitz von Schusswaffen durch Personen, die nach längerem Aufenthalt in einem anderen Staat ihren gewöhnlichen Aufenthalt in das Bundesgebiet verlegen.

Der Regierungsentwurf ist nicht unumstritten, wie namentlich die Stellungnahme des Bundesrates zeigt. Die Kritik richtet sich insbesondere gegen den Wegfall der Bedürfnisprüfung für alle nicht-automatischen Langwaffen. Gegen die Mehrzahl der zu ändernden Vorschriften des Waffengesetzes hat der Bundesrat allerdings keine Bedenken erhoben. Die „unstreitigen“ Teile des Gesetzentwurfs wurden — als 3. Änderungsgesetz bezeichnet — in den Erläuterungsteil eingearbeitet und mit Kommentierungen versehen. Dies gilt für die §§ 10, 16, bis 18, 21, 32, 36, 38, 44 und 45.

Das Werk umfaßt nunmehr einen Hauptband und zwei Ergänzungsbände.

Ministerialrat Kurt Meixner

**Grundbegriffe des Staatsrechts I** (Deutschlands Rechtslage, Grundrechtsordnung, Wirtschaftsverfassung). Eine Einführung anhand von Fällen. Von Professor Dr. Ingo v o n M ü n c h. Studienbuch Rechtswissenschaft. Vierte, neu bearb. Aufl. 1986, 276 S., kart., 29,80 DM. Verlag W. Kohlhammer, 7000 Stuttgart. ISBN 3-17-009373-8

Die bewährte Einführung in das Staatsrecht erscheint nach der dritten Auflage 1984 mit dem ersten Band bereits in vierter Auflage. Durch die Neubearbeitung hat sich die Struktur des Werkes nicht verändert (s. die Besprechung der zweiten Auflage in StAnz. 1983 S. 590). Wie bereits in der dritten Auflage begonnen, ist der Text noch übersichtlicher gestaltet worden. Stärkere Gliederungen, drucktechnische Hervorhebungen und Randziffern erhöhen die Einprägsamkeit des Inhaltes und verbessern die Handhabung. Gegenüber der Voraufgabe hat das Werk — in erster Linie bedingt durch die veränderte Textaufteilung — erneut an Umfang gewonnen. Um so bemerkenswerter erscheint, daß der Preis seit der Erstauflage unverändert gehalten werden konnte. Kein alltägliches Ereignis auf dem Feld der Ausbildungsliteratur!

Eine Neuauflage dient nicht allein dem Einarbeiten und dem Nachtrag jüngster Gerichtsentscheidungen sowie der Modernisierung der Literaturangaben. Sie dokumentiert regelmäßig auch Verfassungsaktualitäten und bildet damit zugleich ein Panorama aufgekommener verfassungspolitischer Fragestellungen. Aus der Neuauflage von Münchs Staatsrecht I sollen einige Beispiele hervorgehoben werden:

Art. 1 Abs. 1 GG ist ein neuer Abschnitt über die Genforschung angefügt (Rz. 285 a). Der Komplexität und Schwierigkeit des Themas entsprechend, aber auch sicher der räumlich begrenzten Darstellungsmöglichkeit Rechnung tragend, argumentiert von Münch zu den Grenzen der Gentechnologie sehr vorsichtig. Er sieht den Gesetzgeber in dieser Frage gefordert.

In das Zentrum des Teiles „Wirtschaftsverfassung“ hat von Münch die Neufassung des § 116 AFG gerückt (vor Rz. 429, Rz. 540). Von Münch hält die Bestimmung des § 116 Abs. 3 AFG sowohl mit Art. 9 Abs. 3 GG als auch mit Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG wie schließlich mit anderen Verfassungsprinzipien für vereinbar. Das letzte Wort wird das Bundesverfassungsgericht sprechen, das mit einer Normenkontrollklage befaßt ist.

Das Stichwort „Landesmediengesetze“ ist erstmals im Sachregister ausgewiesen und in die textliche Darstellung zur Rundfunkfreiheit eingearbeitet (Rzn. 346, 347). Das Schwergewicht der medienrechtlichen Probleme liegt — so von Münch — heute nicht mehr in der Frage, ob privater Rundfunk zugelassen ist, sondern

welche hoheitlich angeordneten Maßnahmen, die den Privatfunk beschränken, noch hinnehmbar sind und wie weit die öffentlich-rechtlichen Anstalten sich ausdehnen dürfen (z. B. im Bereich der Werbung), ohne dadurch faktisch Privatfunk zu verhindern (Rz. 347). In diesem Zusammenhang wäre ein Hinweis auf die für November des Jahres angekündigte Entscheidung über das Niedersächsische Landesrundfunkgesetz hilfreich gewesen.

Die sich um das Grundrecht auf Asyl rankenden Diskussionen finden in der Neuauflage ihren Niederschlag im überarbeiteten Text zu Art. 16 GG (Rzn. 390 ff.). Gleichwohl ist die politische Entwicklung schneller als der Autor. Der seit 1981 zu beobachtende Trend sinkender Asylbewerberzahlen hat sich nicht fortgesetzt; das Asylverfahrensgesetz hat mangels personalwirtschaftlicher Flankierung nicht zu der angestrebten Beschleunigung geführt.

Eher vorsichtig nimmt von Münch von der verfassungsrechtlichen Relevanz des Umweltschutzgedankens Notiz (Rz. 297; Grundbegriffe des Staatsrechts II, dritte Auflage, Rz. 167): „Art. 2 Abs. 2 Satz 1 gewinnt deshalb für den Umweltschutz an Bedeutung“ (I Rz. 297); „neuerdings wird aus dem Sozialstaatsprinzip auch eine aktive Erhaltungspflicht des Staates bezüglich der Umwelt (Umweltschutz) abgeleitet“ (II Rz. 167). Auch Luftverschmutzung und Waldsterben finden — wenn auch nur im Literaturnachweis in einer Fußnote — erstmals Erwähnung.

Auch die vierte Auflage — die Neuauflage von Band II wird nicht mehr lange auf sich warten lassen — kann nachdrücklich empfohlen werden.

Ltd. Ministerialrat Dr. Wolfgang Sammler

**Berufsbildung im öffentlichen Dienst.** Ergänzbare Textsammlung des Berufsrechts des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Von Herbert F r i t z s c h e, Amtsleiter a. D., Herausgeber und Schriftleiter der Fachzeitschrift „Die Personalvertretung“. Ergänzbar Ausgabe, 28. und 29. Erg. Liefg.; Gesamtwerk, 2 916 S., DIN A5, 114,— DM zuzügl. 3 Spezialordner incl. Register je 11,80 DM. Erich Schmidt Verlag, 1000 Berlin, 4800 Bielefeld, 8000 München.

Es handelt sich hier um ein praxisbezogenes Standardwerk für Dienststellenleiter, Personalsachbearbeiter, Ausbilder, Ausbildungsberater, Personalräte, Gewerkschaften, Berufsverbände und alle, die mit Fragen der Berufsbildung konfrontiert werden.

Mit der 28. und 29. Ergänzungslieferung wurde die Textsammlung auf einen neuen Stand gebracht.

Außerdem sind in dieser Ergänzungslieferung für Hessen die

- Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Berufsbildung
- Richtlinien zur Tätigkeit der Ausbildungsberater für die Ausbildungsberufe:
  - Kartograph/in
  - Kulturbautechniker/in
  - Straßenbautechniker/in
  - Straßenwärter/in
  - Vermessungstechniker/in
- Änderung der Prüfungsordnungen für Zwischen- und Abschlußprüfungen nach §§ 41, 42 BBiG für die o. g. Ausbildungsberufe
- Richtlinien für die Durchführung von Umschulungsmaßnahmen nach § 47 BBiG für die o. g. Ausbildungsberufe
- Prüfungsordnung zur Durchführung von Zwischen- und Abschlußprüfungen im Ausbildungsberuf Sozialversicherungsfachangestellte/r (PO-Z, PO-A)
- Änderung der Prüfungsordnung für die Abschlußprüfung in dem Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/r

enthalten.

Amtsrat Dieter Scharmann

**Bevölkerungsentwicklung und Personalbedarf in der öffentlichen Verwaltung.** Von Herbert Tekles. 1. Aufl., 1986, 180 S., geb., 49,— DM. Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 82. Nomos Verlagsgesellschaft, 7570 Baden-Baden. ISBN 3-7890-1150-9

Die Untersuchung zielt darauf ab, anhand der ausgewählten Bereiche ordentliche Gerichtsbarkeit und Justizvollzug die Bedeutung der demographischen Entwicklung für die Personal- und Ausgabenvolumina eines öffentlichen Sektors darzustellen. Die Auswahl dieser Untersuchungsbereiche wird damit begründet, daß hier eine zumindest mittelbare Auswirkung der Bevölkerungsentwicklung plausibel erscheint, daß zur Erprobung des strukturell-demographischen Konzepts möglichst deutlich verschiedene Einflüsse unterschiedlicher Bevölkerungsgrup-



pen zu vermuten seien und daß schließlich der zu untersuchende Sektor quantitativ von Bedeutung ist.

Dem Verfasser ist zuzustimmen, daß gerade in jüngster Zeit die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in der Zukunft auf den verschiedensten Politik- und Verwaltungsebenen diskutiert werden. Demgegenüber scheint es innerhalb der Verwaltung noch keinerlei Planungselemente oder -systeme zu geben, die diese Entwicklung in das Verwaltungshandeln und die Politik entscheidend einbeziehen. Dies liegt sicherlich nicht zuletzt daran, daß die herkömmlichen Planungsinstrumente wie Haushalt oder mittelfristige Finanzplanung begrenzt sind durch die Situation der Staatsfinanzen insgesamt und die darin enthaltenen politischen Festschreibungen auch für zukünftige Planungen.

Die Untersuchung enthält vielfältige Aussagen, die insbesondere für die Politik von Bedeutung sind, soweit sie den politisch-administrativen Handlungsspielraum aufzeigen; sie richtet sich aber auch an die Verwaltung selbst, soweit diese in die Vorbereitung politischer Entscheidungen eingebunden ist. Für diese Adressatenkreise sind allerdings die umfangreichen Begründungen der wissenschaftlichen Methoden in den Einzelabschnitten von geringerer Bedeutung.

An besonders wichtigen Aussagen für Justizverwaltung und Rechtspolitik ist hervorzuheben, daß bei Zusammenhangsanalysen zwischen der globalen Bevölkerungsentwicklung und den Personalzahlen der ordentlichen Gerichte über den Zeitraum 1971 bis 1980 sich für die meisten Bundesländer negative Korrelationen ergaben (vgl. S. 92). Dies gilt auch für den Justizvollzug (vgl. S. 94).

Besonders zu betonen ist schließlich, daß die Bevölkerungsentwicklung im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des Justizvollzuges erst zwischen dem Jahr 2010 und 2020 zu einem Geschäftsanfall führen wird, der dem Niveau des Jahres 1980 entspricht bzw. es leicht unterschreitet.

Daraus schließt der Verfasser zulässigerweise, daß aktuelle Tendenzen zur Reduzierung von Personalzahlen, bedingt durch die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte, gerade in den hier betrachteten Justizbereichen als eine erste Gefährdung der Funktionsfähigkeit anzusehen seien (vgl. S. 167). Sicherlich lassen sich die Erkenntnisse und Ergebnisse auch auf andere Bereiche, insbesondere die sog. Dienstleistungsverwaltungen, deren Kennzeichen einerseits Bürger-nähe, andererseits damit verbunden aber erheblicher Aufgaben- und Arbeitszuwachs war und ist, übertragen und begründen deren zusätzlichen Personalbedarf.

Wenn die Untersuchung in ihren Ergebnissen und den daraus zu ziehenden Schlüssen auch eher den tagtäglichen Forderungen von Vertretern berufsständischer Organisationen im Bereich der Justiz ähnelt, gehört sie wegen ihrer Aktualität nicht nur in die Hände dieser Personengruppen, sondern auch in die Handbibliothek von Personal-, Haushalts- und Organisationsreferenten in der öffentlichen Verwaltung.

Oberstaatsanwalt Dr. Harald Noack

**Handbuch der Zivilverteidigung.** Zivilschutz — Katastrophenschutz — Zivilverteidigung. Von Rudolf Handwerk, Min.Rat beim Hess. Minister des Innern. 2. Aufl., Loseblattsammlung, DIN A5, 45. Erg.Liefg., Gesamtwerk, 5 Ordner, 159,— DM. Deutscher Fachschriftenverlag, 6200 Wiesbaden. ISBN 3-8078-3031-6

Mit der 45. Lieferung wird die Sammlung auf den Stand vom September 1986 gebracht. Dabei werden Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Arbeitsplatzschutzgesetz, Unterhaltungsversicherungsgesetz auf den neuesten Stand gebracht. Neu aufgenommen wurden die 14. Durchführungsverordnung des Bundes-Immissionschutzgesetzes und das Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen.

-B-

**Die Unternehmen der öffentlichen Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Helmut Brede und Achim von Loesch. 1986, 330 S., 49,— DM. Nomos Verlagsgesellschaft, 7570 Baden-Baden. ISBN 3-7890-1173-8

Der Titel des Buches, das sich im Untertitel „Ein Handbuch“ nennt, täuscht etwas über Ziel und Inhalt hinweg. So könnte man annehmen, daß in der augenblicklichen Privatisierungsdiskussion hierzu Grundlegendes ausgeführt würde. Dies ist aber keineswegs die Zielsetzung des von insgesamt fünfzehn Autoren in Einzelbeiträgen verfaßten Buches. Sie besteht darin, einem breiten Kreis von potentiell an Unternehmen der öffentlichen und Gemeinwirtschaft Interessierten einen Überblick über diesen Bereich der Wirtschaft zu geben. So werden Grundlagen und Probleme, geschichtliche Entwicklung und rechtliche Grundlagen der öffentlichen Unternehmen behandelt und dann die öffentlichen Unternehmen in den einzelnen Wirtschaftszweigen untersucht. Ein abschließendes Kapitel behandelt die öffentliche Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Naturgemäß sind die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Gemeinwirtschaft, die diesem einen kaum wieder gutzumachenden Schaden zugefügt und die Diskussion über Sinn und Zweck staatlicher Betätigung in der Wirtschaft neubelebt haben, den Beiträgen der einzelnen Autoren nicht zu entnehmen. Dafür stehen sie der Idee der Gemeinwirtschaft und auch den öffentlichen Unternehmen zu nahe. Dennoch läßt sich zwischen den Zeilen auch manches Kritische über öffentliche Unternehmen herauslesen, was in den Diskussionen um die Verringerung des Staatsanteils von Interesse ist. Insgesamt ein im Hinblick auf die aktuelle Diskussion über Sinn und Zweck öffentlicher Unternehmen und ihre Bedeutung in der sozialen Marktwirtschaft hilfreiches Nachschlagewerk für den Laien, der sich hier einen ersten Überblick über die öffentliche Wirtschaft verschaffen kann.

Ministerialrat Dr. Friedrich Hermann Stamm

**Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT — (Bund, Länder und Gemeinden).** Loseblatt-Textausgabe mit kurzen Hinweisen und Anhang, 47. Erg.Liefg., 148 S., DIN A5, 28,— DM; Gesamtwerk, 1 274 S., 1 Kunststoffordner, 48,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm KG, 8000 München 80.

Mit der vorliegenden 47. Ergänzungslieferung wird die BAT-Textausgabe auf den Rechtsstand vom 1. Juni 1986 gebracht. Sie enthält vor allem die in der Lohnrunde 1986 verhandelten Tarifverträge, über die die Tarifvertragsparteien nunmehr Einigung erzielen konnten. Es handelt sich u. a. um die Änderungstarifverträge Nr. 4 zu den Urlaubsgeldtarifverträgen für Angestellte, Auszubildende, Lernschwwestern und Lernpfeleger; ferner den Urlaubsgeldtarifvertrag für Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflege; die Änderungen der Anlage 3 zum BAT durch den 54. Änderungstarifvertrag zum BAT (Ausbildungs- und Prüfungspflicht im Bereich der Vka); die Änderungstarifverträge zu den Tarifverträgen für nicht vollbeschäftigte Fleischbeschauerärzte, Fleischbeschauer und Trichinenschauer.

Die Ergänzungslieferung berücksichtigt ferner die von TdL bzw. Vka empfohlenen Musterausbildungsverträge für Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflege, die ab 1. Januar 1986 geltenden Eingruppierungsgrundsätze für Fremdsprachenassistenten und -sekretäre beim Bund sowie die Änderungen des Bundeskindergeldgesetzes, des Arbeitsplatzschutzgesetzes und des Vierten Vermögensbildungsgesetzes.

Amtsrat Uwe Bauer

**Festschrift für Wolfram Müller-Freienfels.** Von Prof. Dr. Albrecht Dieckmann, Prof. Rainer Frank, Prof. Dr. Hans Hanisch, Prof. Dr. Spiros Simitis. 1986, 701 S., Ln., 248,— DM. Nomos Verlagsgesellschaft, 7570 Baden-Baden. ISBN 3-7890-1244-0

Die vorliegende Festschrift zum 70. Geburtstag von Wolfram Müller-Freienfels zeigt, wie weit seine juristischen Interessen gespannt sind. Dem Familienrecht gehörte schon früh sein Interesse, und er hat durch zahlreiche Veröffentlichungen den Boden für die schließlich doch durchgeführte Reform an hervorragender Stelle zu bereiten geholfen. Daneben sind bedeutende Arbeiten zur rechtsgeschäftlichen Vertretung, zum internationalen Privat- und Prozeßrecht und schließlich zum Konkursrecht zu verzeichnen, was sich leicht durch die umfassende Ausbildung des Jubilars erklärt, die neben der Juristerei auch das mit der Promotion abgeschlossene Studium der Wirtschaftswissenschaften umfaßt, so daß er zum Beispiel außerhalb der juristisch-akademischen Laufbahn 1945 zum Leiter und Generalbevollmächtigten des Bankhauses Gebr. Bethmann in Frankfurt bestellt werden konnte.

Entsprechend diesem breitgefächerten Spektrum sind auch die Beiträge der Festschrift weit gestreut. Natürlich liegt der Schwerpunkt beim Familienrecht und den damit zusammenhängenden prozessualen Fragen und schließlich bei den Rechtsbeziehungen im Rahmen der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft. Daneben stehen aber Artikel zum allgemeinen Privatrecht, insbesondere zum Vertragsrecht sowie zum Erbrecht und Fragen der Hinterbliebenen-Rente, schließlich zum Konkursrecht, insbesondere bezüglich von Konkursen mit Auslandsberührung. Das Werk wird abgeschlossen mit einem umfänglichen Komplex zu Fragen des internationalen Privat- und Prozeßrechts mit besonderer Betonung des internationalen Familienrechts.

Die Besprechung der einzelnen Artikel kann nicht Aufgabe dieser Rezension sein, jedoch werden insbesondere Leser, die an der theoretischen Grundlegung des (internationalen) Familienrechts ein besonderes Interesse haben, das Werk nicht ohne reichen Gewinn aus der Hand legen.

Richter am LG Peter Hausmann

**Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT — (Bund, Länder und Gemeinden).** Loseblattkommentar. Von Alfred Breier, Min.Dir. im Bundesministerium des Innern, Min.Rat Dr. Karl-Heinz Kiefer, Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Oberreg.Rat a. D. Sigmund Uttlinger und Horst Hoffmann, Oberreg.Rat im Bayer. Staatsministerium der Finanzen. 92 Erg.Liefg. z. 1. bzw. 1. Erg.Liefg. z. 11. Aufl., 316 S., DIN A5, 79,— DM; Gesamtwerk, z. 3 782 S., 4 Plastikordner, 168,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm, 8000 München 80.

Die vorliegende Ergänzungslieferung enthält bzw. berücksichtigt neben der laufenden Aktualisierung insbesondere den 54. Tarifvertrag zur Änderung des BAT vom 21. April 1986 (Tarifizierung des bei den Vergütungstarifverhandlungen erzielten Einvernehmens beim Ortszuschlag, Änderung der Anlage 3 zum BAT), die durch das Bundeserziehungsgeldgesetz nach dem 30. Juni 1986 eintretenden Rechtsänderungen (s. insbesondere Anhang I und II zu § 52 BAT), den jeweils 19. Änderungstarifvertrag vom 12. Mai 1986 zu den Tarifverträgen zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Fleischbeschauerärzte, Fleischbeschauer und Trichinenschauer in öffentlichen Schlachthöfen und außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, die Änderungstarifverträge vom 21. April 1986 zu den Tarifverträgen über ein Urlaubsgeld für Angestellte, Auszubildende und Lernschwwestern (Ergebnis der Vergütungstarifverhandlungen), den Tarifvertrag vom 21. April 1986 über ein Urlaubsgeld für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes in der Krankenpflege oder in der Kinderkrankenpflege oder nach Maßgabe des Hebammengesetzes ausgebildet werden (Ergebnis der Vergütungstarifverhandlungen), den Tarifvertrag vom 21. April 1986 über eine Zuwendung für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden (Ergebnis der Vergütungstarifverhandlungen) sowie Änderungen der Durchführungshinweise zum Bundeskindergeldgesetz.

Das Werk befindet sich nunmehr auf dem Rechtsstand vom 1. Juli 1986.

Amtsrat Uwe Bauer



# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1986

MONTAG, 20. OKTOBER 1986

Nr. 42

## Güterrechtsregister

### 5149

GR 537 — Neueintragung — 30. 9. 1986: Volker Planz, geboren am 22. 5. 1956, und Ute Planz geb. Schäfer, geboren am 29. 5. 1958, wohnhaft Frauenberg 13, 6326 Romrod-Zell. Durch Vertrag vom 4. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6320 Alsfeld, 30. 9. 1986

Amtsgericht

### 5150

GR 538 — Neueintragung — 30. 9. 1986: Robert Moors, Handelsvertreter, geboren am 8. 8. 1951, und Barbara Moors geb. Dirnberger, geboren am 21. 3. 1951, wohnhaft in Alsfeld, Beethovenstraße 2. Durch Vertrag vom 8. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6320 Alsfeld, 30. 9. 1986

Amtsgericht

### 5151

Neueintragungen beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe

GR 424 A — 30. 6. 1986: Andreas Kahlweiß, geboren am 1. 4. 1958, und Angelika Kahlweiß geb. Karcik, geboren am 26. 3. 1951, Oberursel: Durch Vertrag vom 6. Juni 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 458 A — 30. 6. 1986: Jens Karl, geboren am 5. 10. 1948, und Ursula Karl geb. Bauch, geboren am 11. 8. 1953, Oberursel: Durch Vertrag vom 5. Mai 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 459 A — 30. 6. 1986: Ekkehard Klose, geboren am 5. 5. 1943, und Barbara Klose geb. Herbolt, geboren am 27. 10. 1937, Bad Homburg: Durch Vertrag vom 21. April 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 461 A — 29. 7. 1986: Thomas Wolf, geboren am 22. 12. 1958, Antje Wolf geb. Langguth, geboren am 31. 1. 1964, Steinbach/Taunus: Durch Vertrag vom 8. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 463 A — 29. 7. 1986: Dieter Herzinger, geboren am 10. 3. 1938, Roswita Herzinger geb. Böer, geboren am 14. 11. 1941, Oberursel: Durch Vertrag vom 3. Juni 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 464 A — 29. 7. 1986: Günter Berger, geboren am 12. 6. 1936, Waltraud Berger geb. Keßler, geboren am 13. 3. 1925, Bad Homburg: Durch Vertrag vom 15. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 465 A — 12. 9. 1986: Matthias Michel, geboren am 16. 5. 1954, und Elisabeth Michel geb. Heinke, geboren am 1. 4. 1957, Oberursel: Durch Vertrag vom 11. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

### Veränderungen

GR 889 — 25. 9. 1986: Kaufmann Rudolf Schlösser und Katharina geb. Becker, Bad Homburg v. d. Höhe. Durch Vertrag vom 24. Juli 1986 ist die Gütertrennung aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft vereinbart.

GR 1596 — 25. 9. 1986: Ralf Wernicke, Kaufmann, und Doris Wernicke geb. Pabelick, Oberursel: Durch Vertrag vom 9. Juni 1986 ist die vereinbarte Gütertrennung auf-

gehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft vereinbart.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 3. 10. 1986

Amtsgericht

### 5152

8 GR 748 — Neueintragung — 2. 10. 1986: Dietmar Volker Georg Hölber, geb. 16. 9. 1955, 6110 Dieburg und Eben im Pongau/Österreich, und Liane Hildegard Hölber geb. Partsch, geb. 4. 1. 1958, 6117 Schaaflheim und 6110 Dieburg. Die Eheleute haben durch Vertrag vom 1. August 1986 Gütertrennung vereinbart.

8 GR 103 — Veränderung — 2. 10. 1986: Die Eheleute Konrad Deist, geb. 17. 7. 1938, und Anna Maria Deist, geb. Tschischka, geb. 4. 7. 1934, beide wohnhaft in 6074 Rödermark, haben durch Vertrag vom 24. Juli 1986 die am 19. April 1958 vereinbarte Gütertrennung aufgehoben und mit sofortiger Wirkung den Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft beschlossen.

6110 Dieburg, 2. 10. 1986

Amtsgericht

### 5153

GR 358 — Neueintragung — 7. 10. 1986: Wolfgang Franz Dörr, geboren am 19. 7. 1956, und Ehefrau Anja Maria Margarete Dörr geb. Velten, geboren am 24. 2. 1956, Stockbornstraße 5-7, 6228 Eltville am Rhein 1. Durch Ehevertrag vom 9. September 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6228 Eltville am Rhein, 7. 10. 1986

Amtsgericht

### 5154

Neueintragungen beim Amtsgericht Frankfurt am Main

73 GR 15 604 — Bernhard Orgler, geboren am 9. August 1948, und Lili geborene Friedstadt, geboren am 27. Mai 1959, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 4. Juni 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 605 — Hans Joachim Schladeck, geboren am 4. Mai 1935, und Elfriede geborene Brüntrup, geboren am 21. Mai 1933, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 19. Juni 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 606 — Armin Konrad Klöß, geboren am 9. Oktober 1947, und Monika geborene Schmidt, geboren am 19. Mai 1952, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 4. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 607 — Roland Tebele, geboren am 19. Januar 1960, und Marion geborene Ritzheim, geboren am 2. Juni 1961, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 25. Juni 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 608 — Friedemann Emmerling, geboren am 6. Dezember 1961, und Beate geborene Fischer, geboren am 6. Februar 1961, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 31. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 609 — Horst Kasper, geboren am 14. September 1937, und Sylvia geborene Regner, geboren am 29. Dezember 1954, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 3. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 610 — Peter Jäge, geboren am 13. April 1949, und Sabine geborene Jahnel,

geboren am 26. Juli 1947, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 23. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 611 — Wolfgang Schmidt, geboren am 3. September 1950, und Marie-Christine geborene Noirot, geboren am 14. September 1949, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 11. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 612 — Bernhard Josef Thomas, geboren am 4. Juli 1953, und Monika geborene Wachendörfer, geboren am 17. Dezember 1961, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 2. Juni 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 613 — Michael Krück, geboren am 10. Juli 1956, und Cornelia geborene Becker, geboren am 1. September 1960, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 14. Mai 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 614 — Uwe Seeger, geboren am 13. Juli 1956, und Beate geborene Schilke, geboren am 21. Juli 1961, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 25. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 615 — Franz Simon Büttner, geboren am 7. Dezember 1923, und Charlotte Käthe geborene Weyerstall, geboren am 17. September 1939, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 8. November 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 616 — Ole Ernst-Arnold Brinkmann, geboren am 26. Dezember 1944, und Barbara geborene Potratz, geboren am 5. August 1940, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 16. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 617 — Horst-Günter Döll, geboren am 6. Mai 1947, und Angelika geborene Löscher, geboren am 3. Februar 1949, Eschborn. Durch Ehevertrag vom 21. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 618 — Gerd Kurt Schneider, geboren am 17. April 1945, und Ingrid geborene Nebel, geboren am 29. März 1958, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 1. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 15 619 — Frank August Martin, geboren am 28. März 1951, und Ursula geborene Fischer, geboren am 4. Dezember 1950, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 28. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

### Veränderung

73 GR 8755 a — Kurt Heinz Gerbig, geboren am 9. Juli 1925, und Paula Franziska Katharina geborene Mönch, geboren am 6. Februar 1928, Frankfurt am Main. Durch Vertrag vom 29. August 1986 ist die Gütertrennung aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 6. 10. 1986

Amtsgericht, Abt. 73

### 5155

GR 668 — Neueintragung — 1. 10. 1986: Knoth, Karl, Diplom-Ingenieur, Waldensberger Straße 68, Wächtersbach, Stadtteil Wittgenborn, und Waltraud geb. Sommer. Durch Vertrag vom 4. September 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6460 Gelnhausen, 1. 10. 1986

Amtsgericht

**5156**

GR 387 — **Neueintragung** — 27. 8. 1986: Bahr, Bernd, Maurer, geboren am 3. 5. 1958, und Ehefrau Bahr, Bärbel, geb. Steinfeld, Arbeiterin, geboren am 8. 6. 1965, beide Untergasse 19, 6349 Siegbach-Wallenfels. Durch Ehevertrag vom 28. April 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6348 Herborn, 3. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5157**

GR 474 — **Neueintragung** — 29. 9. 1986: Eheleute Winfried Schubbach und Margit Schubbach geb. Bach, beide Reichenberger Straße 26, 6270 Idstein-Wörsdorf. Durch Ehevertrag vom 25. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6270 Idstein, 29. 9. 1986 **Amtsgericht**

**5158****Neueintragungen beim Amtsgericht Kassel**

GR 2305 — 11. 8. 1986: Robert Gellner, geboren am 13. 7. 1959, und Sonja geb. Wiegand, geboren am 15. 2. 1962, beide Kassel. Gütertrennung durch Vertrag vom 19. Dezember 1985.

GR 2306 — 11. 8. 1986: Gerhard Lange, geboren am 10. 4. 1961, und Sieglinde geb. Meister, geboren am 31. 12. 1957, beide Fulda. Gütertrennung durch Vertrag vom 20. Mai 1986.

GR 2307 — 11. 8. 1986: Attendorf, Richard Karl, geboren am 29. 4. 1943, und Jintana geb. Sangsahachart, geboren am 26. 12. 1952, Kassel. Gütertrennung durch Vertrag vom 21. Mai 1986.

GR 2308 — 19. 8. 1986: Bottke, Klaus Dieter, geboren am 31. 10. 1942, und Karin geb. Gerstenberg, geboren am 10. 8. 1948, Kassel. Gütertrennung durch Vertrag vom 5. Juni 1986.

GR 2309 — 28. 8. 1986: Moldenhauer, Eberhard Gerd Norbert, geboren am 16. 7. 1940, und Beate geb. Timmermann, geboren am 12. 11. 1950, Vellmar. Gütertrennung durch Vertrag vom 7. August 1986.

GR 2310 — 5. 9. 1986: Stein, Thomas Markus, geboren am 18. 10. 1964, Kassel, und Brigitte geb. Gillich, geboren am 26. 12. 1965, Emstal. Gütertrennung durch Vertrag vom 5. August 1986.

GR 2311 — 11. 9. 1986: Mucha, Horst-Dieter Heinz, geboren am 29. 1. 1961, und Gabriele Sabine geb. Mergard, geboren am 9. 8. 1964, Fulda. Gütertrennung durch Vertrag vom 23. Juli 1986.

GR 2312 — 18. 9. 1986: Lindner, Uwe Hans-Jürgen, geboren am 19. 10. 1954, und Iris geb. Peßler, geboren am 1. 5. 1961, Nietetal. Gütertrennung durch Vertrag vom 21. Mai 1986.

GR 2313 — 23. 9. 1986: Sauerland, Klaus Peter, geboren am 15. 8. 1945, und Hübersauerland geb. Ganster, Karin Margareta Katharina, geboren am 12. 1. 1939, Kassel. Gütertrennung durch Vertrag vom 31. Juli 1986.

GR 2314 — 26. 9. 1986: Dreiling, Stefan, geboren am 7. 1. 1961, und Ulrike geb. Huck, geboren am 10. 10. 1958, Kassel. Gütertrennung durch Vertrag vom 1. September 1986.

3500 Kassel, 2. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5159**

GR 406 — **Neueintragung** — 1. 10. 1986: Die Eheleute Schneider, Rolf und Birgitt Schneider geb. Fahlbusch, beide wohnhaft Skagerrakstraße 21, 3540 Korbach, haben durch Vertrag vom 21. August 1986 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 1. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5160**

8 GR 777 — **Neueintragung** — 1. 10. 1986: Wilfried Wiesinger, geboren am 23. 7. 1939, Marita Wiesinger geb. Hartmann, geboren am 10. 11. 1951, Potsdamer Straße 5, 6074 Rödermark: Durch Vertrag vom 16. Dezember 1985 vor Rechtsanwalt Wolfgang Latin als amtlich bestellter Vertreter des Notars Karl Staub, Neu-Isenburg, UR-Nr. 890/85, ist Gütertrennung vereinbart.

6070 Langen, 1. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5161**

8 GR 778 — **Neueintragung** — 1. 10. 1986: Bernhard Wild, geboren am 13. 8. 1941, Ursula Wild geb. Knipp, geboren am 7. 8. 1941, Unter den Eichen 8, 6070 Langen: Durch Vertrag vom 24. April 1986 vor Notar Barth, Langen, UR-Nr. 84/86, ist Gütertrennung vereinbart.

6070 Langen, 1. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5162**

GR 336 — **Neueintragung** — 30. 9. 1986: Ingo Blumenauer, geboren am 6. 5. 1941, und Magdalena Blumenauer geb. Schrenka, geboren am 11. 8. 1943, beide in 3501 Guxhagen, Hauptstraße 11. Durch notariellen Vertrag vom 22. April 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

3508 Melsungen, 30. 9. 1986 **Amtsgericht**

**5163**

GR 337 — **Neueintragung** — 1. 10. 1986: Peter Schneider, geboren am 12. 2. 1962, und Isabel Schneider geb. Freitas, geboren am 8. 6. 1965, beide in 3508 Melsungen-Röhrenfurth, Unterdorf 10. Durch notariellen Vertrag vom 13. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

3508 Melsungen, 1. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5164**

GR 475 — **Neueintragung** — 3. 10. 1986: Kremer, Wolfgang Paul, geboren am 12. 3. 1951, und Kremer geb. Dörr, Marianne, geboren am 12. 12. 1948, Albertstraße 3, 6220 Rüdeshaim am Rhein. Durch Ehevertrag vom 2. Juli 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6220 Rüdeshaim am Rhein, 3. 10. 1986 **Amtsgericht**

**Vereinsregister****5165****Neueintragungen beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe**

VR 817 — 16. 7. 1986: Philippinischer Verein Bad Homburg e. V.

VR 818 — 8. 8. 1986: Haflinger-Pferdezucht-Verein Edelweiss e. V., Bad Homburg-Ober-Erlenbach.

VR 819 — 25. 8. 1986: „Sportring Bad Homburg“ 1979 e. V., Bad Homburg.

VR 820 — 25. 9. 1986: Arbeitsgemeinschaft Soziale Unterstützung (ASU) e. V., Bad Homburg.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 3. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5166**

VR 615 — **Neueintragung** — 3. 10. 1986: Vogelschutz- und Zuchtverein Oranien in Haiger.

6340 Dillenburg, 3. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5167**

6 VR 490 — **Neueintragung** — 24. 9. 1986: Fremdenverkehr-Förderungs-Verein, Ringgau-Röhrda.

3440 Eschwege, 30. 9. 1986 **Amtsgericht**

**5168****Neueintragungen beim Amtsgericht Frankfurt am Main**

73 VR 8709 — 15. 8. 1986: Verein zur Förderung von DV-Programmiersprachen VEPROS.

73 VR 8723 — 5. 9. 1986: Mieter helfen Mietern Frankfurt.

73 VR 8725 — 19. 9. 1986: Förderkreis Fußball Marxheim.

73 VR 8726 — 19. 9. 1986: Gesellschaft: Zahngesundheit der Jugend.

73 VR 8727 — 15. 9. 1986: Gesellschaft zur Förderung des Friedens im Nahen Osten.

73 VR 8729 — 19. 9. 1986: Aktionsgemeinschaft zur Förderung der medizinischen Multiple Sklerose Forschung.

73 VR 8730 — 19. 9. 1986: Europäischer Ökologischer Verein.

73 VR 8731 — 19. 9. 1986: HESSISCHER-TWIRLING-SPORT-VERBAND.

73 VR 8732 — 19. 9. 1986: Schweizer Gesellschaft Frankfurt a. M.

73 VR 8733 — 19. 9. 1986: DFG-VK Bildungswerk Hessen.

73 VR 8734 — 19. 9. 1986: Unterstützungsverein der Wahl 1989 von Ferry Ahrle zum Frankfurter Oberbürgermeister.

73 VR 8736 — 25. 9. 1986: Arbeitskreis Teppichboden-Verspannung.

73 VR 8738 — 25. 9. 1986: EMANZIPATION.

**Veränderung**

73 VR 7525 — 25. 9. 1986: Motorsportclub Flughafen Frankfurt/Main. Der Verein ist aufgelöst.

6000 Frankfurt am Main, 6. 10. 1986 **Amtsgericht, Abt. 73**

**5169**

VR 666 — **Neueintragung** — 1. 10. 1986: Angelsportverein Dorheim, Friedberg (Hessen) — Dorheim.

6360 Friedberg (Hessen), 1. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5170**

5 VR 890 — **Neueintragung** — 29. 9. 1986: Arbeitsgemeinschaft Hauskrankenpflege Landesverband Hessen, Fulda.

6400 Fulda, 29. 9. 1986 **Amtsgericht**

**5171**

5 VR 891 — **Neueintragung** — 29. 9. 1986: Lebendige Kommunikation mit Frauen in ihren Kulturen (KFK) in Fulda.

6400 Fulda, 29. 9. 1986 **Amtsgericht**

**5172**

5 VR 726 — **Löschung** — 29. 9. 1986: Privates Schüler-Repetitorium Fulda in Fulda. Durch Entziehung der Rechtsfähigkeit von Amtswegen gelöscht gemäß §§ 43 Abs. 2, 74 Abs. 3 BGB.

6400 Fulda, 29. 9. 1986 **Amtsgericht**

**5173**

VR 204 — **Neueintragung** — 2. 10. 1986: Sportgemeinschaft „Blau-Weiß“ Hülsla-Knüll e.V., Hülsla.

3588 Homberg/Efze, 2. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5174**

Neueintragungen beim Amtsgericht Kassel  
VR 1924 — 29. 8. 1986: Deutsch-türkischer  
Jugendclub, Sitz Kassel.

VR 1925 — 1. 9. 1986: Leben mit Krebs,  
Sitz Kassel.

VR 1926 — 1. 9. 1986: Verein für seelische  
Gesundheit, Sitz Kassel.

VR 1927 — 2. 9. 1986: „Verein zur Förde-  
rung der Gedenkstätte und des Archivs Brei-  
tenau“, Sitz Kassel.

VR 1928 — 4. 9. 1986: „Wohnhilfe“, Verein  
für sozialpädagogisch betreutes Einzelwoh-  
nen, Sitz Kassel.

VR 1929 — 9. 9. 1986: Schutzgemeinschaft  
Wasser + Leben, Sitz Kassel.

VR 1930 — 9. 9. 1986: Bundesarbeitsge-  
meinschaft Schuldnerberatung, Sitz Kassel.

VR 1931 — 9. 9. 1986: Türk Kadınlar Bir-  
ligi, Sitz Kassel.

VR 1932 — 9. 9. 1986: Stern-Club, Sport-  
+ Kulturverein, Sitz Kassel.

VR 1933 — 9. 9. 1986: Partner für psy-  
chisch Kranke im Landkreis Kassel, Sitz  
Kassel.

VR 1934 — 9. 9. 1986: Verein für Hilfe in  
Not- und Krankheitsfällen, Sitz Kassel.

VR 1935 — 19. 9. 1986: Marokkanischer  
Kulturverein Kassel e. V., Sitz Kassel.

VR 1936 — 24. 9. 1986: GESELLSCHAFT  
FÜR INTERNATIONALE KULTURARBEIT  
UND POLITISCHE BILDUNG, Sitz Kassel.

VR 1937 — 25. 9. 1986: Sozial Demokrati-  
scher Türkischer Arbeitnehmer Verein, Sitz  
Kassel.

3500 Kassel, 2. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5175**

8 VR 727 — Neueintragung — 2. 10. 1986:  
Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hessen-  
Süd e. V., Kronberg/Taunus.

6240 Königstein im Taunus, 2. 10. 1986  
**Amtsgericht**

**5176**

VR 360 — Neueintragung — 6. 10. 1986:  
Schützenverein Tannenberg 1985 Nenters-  
hausen, Sitz: 6446 Nentershausen.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 6. 10. 1986  
**Amtsgericht**

**5177**

VR 400 — Neueintragung — 26. 9. 1986:  
Cihan Sportverein Rüsselsheim, Rüsselsheim.

6090 Rüsselsheim, 26. 9. 1986 **Amtsgericht**

**5178**

VR 473 — Neueintragung — 30. 9. 1986:  
Freiwillige Feuerwehr Langhecke, Villmar-  
Langhecke.

6290 Weilburg, 3. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5179**

VR 474 — Neueintragung — 30. 9. 1986:  
Interessengemeinschaft Weilmünster Aqua-  
rienfreunde 78, Weilmünster.

6290 Weilburg, 3. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5180**

VR 1275 — Neueintragung — 29. 9. 1986:  
Verein für Fortbildung und Ausbildung von  
Jugendlichen Hessisch-Lichtenau in 3436  
Hessisch-Lichtenau.

3430 Witzenhausen, 29. 9. 1986 **Amtsgericht**

**Vergleiche — Konkurse****5181**

N 22/86 — Beschluß: Über das Vermögen  
des Kaufmanns Karl Reichardt, geboren am

31. 10. 1927, wohnhaft in 6313 Homberg/  
Ohm — Nieder-Offleiden, Wiesenstraße 32,  
wird heute, am 6. Oktober 1986, 9.15 Uhr,  
Konkurs eröffnet.

Grund: Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt:  
Rechtsanwalt Jürgen Großhaus, Neustädter  
Tor 4, 6322 Kirtorf.

Konkursforderungen sind beim Gericht  
zweifach und mit den bis zum Tage der  
Konkursoröffnung errechneten Zinsen anzu-  
melden bis: 8. November 1986.

Vor dem Amtsgericht, Raum 6, Erdge-  
schoß, im Gerichtsgebäude Amthof 12 in  
Alsfeld, werden folgende Termine abgehal-  
ten:

3. November 1986, 10.00 Uhr, Termin zur  
Beschlussfassung über die Beibehaltung des  
ernannten oder Wahl eines neuen Verwal-  
ters, über die Wahl eines Gläubigerausschus-  
ses und gegebenenfalls über die in §§ 132,  
134, 137 Konkursordnung bezeichneten Ge-  
genstände.

24. November 1986, 10.00 Uhr, Termin zur  
Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sa-  
che besitzt oder zur Konkursmasse etwas  
schuldet, darf nichts an den Schuldner ver-  
abfolgen oder leisten und muß den Besitz  
der Sache und die Forderungen, für die er  
aus der Sache abgesonderte Befriedigung  
verlangt, dem Verwalter bis zum 20. Oktober  
1986 anzeigen.

6320 Alsfeld, 7. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5182**

6 N 86/86 — Beschluß: Über das Vermögen  
der Corvallis Team Gesellschaft für Soft-  
ware-Systeme mit beschränkter Haftung,  
vertreten durch die Geschäftsführer Gerhard  
Rohlfing und Georg Spiewok, Max-Planck-  
Straße 22, 6382 Friedrichsdorf/Taunus, wird  
heute, am 3. Oktober 1986, 12.00 Uhr, Kon-  
kurs eröffnet.

Konkursverwalter ist Rechtsanwalt und  
Dipl.-Kfm. Ulrich Kneller, 6457 Maintal 2,  
Goethestraße 144—150, Tel. 0 61 09/6 10 51.

Konkursforderungen sind beim Gericht  
zweifach und mit den bis zum Tage der  
Konkursoröffnung errechneten Zinsen anzu-  
melden bis 1. Dezember 1986.

Erste Gläubigerversammlung mit Tages-  
ordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO  
ist am 17. November 1986, 9.00 Uhr;

Prüfungstermin am 22. Dezember 1986,  
9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Hom-  
burg v. d. Höhe, Auf der Steinkaut 10—12,  
Saal I.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum  
1. November 1986 ist angeordnet.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 3. 10. 1986  
**Amtsgericht**

**5183**

6 N 90/86 — Beschluß: In dem Konkursan-  
tragsverfahren betr. die Firma Texpo Han-  
delsgesellschaft m.b.H., vertreten durch den  
Geschäftsführer Siegfried Hasenauer, Köp-  
perner Straße 46 b, 6382 Friedrichsdorf 2  
(Köppern), wird heute, am 6. Oktober 1986,  
16.00 Uhr, die Sequestration angeordnet und  
ein allgemeines Verfügungsverbot gegen die  
Gesellschaft verhängt. Verfügungen dürfen  
nur mit Zustimmung des Sequesters erfol-  
gen.

Zum Sequester wird bestellt: Herr Rechts-  
anwalt und Dipl.-Kfm. Ulrich Kneller, 6457  
Maintal 2, Goethestraße 144—150, Tel.  
0 61 09/6 10 51.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 6. 10. 1986  
**Amtsgericht**

**5184**

6 N 79/86 — Beschluß: In dem Konkursan-  
tragsverfahren betreffend die Firma VTM  
GmbH Vermittlung von Finanzdienstleistun-  
gen, vertreten durch den Geschäftsführer  
Gernot Mandelkow, Obere Terrassenstraße  
13, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, wird  
heute, am 8. Oktober 1986, 9.00 Uhr, die Se-  
questration angeordnet und ein allgemeines  
Verfügungsverbot gegen die Gesellschaft  
verhängt. Verfügungen dürfen nur mit Zu-  
stimmung des Sequesters erfolgen.

Zum Sequester wird bestellt: Herr Rechts-  
anwalt Hans-Joachim Caesar, 6000 Frank-  
furt 50, Landgraf-Philipp-Straße 9, Tel. 0 69/  
52 01 76.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 8. 10. 1986  
**Amtsgericht**

**5185**

6 N 50/83: Das Konkursverfahren über das  
Vermögen der Telesonic Deutschland GmbH,  
6382 Friedrichsdorf, Max-Planck-Straße 32,  
wurde nach Abhaltung des Schlußtermins  
aufgehoben.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 6. 10. 1986  
**Amtsgericht**

**5186**

3 N 23/86 — Beschluß: In dem Konkursan-  
tragsverfahren betreffend Frau Barbara  
Braun geb. Braun, Inhaberin eines Dachdek-  
kerbetriebes, Hauptstraße 28, in 6477 Limes-  
hain-Rommelhausen, Schuldnerin, wird das  
durch Beschluß vom 9. Juni 1986 angeord-  
nete allgemeine Veräußerungsverbot aufge-  
hoben.

6470 Büdingen, 3. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5187**

61 N 5/82: Das Konkursverfahren über das  
Vermögen der Firma WKF Gesellschaft für  
Elektrophysikalischen Apparatebau W.  
Weinkauf KG, Brandau ist nach Abhaltung  
des Schlußtermins aufgehoben.

Die Vergütung, die Auslagen und die  
Mehrwertsteuer der Ausschussmitglieder sind  
auf insgesamt 10 000,— DM festgesetzt.

6100 Darmstadt, 1. 10. 1986  
**Amtsgericht, Abt. 61**

**5188**

2 N 32/83: In dem Konkursverfahren über  
das Vermögen der Firma Lesser Systembau  
GmbH, 6349 Breitscheid, findet mit der Ge-  
nehmigung des Gerichts die Schlußverteil-  
ung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkurs-  
gerichts) in 6348 Herborn (Aktenzeichen: —  
2 N 32/83 —) niedergelegt worden. Die  
Summe der zu berücksichtigenden Forde-  
rungen beträgt 1 939 721,02 DM. Es ist ein  
Massebestand in Höhe von 554 445,83 DM  
verfügbar.

6345 Eschenburg-Eibelshausen, 6. 10. 1986  
**Der Konkursverwalter  
Berthold Stahl**

**5189**

N 1/84 — Beschluß: In dem Konkursver-  
fahren über das Vermögen des Herrn Klaus  
Bauer, Gertelsklängen 3, 6149 Rimbach, wird  
besonderer Termin zur Prüfung der nach-  
träglich angemeldeten Forderungen be-  
stimmt auf

Mittwoch, 12. November 1986, 9.00 Uhr,  
Raum 22, I. Stock, im Gerichtsgebäude  
Fürth (Odw.), Heppenheimer Straße 15.

6149 Fürth (Odw.), 7. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5190**

42 N 118/86: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Wohnstift Verwaltungs GmbH, Lortzingstraße 5, 6450 Hanau**, Geschäftsführer: Alfred Dölschner, wird die dem Rechtsanwalt Ulrich Kneller, Goethestraße 144, 6457 Maintal, für seine Tätigkeit als Sequester zustehende Vergütung auf 24 394,95 DM sowie seine Auslagen auf 743,85 DM, jeweils einschließlich Mehrwertsteuer, festgesetzt.

6450 Hanau, 6. 10. 1986 **Amtsgericht, Abt. 42**

**5191**

2 N 32/83: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Lesser Systembau GmbH in 6349 Breitscheid** wird der Schlußtermin auf den 25. November 1986, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Herborn, Westwaldstraße 16, Zimmer 20, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigeraussschusses.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 71 377,80 DM, der Ausgleich nach § 4 Abs. 5 der Vergütungsverordnung auf 5 750,82 DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 7 000,— DM zuzüglich 14% Mehrwertsteuer festgesetzt. Der Vergütung werden evtl. Überschüsse aus den für noch anfallende Gerichtskosten zurückbehaltenen Beträgen zugeschlagen. Die bisher festgesetzten Vorschüsse sind auf die Vergütung und Auslagen anzurechnen.

6348 Herborn, 6. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5192**

2 N 11/73: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Bauunternehmers Heribert Krenn, Trafoweg, 6093 Flörsheim-Weilbach**, jetzt wohnhaft: Hans-Böckler-Straße 30 in 6080 Groß-Gerau, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6203 Hochheim am Main, 6. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5193**

65 VN 3/86: Der **Handelsvertreter Hans-Werner Cohn, Haferhof 4, 3501 Fulda**, hat durch einen am 29. September 1986 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung ist bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Frank Ziegler, Untere Königsstraße 71, 3500 Kassel, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Zugleich ist am 30. September 1986, 14.00 Uhr, gegen den Antragsteller auf Grund § 12 i. V. m. § 59 VerglO ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

3500 Kassel, 30. 9. 1986 **Amtsgericht, Abt. 65**

**5194**

65 N 113/86: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des **Installateurs Manfred Persch, Ringenkuhlerstraße 63, 3506 Helsa**, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Montag, 1. Dezember 1986, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

3500 Kassel, 2. 10. 1986 **Amtsgericht, Abt. 65**

**5195**

65 N 87/82: Das am 25. Mai 1982 über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft Ph. Krollpfeiffer Wwe., — HRA 7267 AG Kassel —, Heinrich-Heine-Straße 91 a, 3500 Kassel**, vertreten durch deren Komplementärin Margarethe Ziegler geb. Beck, eröffnete Konkursverfahren wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt (§ 204 KO).

3500 Kassel, 30. 9. 1986 **Amtsgericht, Abt. 65**

**5196**

9 N 9/86: In der Konkursache gegen die **Firma Inter-Wohnungsbau Hermann Scherer Bauräger GmbH, 6231 Schwalbach am Taunus**, ist das allgemeine Veräußerungsverbot vom 14. April 1986 mit Beschluß vom 28. August 1986 aufgehoben worden.

6240 Königstein im Taunus, 1. 10. 1986 **Amtsgericht, Abt. 9**

**5197**

1 N 27/85 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Tierarztes Dr. Heinz Nürnberg, Seestraße 96, 1000 Berlin 65**, wird Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse, gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Montag, den 3. November 1986, 11.00 Uhr, Raum 38, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Hagenstraße 2, Erweiterungsbau.

3540 Korbach, 3. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5198**

7 N 6/86: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Depeche Modehandels-GmbH i. L., Zeppelinstraße 1, 6072 Dreieich**, gesetzlich vertreten durch die Liquidatorin Jutta Canisius, Sudetenring 41, 6072 Dreieich, ist mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters ist auf 1 800,— DM, seine Auslagen sind auf 200,— DM, jeweils zuzüglich 14% MwSt., festgesetzt.

6070 Langen, 16. 9. 1986 **Amtsgericht**

**5199**

7 N 63/86: Im Konkursverfahren über das Vermögen der **MBA Bauausführungen GmbH, Jahnstraße 6, 6072 Dreieich**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Manfred Kugelmeier, ist auf den

21. November 1986, 9.50 Uhr, im Saal 20 des Gerichtsgebäudes Langen, Darmstädter Straße 27, eine Gläubigerversammlung einberufen.

Tagesordnung: Beschlußfassung über Veräußerung des Anlagevermögens der Gemeinschuldnerin.

6070 Langen, 7. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5200**

1 N 1/85: Nach Einstellung des Vergleichsverfahrens ist die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der **Firma Autohaus Bup GmbH**, vertreten durch die Geschäftsführerin Ursula Heinrich, früher Giebener Straße 46, 6303 Hungen, jetzt: Hanaauer Landstraße 473, 6000 Frankfurt am Main, am 13. Mai 1986 mangels Masse abgelehnt worden.

6478 Nidda, 6. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5201**

7 N 182/81: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Theodor Biesen, Tannenweg 19, 6078 Neu-Isenburg**, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben (§ 163 KO).

6050 Offenbach am Main, 3. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5202**

4 N 32/86: In der Konkursantragssache der **Firma VIF Verwaltungsgesellschaft für Immobilien- und Firmenbeteiligung GmbH, Eisenstraße 56, 6090 Rüsselsheim**, gesetzlich vertreten durch den Ingenieur Walter Hollfelder als alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer, wurden durch Beschluß vom 25. August 1986 die Sequestration und das allgemeine Veräußerungsverbot aufgehoben, nachdem die Eröffnung des Konkursverfahrens am 10. Juli 1986 mangels Masse abgelehnt wurde.

6090 Rüsselsheim, 17. 9. 1986 **Amtsgericht**

**5203**

62 N 215/85 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma SRS Exquisit-Geschenke Vertriebs GmbH, Straßemühlweg 7, 6200 Wiesbaden-Dotzheim**, Konkursverwalter: Rechtsanwalt Rolf Barenberg, Adelheidstraße 56, 6200 Wiesbaden, wird die Gläubigerversammlung auf

Mittwoch, 5. November 1986, 9.00 Uhr, auf Saal 243 des Amtsgerichts einberufen.

Tagesordnung:  
1. Bericht des Konkursverwalters,  
2. Prüfung nachgemeldeter Forderungen,  
3. Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters,  
4. Vergütung des Konkursverwalters,  
5. Einstellung mangels Masse.

6200 Wiesbaden, 23. 9. 1986 **Amtsgericht, Abt. 62**

**5204**

62 N 21/82: Als Konkursverwalter über das Vermögen der **GOHA-Edelmetall Handelsgesellschaft mbH in 6200 Wiesbaden**, registriert beim Amtsgericht Wiesbaden unter der Nummer 62 N 21/82, zeige ich an, daß der Schlußtermin auf Mittwoch, den 26. November 1986, um 14.00 Uhr beim Amtsgericht in Wiesbaden angesetzt ist.

Auf die festgestellten Forderungen der Klassen I—VI in Höhe von insgesamt 38 347,46 DM steht eine Verteilungsmasse von rund 8 000,— DM zur Verfügung.

6200 Wiesbaden, 6. 10. 1986 **Der Konkursverwalter Karl Seelbach Steuerberater**

**5205**

62 N 188/86: Über das Vermögen der **HSF-KH-Hotelbetriebs-GmbH, Mainzer Straße 166, 6200 Wiesbaden**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Heinz Sehrbrock, Siegfriedstraße 8, 6204 Taunusstein 4, wird heute, am 1. Oktober 1986, um 15.10 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Rolf Barenberg, Adelheidstraße 56, Wiesbaden.

Anmeldungen (doppelt) bis 5. November 1986. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 3. November 1986.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Mittwoch, 26. November 1986, 14.45 Uhr, Zimmer 243.

6200 Wiesbaden, 1. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5206**

62 N 189/86: Über das Vermögen der **HSF-KH-Hotelbetriebs-GmbH Hotel-Verwaltungs-KG**, Mainzer Straße 166, 6200 Wiesbaden, vertreten durch die HSF-KH-Hotelbetriebs-GmbH, Wiesbaden, diese gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Heinz Sehrbrock, Siegfriedstraße 8, 6204 Taunusstein 4, wird heute, am 1. Oktober 1986, um 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Rolf Barrenberg, Adelheidstraße 56, 6200 Wiesbaden.

Anmeldungen (doppelt) bis 5. November 1986. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 3. November 1986.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Mittwoch, 26. November 1986, 14.30 Uhr, Zimmer 243.

6200 Wiesbaden, 1. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5207**

62 N 271/83: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Queen's Pub Betriebsgesellschaft mbH in Wiesbaden** findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgerichts) in Wiesbaden — Az. 62 N 271/83 — niedergelegt worden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 22 693,18 DM. Es ist ein Massebestand von 6 930,61 DM verfügbar.

6200 Wiesbaden, 8. 10. 1986

**Der Konkursverwalter**  
Anders  
Rechtsanwalt

**5208**

62 N 153/84: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Weißer Kater Wipol Tierbedarfs GmbH in Wiesbaden** findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgerichts) in Wiesbaden — Az. 62 N 153/84 — niedergelegt worden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 219 819,84 DM. Es ist ein Massebestand von 55 401,46 DM verfügbar.

6200 Wiesbaden, 8. 10. 1986

**Der Konkursverwalter**  
Anders  
Rechtsanwalt

**Zwangsversteigerungen**

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen,

bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

**5209**

K 56/85: Die im Grundbuch von Grebenau, Bezirk Alsfeld, Band 18, Blatt 705, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Grebenau, Flur 8, Nr. 11, Ackerland, Am Heidberg, Größe 48,58 Ar,

Flur 8, Nr. 21, Ackerland, Größe 110,66 Ar, Grünland, In der Vollenbach, Größe 119,48 Ar,

sollen am Freitag, dem 5. Dezember 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Amthof 12, Alsfeld, 1. Stock, Raum 17, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 8. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Hans Joachim Wilhelm, Grebenau,
2. Gert Dietrich Wilhelm, Grebenau-Waldersdorf,
3. Bernd Jürgen Wilhelm, Grebenau-Schwarz, — je zu einem Drittel —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 8, Nr. 11 auf 15 500,— DM,

Flur 8, Nr. 21 auf 18 412,— DM.

Der Gesamtwert der Grundstücke ist auf 33 962,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 1. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5210**

K 59/85: Die im Grundbuch von Breitenbach, Band 32, Blatt 883, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Breitenbach,

lfd. Nr. 1, Flur 7, Flurstück 71/67, Hof- und Gebäudefläche, Am guten Strauch 2, Größe 2,26 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 7, Flurstück 71/54, Hof- und Gebäudefläche, Am guten Strauch 2, Größe 4,40 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 7, Flurstück 71/55, Hof- und Gebäudefläche, Am guten Strauch 2, Größe 1,11 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 18. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dudenstraße 10, Saal 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 12. 1982 und 24. 12. 1985 (Tage der Versteigerungsvermerke):

- a) Bernhard Hasenbeck,
- b) Irma Hasenbeck, — je zur Hälfte —.

Wert nach § 74 a ZVG:

lfd. Nr. 1 und 3: 244 440,— DM,

lfd. Nr. 2: 10 560,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 29. 9. 1986 **Amtsgericht**

**5211**

K 28/86: Das im Grundbuch von Bad Hersfeld, Band 345, Blatt 11 470, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Hersfeld, 413,106/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 43, Flurstück 51/4, Gebäude- und Freifläche, Löhrgasse 1, 3, Klosterplatz 1, 2 und An der Untergeis 4, Größe 53,59 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im III. Obergeschoß gelegenen, im Aufteilungsplan mit Nr. 10 bezeichneten Wohnung mit Abstellraum; der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigen-

tumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; wegen des Inhalts und Gegenstands des Sondereigentums ist auf die Eintragungsbewilligung vom 30. 6. 1980 Bezug genommen;

soll am Mittwoch, dem 25. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dudenstraße 10, Saal 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Eduard Wächter,
- b) Silvia Wächter, — je zur Hälfte —.

Wert nach § 74 a ZVG: 205 672,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 2. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5212**

K 105/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bärstadt, Band 25, Blatt 727,

lfd. Nr. 4, Flur 22, Nr. 56/3, Bauplatz — jetzt bebaut, Der Schneeberg, Größe 12,94 Ar,

soll am Freitag, dem 12. Dezember 1986, 9.00 Uhr, Saal Nr. 10, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark Nr. 12, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 11. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

- a) Herr Rudolf Graf, Wiesbaden-Schierstein,
- b) Frau Else Seyfrid geb. Weiland, Wiesbaden, — Miteigentümer je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes wird gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

118 580,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 2. 10. 1986 **Amtsgericht**

**5213**

4 K 63/86: Beschluß in dem Zwangsvollstreckungsverfahren (Teilungsversteigerungsverfahren)

a) der Firma Treuga Bau- und Datenservice Neuy Kommanditgesellschaft, Johann-Sebastian-Bach-Straße 33, 6200 Wiesbaden, vertreten durch die Komplementärin Treucontract Gesellschaft für Baubetreuung mbH, Wiesbaden, diese vertreten durch die alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführerin Hannelore Neuy,

b) der Firma Ena Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sebastian-Bach-Straße 33 a, 6200 Wiesbaden, vertreten durch die alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführerin Hannelore Neuy,

— Antragsteller —

∕

— Antragsgegner —

betreffend die nachgenannten Miteigentumsanteile der Antragsteller — jeweils eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Wehen, als Gesellschafter des bürgerlichen Rechts an dem Grundstück,

Gemarkung Wehen, Flur 10, Nr. 42/10, Hof- und Gebäudefläche, Platter Straße 87, Größe 100,33 Ar,

verbunden mit dem jeweiligen Sondereigentum an den im Aufteilungsplan mit der jeweiligen Nummer bezeichneten Sondereigentumsanteilen, und zwar gemäß Grundbucheintrag:

Wohnungsgrundbuchblatt Nr.	Miteigentumsanteil	Nr. des verbundenen Sondereigentums gem. Aufteilungsplan	Die Verkehrswerte sind gem. § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt worden:
2876	866/100000	1	214 909,— DM
2877	722/100000	2	133 532,— DM
2878	866/100000	3	176 225,— DM
2882	866/100000	7	214 909,— DM
2884	866/100000	9	176 225,— DM
2885	722/100000	10	133 532,— DM
2886	866/100000	11	176 225,— DM
2888	993/100000	13	202 008,— DM
2889	874/100000	14	177 935,— DM
2890	993/100000	15	202 008,— DM
2891	874/100000	16	177 935,— DM
2892	993/100000	17	202 008,— DM
2893	874/100000	18	177 935,— DM
2894	1020/100000	19	207 613,— DM
2895	861/100000	20	175 370,— DM
2896	1020/100000	21	207 613,— DM
2898	1020/100000	23	207 613,— DM
2899	861/100000	24	175 370,— DM
2900	1020/100000	25	207 613,— DM
2902	859/100000	27	174 800,— DM
2903	874/100000	28	177 935,— DM
2904	859/100000	29	174 800,— DM
2905	874/100000	30	177 935,— DM
2907	874/100000	32	177 935,— DM
2908	859/100000	33	174 800,— DM
2909	874/100000	34	177 935,— DM
2911	874/100000	36	177 935,— DM
2914	859/100000	39	174 800,— DM
2915	874/100000	40	177 935,— DM
2916	859/100000	41	174 800,— DM
2920	859/100000	45	174 800,— DM
2922	859/100000	47	174 800,— DM
2928	859/100000	53	174 800,— DM
2930	874/100000	55	177 935,— DM
2932	874/100000	57	177 935,— DM
2934	874/100000	59	177 935,— DM
2936	874/100000	61	177 935,— DM
2937	859/100000	62	174 800,— DM
2938	874/100000	63	177 935,— DM
2941	464/100000	66	78 793,— DM
2942	473/100000	67	80 294,— DM
2944	690/100000	69	127 547,— DM
2946	473/100000	71	80 294,— DM
2947	485/100000	72	82 270,— DM
2949	464/100000	74	78 793,— DM
2950	473/100000	75	80 294,— DM
2951	485/100000	76	82 270,— DM
2954	473/100000	79	80 294,— DM
2955	485/100000	80	82 270,— DM
2956	690/100000	81	127 547,— DM
2957	464/100000	82	78 793,— DM
2958	473/100000	83	80 294,— DM
2959	485/100000	84	82 270,— DM
2960	690/100000	85	127 547,— DM
2961	464/100000	86	78 793,— DM
2962	473/100000	87	80 294,— DM
2963	485/100000	88	82 270,— DM
2970	2258/100000	95	306 128,— DM
2971	1886/100000	96	255 721,— DM

Das vorgenannte Grundeigentum soll am Freitag, dem 19. Dezember 1986, 8.00 Uhr, im Saal Nr. 10, Erdgeschoß, des Amtsgerichts Bad Schwalbach, Am Kurpark Nr. 12, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 8. 1986

(Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

die beiden Antragsteller.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 7. 10. 1986

Amtsgericht

## 5214

4 K 68/85: Der im Grundbuch von Hartenrod, Band 68, Blatt 2344, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Hartenrod, Flur 2, Flurstück 604/4, Freifläche, Am Kreuzacker 13, Größe 4,30 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Hartenrod, Flur 2, Flurstück 604/5, Freifläche, Am Kreuzacker 11, Größe 4,62 Ar,

soll am Freitag, dem 12. Dezember 1986, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3560 Bieden-

kopf, Nebengebäude Hainstraße 70, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 4. 11. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hausfrau Anneliese Pfeiffer-Au geborene Appel, geboren am 13. 11. 1925, wohnhaft in Gladenbach, Wallstraße 20.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 57 850,— DM für beide Grundstücke zusammen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 22. 9. 1986 Amtsgericht

## 5215

K 2/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Braunfels, Band 113, Blatt 2421,

lfd. Nr. 8, Flur 2, Flurstück 15, Ackerland, Grünland, Vor der Georgswiese, Größe 24,22 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. Dezember 1986, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, 1. Stock, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Gerichtsstraße 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 1. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Richard Schätz, Wetzlar.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

48 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 22. 9. 1986

Amtsgericht Wetzlar, Zweigstelle Braunfels

## 5216

K 10/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Leun, Band 62, Blatt 835,

lfd. Nr. 1, Flur 29, Flurstück 38, Gebäude- und Freifläche, Burgsolmsener Straße 13—17, Größe 22,95 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 29, Flurstück 37, Gebäude- und Freifläche, Burgsolmsener Straße 13—17, Größe 24,15 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 29, Flurstück 36/1, Gebäude- und Freifläche, Burgsolmsener Straße 13—17, Größe 8,13 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 29, Flurstück 39/2, Gebäude- und Freifläche, Gartenland, Burgsolmsener Straße, Größe 22,71 Ar,

soll am Mittwoch, dem 14. Januar 1987, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, 1. Stock, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Gerichtsstraße 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 3. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Maler- und Anstreichermeister Karl Würz und Maria geb. Linnemann, Leun-Lahnbahnhof, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück Nr. 1 auf 280 660,— DM,

Grundstück Nr. 3 auf 198 300,— DM,

Grundstück Nr. 4 auf 19 700,— DM,

Grundstück Nr. 7 auf 36 340,— DM.

Im Versteigerungstermin vom 10. September 1986 ist der Zuschlag bereits aus den Gründen des § 74 a Abs. 1 ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 10. 9. 1986

Amtsgericht Wetzlar, Zweigstelle Braunfels

## 5217

61 K 46/86: Das im Grundbuch von Griesheim, Band 311, Blatt 12 447, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Griesheim, Flur 13, Flurstück 44/2, Gebäude- und Freifläche, Lindenstraße 37, Größe 3,51 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. Januar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.



Eingetragener Eigentümer am 6. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
Johann Türn jun., Griesheim.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 2. 10. 1986 **Amtsgericht**

### 5218

61 K 85/86 — Berichtigung: In der Zwangsversteigerungssache Hedderich (StAnz. 39/1986, S. 1877, lfd. Nr. 4822) muß es im dritten Absatz bei der Terminbestimmung richtig heißen:

Mittwoch, der 7. Januar 1987, 11.00 Uhr.

6100 Darmstadt, 6. 10. 1986 **Amtsgericht**

### 5219

61 K 139/85: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk III, Band 55, Blatt 2243, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 3, Flurstück 419, Hof- und Gebäudefläche, Beckerstraße 22, Größe 2,63 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. Februar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 11. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

3 a) Hartmut Kurt Jung, Darmstadt, — je zur Hälfte —  
b) Sigbert Walter Jung, Darmstadt, — je zur Hälfte —

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 7. 10. 1986

**Amtsgericht, Abt. 61**

### 5220

3 K 45/86: Der im Grundbuch von Schaafheim, Band 41, Blatt 2224, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 2, Schaafheim, Flur 2, Flurstück 87, Hof- und Gebäudefläche, Schlierbacher Weg 23, Größe 5,79 Ar,

soll am Dienstag, dem 16. Dezember 1986, 13.30 Uhr, Zimmer 110, 1. Stock, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 5. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Franz Kallup in Schaafheim.  
Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 375 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 3. 10. 1986

**Amtsgericht**

### 5221

3 K 75/86: Der im Grundbuch von Münster, Band 150, Blatt 5370, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Flur 18, Flurstück 600, Gebäude- und Freifläche, Gerhart-Hauptmann-Straße 20, Größe 2,52 Ar,

soll am Freitag, dem 19. Dezember 1986, 13.30 Uhr, Zimmer 113, 1. Stock, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 9. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eric Robert Ellerbrock und Monika Ruth Johanna Ellerbrock, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 300 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 6. 10. 1986

**Amtsgericht**

### 5222

84 K 257/85: Die im Grundbuch, Bezirk 33 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 107, Blätter 3731, 3732, eingetragenen Teil-eigentumsrechte, lfd. Nr. 1,

a) Blatt 3731: 16/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 559, Flurstück 61/9, Hof- und Gebäudefläche, Babenhäuser Landstraße 49, Größe 8,43 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Garage;

b) Blatt 3732: 16/1000 Miteigentumsanteil an selben Grundstück, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Garage;

das jeweilige Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (insgesamt eingetragen Band 106, Blätter 3694, 3695, 3696, Band 107, Blätter 3731, 3732, 3733, 3734, 3735) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; sollen am Freitag, dem 16. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 5. 1985 (Versteigerungsvermerk):

Herr Frank-Dieter Koblinsky in Frankfurt am Main.

Der Wert der Teileigentumsrechte ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf jeweils 20 000,— DM, mithin 40 000,— DM insgesamt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 26. 9. 1986

**Amtsgericht, Abt. 84**

### 5223

K 99/85: Das im Grundbuch von Bad Nauheim, Band 211, Blatt 6963, eingetragene Bruchteilseigentum zur Hälfte von

lfd. Nr. 1: 1 252,55865/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Bad Nauheim, Flur 1, Flurstück 593/9, Hof- und Gebäudefläche, Höhenweg 1 — 1 m, Größe 60,35 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Keller, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 20,

soll am Mittwoch, dem 3. Dezember 1986, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Homburger Straße 18, 6360 Friedberg (Hessen), Raum 36, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Günter Winkler,  
b) Ute Winkler geb. Höll, beide wohnhaft Ammergasse 23, 7400 Tübingen, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 126 434,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 19. 9. 1986

**Amtsgericht**

### 5224

K 13/86: Der im Grundbuch von Schwalheim, Band 39, Blatt 1613, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schwalheim, Flur 7, Flurstück 281/7, Hof- und Gebäudefläche, Salinenstraße 1, Größe 3,78 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. Dezember 1986, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Homburger Straße 18, Raum 36, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Storck, Ulrich, Salinenstraße 45, 6350 Bad Nauheim 6,

b) Storck geb. Webers, Hannelore Ingeborg, Zanderstraße 19, 6350 Bad Nauheim, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 190 387,20 DM für Flur 7, Flurstück 281/7.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 22. 9. 1986

**Amtsgericht**

### 5225

K 86/84: Das im Grundbuch von Werkel, Band 21, Blatt 639, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Werkel, Flur 6, Flurstück 33/55, Hof- und Gebäudefläche, Die Steinbinge (jetzt angeblich Am Hilgenstein 26), Größe 11,09 Ar,

soll am Freitag, dem 5. Dezember 1986, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schladenweg 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 12. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Wilhelm und Brigitte Förstner, Fritzlar, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

475 525,— DM.

Die Vorschriften über ein Mindestgebot kommen nicht mehr zur Anwendung, weil im Termin am 6./13. September 1985 der Zuschlag gem. § 74 a ZVG versagt worden ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 16. 9. 1986

**Amtsgericht**

### 5226

K 2/86: Das im Grundbuch von Niedenstein, Band 30, Blatt 965, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Niedenstein, Flur 2, Flurstück 15, Hof- und Gebäudefläche, Sengelsberger Weg 10, Größe 7,83 Ar,

soll am Freitag, dem 5. Dezember 1986, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schladenweg 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 3. bzw. 3. 4. 1986 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Anneliese Schramm, Niedenstein, — zur Hälfte —,

b) zur anderen Hälfte in Erbengemeinschaft mit:

Heinz Schramm, Kassel,  
Manfred Schramm, Lohfelden,  
Elke Hautel, Niedenstein,  
Karla Küpper, Habichtswald,  
Peter Schramm, Niedenstein,  
Jochen Schramm, Niedenstein.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

119 150,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 16. 9. 1986 **Amtsgericht**

### 5227

K 16/86: Das im Grundbuch von Affolterbach, Band 15, Blatt 550, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Affolterbach, Flur 15, Flurstück 4/3, Hof- und Gebäudefläche, Beerfeldener Straße 84, Größe 8,87 Ar, soll am Donnerstag, dem 11. Dezember 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Heppenheimer Straße 15, Raum 8 (Erdgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 2. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elfriede und Philipp Eisenhauer, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

235 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 3. 9. 1986 **Amtsgericht**

### 5228

K 36/86: Die im Grundbuch von Unter-Scharbach, Band 7, Blatt 220, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Unter-Scharbach, lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 9, Landwirtschaftsfläche, Am Hammelberg, Größe 10,00 Ar, Waldfläche, Am Hammelberg, Größe 7,62 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Nr. 12, Landwirtschaftsfläche, Die Hofwiese, Größe 2,05 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Nr. 13, Landwirtschaftsfläche, Die Hofwiese, Größe 6,82 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 1, Nr. 14, Gebäude- und Freifläche, Trommstraße 1, Größe 9,38 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 11. Dezember 1986, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Heppenheimer Straße 15, Raum 8 (Erdgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Josef Braun, 6943 Birkenau.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 4 auf 485 000,— DM,

lfd. Nr. 3 auf 1 350,— DM,

lfd. Nr. 2 auf 200,— DM,

lfd. Nr. 1 auf 2 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 3. 9. 1986 **Amtsgericht**

### 5229

5 K 5/85: Die im Grundbuch von Fulda, Band 212, Blatt 8128, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fulda, Flur 12, Flurstück 399/71, Lieg.B. 5903, Hof- und Gebäudefläche, Biedenbachstraße 11, Größe 3,87 Ar (Wert: 268 936,— DM),

lfd. Nr. 2, Gemarkung Fulda, Flur 12, Flurstück 399/65, Bauplatz, Biedenbachstraße, Größe 0,21 Ar (Wert: 11 064,— DM), mit dem Grundstück lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses verbunden:

lfd. Nr. 3/zu 1: 1/6 (ein Sechstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück: Gemarkung Fulda, Flur 12, Flurstück 399/89, Lieg.B. 5909, Weg, Biedenbachstraße, Größe 0,92 Ar, sollen am Donnerstag, dem 4. Dezember 1986, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 1. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kundendienst-Ing. Dietrich Wecks,  
b) seine Ehefrau Ilse Wecks geb. Köfender, beide in Fulda, — als Miteigentümer je zur Hälfte —.

Der Verkehrswert der Grundstücke ist wie bei den lfd. Nrn. angegeben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 2. 10. 1986 **Amtsgericht**

### 5230

5 K 45/85: Die im Grundbuch von Johannesberg, Band 6, Blatt 205, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Johannesberg, Flur 1, Flurstück 19, Lieg.B. 132, Ackerland, Agricolastraße, Größe 11,14 Ar

(Wert: 55 700,— DM),

lfd. Nr. 5, Gemarkung Johannesberg, Flur 1, Flurstück 18, Hof- und Gebäudefläche, Agricolastraße 1, Größe 8,48 Ar

(Wert: 163 600,— DM),

sollen am Donnerstag, dem 11. Dezember 1986, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 3. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Helmuth Walter in Johannesberg.

Der Verkehrswert der Grundstücke ist wie bei den lfd. Nrn. angegeben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 2. 10. 1986 **Amtsgericht**

### 5231

K 44/86: Das im Grundbuch von Neuses, Band 55, Blatt 1468, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Neuses, Flur 1, Flurstück 95/6, Hof- und Gebäudefläche, Am Weinberg 3, Größe 5,45 Ar,

soll am Freitag, dem 9. Januar 1987, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Raum 11, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Werner Kriesten in Freigericht, Ortsteil Neuses.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

282 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 1. 10. 1986 **Amtsgericht**

### 5232

42 K 200/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Gießen, Band 389, Blatt 14 807,

lfd. Nr. 1, Flur 4, Nr. 153/3, Hof- und Gebäudefläche, Stephanstraße 9, Größe 4,09 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Nr. 169/1, Hof- und Gebäudefläche, Stephanstraße 9, Größe 2,26 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 4, Nr. 169/2, Hof- und Gebäudefläche, Stephanstraße 9, Größe 2,45 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. Januar 1987, 10.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 11. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Emmy Diehl,  
b) Wolfgang Günther Michael Niebling, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1, Flur 4, Nr. 153/3 auf

61 500,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Nr. 169/1 auf

478 943,55 DM,

lfd. Nr. 3, Flur 4, Nr. 169/2 auf

79 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 6. 10. 1986 **Amtsgericht**

### 5233

42 K 12/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Lollar, Band 80, Blatt 2920,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Nr. 14, Ackerland auf dem Rollfurt, Größe 19,65 Ar,

soll am Donnerstag, dem 8. Januar 1987, 8.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstraße 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. 1. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hiltrud Kötter und Heinrich Schwalm, — in Erbengemeinschaft —.

Im ersten Termin wurde der Zuschlag gemäß § 85 a I ZVG versagt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

11 790,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 7. 10. 1986 **Amtsgericht**

### 5234

24 K 41/86: Das im Grundbuch von Groß-Gerau, Band 148, Blatt 6094, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Groß-Gerau, Flur 1, Flurstück 163/1, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Burggraben 32, Größe 2,17 Ar,

soll am Dienstag, dem 9. Dezember 1986, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Oppenheimer Straße 4, Arbeitsamtsgebäude, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer:

2 a) Föbel geb. Hirsch, Lieselotte Margarete, geb. 7. 7. 1941, Weidigweg 7, Darmstadt-Eberstadt,

b) Fritsch geb. Hirsch, Rosemarie Inge, geb. 20. 10. 1942, Püngeler Straße 1, 5100 Aachen,

c) Hirsch, Hans Georg, geb. 5. 7. 1945, Am Marktplatz 2, Groß-Gerau,

d) Wegmann geb. Hirsch, Elke Helene, geb. 1. 3. 1947, Efeuweg 24, 4290 Bochum 6,

e) Patterson geb. Hirsch, Gabriele Hildgard, geb. 29. 7. 1949, Flughafenstraße 1 c, 6103 Griesheim, — in Erbengemeinschaft —.

Verkehrswert: 80 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 16. 9. 1986 **Amtsgericht**

### 5235

24 K 47/86: Das im Grundbuch von Klein-Gerau, Band 55, Blatt 2160, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Gerau, Flur 5, Flurstück 828/2, Gebäude- und Freifläche, Am Brückel 16 A, Größe 2,93 Ar,

soll am Dienstag, dem 9. Dezember 1986, 10.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Oppenheimer Straße 4, Arbeitsamtsgebäude, Sitzungssaal

Wir liefern aus

# WIEGAND

Kommentar

zum

## Bundesperziehungsgeldgesetz

herausgegeben und bearbeitet von

Bernd Wiegand, Präsident des Hessischen Landessozialgerichts,

Loseblattwerk, z. Z. ca. 540 Seiten, Format DIN A5, DM 124,-

ISBN 3-87124-029-X

Das in wenigen Monaten entstandene Gesetz wirft für alle, die sich mit dieser völlig neuen Materie befassen müssen, eine Vielzahl von Fragen und Problemen auf:

- **WER hat Anspruch auf Erziehungsgeld?**
- **IST Erziehungsgeld einkommensabhängig?**
- **WIE steht es mit dem Kündigungsschutz?**
- **WELCHE Behörden sind für die Durchführung des Gesetzes zuständig?**
- **WELCHES Verfahrensrecht wird von den zuständigen Behörden angewandt?**
- **NACH welchen Richtlinien arbeiten die zuständigen Behörden?**

Der Kommentar enthält die notwendigen Gesetzestexte und Verwaltungsvorschriften sowie alle landesrechtlichen Regelungen und Vereinbarungen. Die Benutzung von Sekundärliteratur erübrigt sich daher.

Durch praxisgerechte Zusammenstellung einzelner Themen, übersichtliche Gliederung und gezielte Erläuterungen wird ein Höchstmaß an Information erreicht. Der Benutzer wird dadurch in die Lage versetzt, Entscheidungen zu treffen, die einer kritischen Nachprüfung standhalten.

Die Konzeption des Werkes als Loseblattausgabe wird auch künftig stets die Wiedergabe des aktuellen Stands von Gesetzgebung und Rechtsprechung gewährleisten!

---

Verlag Chmielorz GmbH · Wilhelmstraße 42 · 6200 Wiesbaden

im Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2 a) Behrens, Jürgen, Flugzeugelektriker, geb. 10. 10. 1952,

b) Behrens geb. Gundling, Renate, Krankenschwester, geb. 20. 9. 1957, Eheleute, Bahnhofstraße 35, Biebesheim, — je zur Hälfte —

Verkehrswert: 320 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 16. 9. 1986 **Amtsgericht**

### 5236

24 K 52/86: Das im Grundbuch von Berkach, Band 12, Blatt 568, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Berkach, Flur 3, Flurstück 210, Hof- und Gebäudefläche, In der Berlich, Größe 5,43 Ar,

soll am Dienstag, dem 16. Dezember 1986, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Oppenheimer Straße 4, Arbeitsamtsgebäude, Sitzungssaal im Tiefgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

3) Magenwirth, Herbert, Programmierer, geb. 17. 3. 1944, In der Berlich 10, 6080 Groß-Gerau.

Verkehrswert: 330 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 16. 9. 1986 **Amtsgericht**

### 5237

42 K 16/85: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Rückingen, Band 93 und 94, Blatt 2757, 2758 und 2765 eingetragenen Grundstücke versteigert werden.

I. Band 93, Blatt 2757: 30/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Rückingen, Flur 2, Flurstück 31/1, Gebäude- und Freifläche, Mozartstraße 22, Größe 5,33 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 16 bezeichneten Wohnung, 3. Obergeschoß rechts.

II. Band 93, Blatt 2758: 70/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Rückingen, Flur 2, Flurstück 31/1, Gebäude- und Freifläche, Mozartstraße 22, Größe 5,33 Ar, Rückingen, Flur 2, Flurstück 31/2, Gebäude- und Freifläche, Mozartstraße 22, Größe 5,33 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 17 bezeichneten Wohnung, 3. Obergeschoß rechts.

III. Band 94, Blatt 2765: 5/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Rückingen, Flur 2, Flurstück 31/1, Gebäude- und Freifläche, Mozartstraße 20, Größe 8,29 Ar,

Rückingen, Flur 2, Flurstück 31/2, Gebäude- und Freifläche, Mozartstraße 22, Größe 5,33 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 24 bezeichneten Garage.

Gemeinsamer Text zu I. bis III.: Die zu den in Blatt 2742 bis 2773 eingetragenen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränken sich gegenseitig. Auf die Bewilligung vom 14. 3. 1980 wird Bezug genommen.

Versteigerungstermin am Dienstag, dem 27. Januar 1987, 9.00 Uhr, Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümer am 7. 2. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Wolfgang Kreidner,  
b) Christine Kreidner geb. Raabe, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 205 900,— DM für Blatt 2757 und 2758; 8 000,— DM für Blatt 2765, Gesamtwert 213 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 29. 9. 1986 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5238

42 K 13/86: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Bischofsheim, Band 146, Blatt 4801, eingetragene 1289/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

BV Nr. 1, Gemarkung Bischofsheim, Flur 14, Flurstück 262, Hof- und Gebäudefläche, Goethestraße 127, Größe 59,47 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 2014 des Aufteilungsplans, versteigert werden.

Veräußerungsbeschränkungen mit Ausnahme; u. a. im Wege der Zwangsvollstreckung.

Es sind Sondernutzungsrechte betreffend die Pkw-Abstellplätze zugeordnet worden.

Versteigerungstermin am Donnerstag, dem 22. Januar 1987, 9.00 Uhr, Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümer am 4. 2. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Rolf Ferdinand Krause,  
b) Dorothea Krause, 6457 Maintal, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 145 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 29. 9. 1986 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5239

42 K 251/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Hochstadt, Band 82, Blatt 3070,

BV Nr. 1, Gemarkung Hochstadt, Flur 18, Flurstück 54/1, Gebäude- und Freifläche, Am Röderberg 8, Größe 7,30 Ar,

soll am Donnerstag, dem 5. Februar 1987, 9.00 Uhr, Raum 161, 1. Stock, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 1. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Reinhold Kempf, 6457 Maintal 3.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 470 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 2. 10. 1986 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5240

42 K 254/84: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Kesselstadt eingetragene 125/1000 Anteil an dem Erbbaurecht, das im Grundbuch von Kesselstadt, Band 52, Blatt 2138, als Belastung des im Bestandsverzeichnis unter Nr. 5 verzeichneten Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kesselstadt, Flur 5, Flurstück 11/6, Hof- und Gebäudefläche, Salsweg 71, Größe 6,00 Ar,

in Abteilung II, Nr. 4, für die Dauer von 99 Jahren seit dem 1. Januar 1970 eingetragen ist, versteigert werden.

Als Eigentümer des belasteten Grundstücks ist der Ingenieur Robert Steuernagel, Gladenbach, eingetragen.

Der Erbbauberechtigte bedarf zur Veräußerung und Belastung des Erbbaurechts der Genehmigung des jeweiligen Grundstückseigentümers.

Mit dem Anteil an dem Erbbaurecht ist das Sondereigentum an der Wohnung im 2., Obergeschoß rechts, ein Kellerraum und ein Autoabstellplatz, im Aufteilungsplan mit F bezeichnet, verbunden. Der Wohnungseigentümer bedarf zur Veräußerung der Zustimmung des Verwalters, außer bei Veräußerung u. a. im Wege der Zwangsvollstreckung.

Versteigerungstermin am Donnerstag, dem 11. Dezember 1986, 9.00 Uhr, Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 1. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elfriede Weingärtner geb. Keim, 6450 Hanau.

Der Wert des Erbbaurechts ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 145 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 6. 10. 1986 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5241

42 K 169/82, 183/82 und 159/83: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen folgende, im Grundbuch von Bischofsheim eingetragene Wohnungseigentumsrechte versteigert werden:

Band 164, Blatt 5332,

BV lfd. Nr. 1: 14/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 1 des Aufteilungsplanes.

Band 164, Blatt 5333,

BV lfd. Nr. 1: 7/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 2 des Aufteilungsplanes.

Band 164, Blatt 5335,

BV lfd. Nr. 1: 14/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 4 des Aufteilungsplanes.

Band 164, Blatt 5336,

BV lfd. Nr. 1: 14/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 5 des Aufteilungsplanes.

Band 164, Blatt 5345,

BV lfd. Nr. 1: 7/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 14 des Aufteilungsplanes.

Band 164, Blatt 5357,

BV lfd. Nr. 1: 7/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 26 des Aufteilungsplanes.

Band 165, Blatt 5364,

BV lfd. Nr. 1: 14/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 33 des Aufteilungsplanes.

Band 165, Blatt 5365,

BV lfd. Nr. 1: 7/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 34 des Aufteilungsplanes.

Band 165, Blatt 5366,

BV lfd. Nr. 1: 7/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 35 des Aufteilungsplanes.

Band 165, Blatt 5367,

BV lfd. Nr. 1: 14/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 36 des Aufteilungsplanes.

Band 165, Blatt 5370,

BV lfd. Nr. 1: 7/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 39 des Aufteilungsplanes.

Band 165, Blatt 5371,

BV lfd. Nr. 1: 14/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 40 des Aufteilungsplanes.

Band 165, Blatt 5389,

BV lfd. Nr. 1: 7/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 58 des Aufteilungsplanes.

Band 165, Blatt 5390,

BV lfd. Nr. 1: 7/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 16, Flurstück 2/3, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Kreuzstein 79 und 81, Größe 67,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 59 des Aufteilungsplanes.

Gemeinsamer Text für alle Wohnungseigentumsrechte: Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen Blatt 5332 bis 5398). Zur Veräußerung ist die Zustimmung des Verwalters erforderlich, ausgenommen Veräußerungen a) an Ehegatten, Abkömmlinge, Verwandte in gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie, b) im Wege der Zwangsversteigerung oder durch den Konkursverwalter. Wegen Inhalt und Gegenstand des Sondereigentums wird im übrigen auf die Eintragungsbewilligung vom 25. 4. 1980 Bezug genommen.

Versteigerungstermin am Donnerstag, dem 4. Dezember 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 11. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Immo-Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH.

Der Wert der Wohnungseigentumsrechte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

a) für Blatt 5332, 5335, 5336, 5364, 5367 und 5371 auf jeweils 96 200,— DM,  
b) Blatt 5333, 5345, 5357, 5365, 5366, 5370, 5389, 5390 auf jeweils 61 900,— DM,  
c) insgesamt auf 1 072 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**6450 Hanau, 8. 10. 1986 Amtsgericht, Abt. 42**

## 5242

2 K 19/85: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Karlshafen, Band 52, Blatt 1319, Gemarkung Karlshafen, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1: Flur 15, Flurstück 240/22, Hof- und Gebäudefläche, Unter dem Königsberg 1, Größe 3,40 Ar,

lfd. Nr. 2: Flur 15, Flurstück 321/18, Hof- und Gebäudefläche, Unter dem Königsberg 1, Größe 1,90 Ar,

lfd. Nr. 4: Flur 15, Flurstück 21/6, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, Unter dem Königsberg 1, Größe 17,63 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Februar 1987, 9.00 Uhr, Saal 24, im Gerichtsgebäude Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 6. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Georg und Edeltraud Schubert geb. Knölke, Bad Karlshafen, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Flur 15, Flurstück 240/22 auf

304 480,— DM,

Flur 15, Flurstück 321/18 auf 2 850,— DM,

Flur 15, Flurstück 21/6 auf 70 520,— DM.

In einem früheren Termin wurde der Zuschlag gem. § 85 a ZVG versagt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**3520 Hofgeismar, 29. 9. 1986 Amtsgericht**

## 5243

2 K 15/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Kröftel, Band 15, Blatt 457,

Flur 1, Flurstück 64/2, Freifläche unter der Hambach, Größe 9,15 Ar,

soll am Dienstag, dem 27. Januar 1987, 9.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude Gerichtsstraße 1, 6270 Idstein, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 3. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hans-Werner Ehrhardt und Petra Ehrhardt geb. Bildstein, beide Idstein, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

538 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**6270 Idstein, 1. 10. 1986 Amtsgericht**

## 5244

64 K 93/85: Die im Grundbuch von Kassel, Band 497, Blatt 13 010, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Kassel, Flur CC, Flurstück 244/19, Gebäude- und Freifläche, Helmholtzstraße 5, Größe 5,37 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Kassel, Flur CC, Flurstück 244/27, Gebäude- und Freifläche, Helmholtzstraße 5, Größe 0,59 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Kassel, Flur CC; Flurstück 244/28, Gebäude- und Freifläche, Helmholtzstraße 5, Größe 2,85 Ar,

sollen am Montag, dem 12. Januar 1987, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 4. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Schaumburg, Rolf-Dieter, geb. 6. 5. 1956, Kassel.

Verkehrswert gem. § 74 a ZVG ist insgesamt 198 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 5. 9. 1986 Amtsgericht**

## 5245

5 K 4/86: Am Mittwoch, dem 14. Januar 1987, 10.00 Uhr, sollen vor dem Amtsgericht Kirchhain, Saal 116, die im Grundbuch von Schönbach, Band 7, Blatt 186, auf den Namen des Heinrich Heck, Anzefahrer Straße 8, 3575 Kirchhain-Schönbach, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 56, Gartenland, die Hirtgärten, Größe 3,36 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 2, Flurstück 5, Hof- und Gebäudefläche, die Hirtgärten, Haus-Nr. 37, Größe 7,63 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 2, Flurstück 53, Gartenland, Mühlweggarten, Größe 4,39 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 4, Flurstück 33, Ackerland, der Strauch, Größe 75,28 Ar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Nähere Bestimmungen können bei Gericht und bei der Stadtverwaltung Kirchhain (Aushang) eingesehen werden.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a ZVG festgesetzt worden für

lfd. Nr. 2 auf 2 688,— DM,

lfd. Nr. 5 auf 106 705,— DM,

lfd. Nr. 6 auf 2 634,— DM,

lfd. Nr. 8 auf 13 550,— DM,

insgesamt auf 125 577,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**3575 Kirchhain, 3. 10. 1986 Amtsgericht**

## 5246

9 K 51/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Glashütten, Band 15, Blatt 501,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Glashütten, Flur 2, Flurstück 394/1, Ackerland, Hinter dem Ort, Größe 6,13 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Glashütten, Flur 2, Flurstück 399, Hof- und Gebäudefläche, Forsthausstraße 11, Größe 14,16 Ar (laut Katasterauszug E 3493/84: Gebäude- und Freifläche),

soll am Dienstag, dem 3. Februar 1987, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 8. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Herr Gregor Both, 6246 Glashütten/Taunus,

Frau Brigitte Theile, 6500 Mainz, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 15 300,— DM,  
lfd. Nr. 2 auf 834 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 15. 9. 1986

Amtsgericht, Abt. 9

## 5247

9 K 22/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Hornau, Band 69, Blatt 2306,

lfd. Nr. 1, Flur 12, Flurstück 573/1, Hof- und Gebäudefläche, Lessingstraße 10, Größe 7,23 Ar (laut Katasterauszug: Gebäude- und Freifläche, Wohnen), 2geschossiges Wohnhaus — eigengenutzt —,

soll am Dienstag, dem 16. Dezember 1986, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 2. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Traute Elfriede Kuhrau,

Werner Kuhrau,

Michael Kuhrau, — je zu einem Drittel —, alle in Kelkheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

510 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 3. 10. 1986

Amtsgericht, Abt. 9

## 5248

1 K 26/86: Das im Grundbuch von Freienhagen, Band 29, Blatt 886, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses, Gemarkung Freienhagen, Flur 32, Flurstück 153, Hof- und Gebäudefläche, Manegoldstraße 26, Größe 9,28 Ar,

soll am Freitag, dem 16. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hagenstraße 2, Erweiterungsbau, Raum 132, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wolfgang Anlauf, Stennernring 55, 3559 Burgwald 3.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

130 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 29. 9. 1986

Amtsgericht

## 5249

1 K 49/86: Das im Grundbuch von Herzhausen, Band 11, Blatt 380, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses, Gemarkung Herzhausen, Flur 7, Flurstück 48/7, Bauplatz, Ahornweg 1, Größe 7,19 Ar,

soll am Freitag, dem 9. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hagenstraße 2, Erweiterungsbau, Raum 132, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 5. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Sylvia Höfener geb. Freiberg, Im Bruch 5, 4355 Waltrop.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

17 038,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 29. 9. 1986

Amtsgericht

## 5250

7 K 40/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Egelsbach, Band 77, Blatt 3880,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Egelsbach, Flur 1, Flurstück 615/1, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 65, Größe 6,54 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Raum 20, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Erika Wesp geb. Lenhardt, Bahnstraße 65, 6073 Egelsbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

493 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 2. 10. 1986

Amtsgericht

## 5251

7 K 4/86: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Niederbrechen, Band 87, Blatt 2907,

lfd. Nr. 1, Flur 78, Flurstück 181/5, Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße 66, Größe 2,32 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 78, Flurstück 182/5, Hofraum, daselbst, Größe 0,45 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. Februar 1987, 14.00 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Limburg a. d. Lahn, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 1. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Adolf Parteneimer,

b) dessen Ehefrau Helga Irmgard Parteneimer geb. Stephan, in Brechen, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

Grundstück Nr. 1 (Einfamilienhaus mit gewerblicher Nutzung im Bereich der Scheune) auf 111 200,— DM,

Grundstück Nr. 2 auf 3 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 30. 6. 1986

Amtsgericht

## 5252

7 K 94/85: Das im Grundbuch von Wehrda, Band 82, Blatt 2584, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehrda, Flur 12, Flurstück 105/12, Hof- und Gebäudefläche, Platz, Ernst-Lemmer-Straße 14, Größe 71,60 Ar,

davon 105/10 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 9. Obergeschoß und an einem Kellerraum im Kellergeschoß, lt. Aufteilungsplan mit Nr. 112 bezeichnet,

soll am Donnerstag, dem 22. Januar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 7. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bodo Sang, Flinschstraße 51, 6000 Frankfurt am Main.

Der Wert des Objekts ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 167 000,— DM.

Im Versteigerungstermin am 11. September 1986 ist der Zuschlag bereits aus den Gründen des § 85 a Abs. 1 ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 12. 9. 1986

Amtsgericht

## 5253

7 K 95/85: Das im Grundbuch von Wehrda, Band 80, Blatt 2505, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehrda, Flur 12, Flurstück 105/12, Hof- und Gebäudefläche, Platz, Ernst-Lemmer-Straße 14, Größe 71,60 Ar,

davon 40/10 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 2. Obergeschoß und an einem Kellerraum im Kellergeschoß, lt. Aufteilungsplan mit Nr. 33 bezeichnet,

soll am Donnerstag, dem 22. Januar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 7. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Heinz Simon, Gartenweg 4, 2409 Scharbeutz,

b) Annemarie Simon, Gaststätte Simon, 5144 Wegberg-Riedelrath, — je zur Hälfte.

Der Wert des Objekts ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 64 000,— DM.

Im Versteigerungstermin am 11. September 1986 ist der Zuschlag bereits aus den Gründen des § 85 a Abs. 1 ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 12. 9. 1986

Amtsgericht

## 5254

7 K 58/85: Das im Grundbuch von Wehrda, Band 83, Blatt 2605, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehrda, Flur 12, Flurstück 105/12, Hof- und Gebäudefläche, Platz, Ernst-Lemmer-Straße 14, Größe 71,60 Ar,

davon Miteigentumsanteil von 75/10 000, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 11. Obergeschoß und an einem Kellerraum im Kellergeschoß, lt. Aufteilungsplan mit Nr. 133 bezeichnet,

soll am Donnerstag, dem 22. Januar 1987, 8.50 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 5. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Erich Nörpchen und Ingeborg Nörpchen geb. Thiering, Schieferhof 27, 5202 Hennef-Sieg-Lichtenberg, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Objekts ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 119 400,— DM.

Im letzten Termin ist eine Entscheidung gemäß § 85 a I ZVG ergangen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 15. 9. 1986

Amtsgericht



**5255**

22 K 54/85: Das im Grundbuch von Michelstadt, Band 86, Blatt 3171, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Michelstadt, Flur 7, Flurstück 465/4, Hof- und Gebäudefläche, Stadtring 119, Größe 6,58 Ar, soll am Dienstag, dem 13. Januar 1987, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, Erbacher Straße 47, Saal 128, S-Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 8. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Klaus Schäfer, Stadtring 119, 6120 Michelstadt, — zu 1/3-Anteil —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 107 000,— DM für den 1/3-Anteil.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6120 Michelstadt, 30. 9. 1986 Amtsgericht**

**5256**

22 K 5/86: Das im Grundbuch von Rothenberg, Band 33, Blatt 1099, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rothenberg, Flur 6, Flurstück 25/31, Hof- und Gebäudefläche, Eberbacher Straße 4, Größe 20,22 Ar, soll am Dienstag, dem 13. Januar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, Erbacher Straße 47, Saal 128, S-Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Willi Siefert, Eberbacher Straße 4, 6121 Rothenberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 370 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6120 Michelstadt, 2. 10. 1986 Amtsgericht**

**5257**

K 103/84: Das im Grundbuch von Langen-Brombach, Band 12, Blatt 475, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Langen-Brombach, Flur 1, Flurstück 18, Hof- und Gebäudefläche, Am Sonnenberg 22—24, Größe 21,58 Ar, soll am Donnerstag, dem 19. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, Erbacher Straße 47, Saal 128, S-Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 10. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Rupprecht, Carlo,  
b) Rupprecht, Christel, geb. Lühr, — je zur Hälfte —.

Im 1. Versteigerungstermin ist der Zuschlag versagt worden, da das Meistgebot unter 7/10 des nach § 74 a ZVG festgesetzten Verkehrswertes lag.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 637 640,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6120 Michelstadt, 24. 9. 1986 Amtsgericht**

**5258**

K 15/86: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Heinebach, Band 36, Blatt 1161, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heinebach, Flur 6, Flurstück 12/9, Hof- und Gebäudefläche, Belgische Straße 18, Größe 8,89 Ar,

soll am Freitag, dem 16. Januar 1987, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Rotenburg a. d. Fulda, Weidenberggasse 1, Sitzungssaal I, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 4. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hahn, Erwin, Beamter, geb. am 6. 8. 1939, wohnhaft: Egidystraße 62 in 1000 Berlin 27.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 241 100,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6442 Rotenburg a. d. Fulda, 26. 9. 1986 Amtsgericht**

**5259**

5 K 27/86: Das im Grundbuch von Wilhelmsdorf, Band 9, Blatt 237, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wilhelmsdorf, Flur 1, Flurstück 4/5, Gebäude- und Freifläche, Jägerwiese 2, Größe 11,33 Ar,

soll am Dienstag, dem 13. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Ober-

geschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Erich Moos, Usingen, Stadtteil Wilhelmsdorf,

b) Edda Moos geb. Meißner, Neu-Anspach, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

310 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6390 Usingen, 19. 9. 1986 Amtsgericht**

**5260**

K 30/82: Die im Grundbuch von Aumenau, Band 39, Blatt 1295, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Aumenau, Flur 22, Flurstück 307/3, Bauplatz, Ortsstraße, Größe 6,86 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Aumenau, Flur 22, Flurstück 307/2, Bauplatz, Ortsstraße, Größe 1,94 Ar,

sollen am Montag, dem 8. Dezember 1986, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg,

# Zeitschrift für Sozialreform

Herausgeber: Prof. Dr. Rohwer-Kahlmann

- aktuelle Abhandlungen zu allen Problemen der Sozialreform
- interessante Beiträge in- und ausländischer Autoren
- Veröffentlichungen im internationalen Vergleich
- Wissenschaft und Praxis

Bitte fordern Sie Probeexemplare an!

**Verlag Chmielorz GmbH**  
Wilhelmstraße 42 · Postfach 22 29 · 6200 Wiesbaden

Mauerstraße 25, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 7. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Eikemper, Paul, geb. 28. 5. 1934, — zu einem Sechstel —,

b) Eikemper geb. Metz, Hedwig, geb. 10. 4. 1935, — zu einem Sechstel —,

c) Eikemper, Paul, geb. 22. 11. 1955, — zu einem Drittel —,

d) Eikemper, Thomas, geb. 13. 5. 1960, — zu einem Drittel —, zu a) bis d) 6390 Usingen 1, Wilhelm-Heinrich-Straße 25.

Festgesetzter Wert: 17 660,—DM (beide Grundstücke als wirtschaftliche Einheit).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6290 Weilburg, 29. 9. 1986 Amtsgericht

## 5261

3 K 69/85: Das im Grundbuch von Naunheim, Band 80, Blatt 2925, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Naunheim, Flur 8, Flurstück 182, Ackerland, Am Maurer, Größe 16,76 Ar,

soll am Donnerstag, dem 4. Dezember 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Wertherstraße 1, Raum B 101, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 7. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Günter Simon und Siglinde Simon geb. Wischnewsky, Naunheim, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 11 732,—DM für Flur 8, Flurstück 182.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 23. 9. 1986 Amtsgericht

## 5262

3 K 27/86: Das im Grundbuch von Bischoffen, Band 36, Blatt 1372, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Bischoffen, Flur 11/1, Flurstück 27, Holzung, Im tiefen Graben, Größe 61,99 Ar,

soll am Donnerstag, dem 11. Dezember 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Wertherstraße 1, Raum B 101, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 3. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heinz Seel, 6349 Übernthal.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 10 550,—DM für Flurstück 27.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 23. 9. 1986 Amtsgericht

## 5263

3 K 57/86: Das im Grundbuch von Großrechtenbach, Band 47, Blatt 1686, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Großrechtenbach, Flur 14, Flurstück 260, Hof- und Gebäudefläche, Tannenweg (Nr. 1), Größe 7,84 Ar,

soll am Mittwoch, dem 21. Januar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Wertherstraße 1, Raum B 306, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 4. 7. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Inge Wagner, Rechtenbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 310 400,—DM für Flurstück 260.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 23. 9. 1986 Amtsgericht

## 5264

61 K 96/85: Der im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 567, Blatt 31 327, eingetragene Miteigentumsanteil von 627/10 000 an dem Grundstück,

Gemarkung Wiesbaden, Flur 17, Flurstück 477/72, Hof- und Gebäudefläche, Seerobensstraße 11, Größe 11,61 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. H 5 bezeichneten Sondereigentumsseinheit,

soll am Mittwoch, dem 3. Dezember 1986, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 151, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 8. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Demmrich.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 125 000,—DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 30. 9. 1986 Amtsgericht

## 5265

61 K 113 und 114/85: Das Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch,

a) Wiesbaden-Innen, Band 571, Blatt 31 431, Gemarkung Wiesbaden, Flur 69, lfd. Nr. 1, Flurstück 54/1, Hof- und Gebäudefläche, Bertramstraße 17, Größe 2,12 Ar,

lfd. Nr. 2, Flurstück 54/3, Hof- und Gebäudefläche, Bertramstraße 17, Größe 0,59 Ar,

lfd. Nr. 3, Flurstück 54/2, Hof- und Gebäudefläche, Bertramstraße 15, Größe 2,38 Ar,

b) Wiesbaden-Innen, Band 571, Blatt 31 432, Gemarkung Wiesbaden, Flur 69, lfd. Nr. 1, Flurstück 315/50, Hof- und Gebäudefläche, Bertramstraße 15, Größe 11,89 Ar,

soll am Dienstag, dem 9. Dezember 1986, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

a) die Flurstücke 54/1 und 54/3 auf 655 000,—DM,

b) das Flurstück 54/2 auf 70 000,—DM,

c) das Flurstück 315/50 auf 1 170 000,—DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 30. 9. 1986 Amtsgericht

## 5266

61 K 165/85: Die folgenden Miteigentumsanteile an dem Grundstück Gemarkung Wiesbaden,

Flur 59, Flurstück 1562/49, Hof- und Gebäudefläche, Niederwaldstraße 14, Größe 13,26 Ar,

eingetragen im Grundbuch von

a) Wiesbaden-Innen, Band 631, Blatt 33 206, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung nebst Abstellkeller, die im Aufteilungsplan mit Nr. M 9 bezeichnet ist,

b) Wiesbaden-Innen, Band 631, Blatt 33 209, verbunden mit dem Sondereigentum an den nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen, die im Aufteilungsplan mit Nr. SO M 12 bezeichnet sind,

sollen am Dienstag, dem 6. Januar 1987, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Moritzstraße 5 (Nebengebäude), Zimmer 413, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 2. 1986 und 3. 6. 1986 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Raimund Megolat.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

a) auf 143 000,—DM,

b) auf 43 500,—DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 1. 10. 1986 Amtsgericht

## 5267

61 K 213/84: Das im Grundbuch von Schierstein, Band 156, Blatt 4079, eingetragene Grundeigentum,

Gemarkung Schierstein, Flur 26, Flurstück 33, Hof- und Gebäudefläche, Freudenbergstraße 5, Größe 8,42 Ar,

soll am Dienstag, dem 6. Januar 1987, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, Zimmer 413, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 12. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Kreuter, Wiesbaden.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 227 500,—DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 3. 10. 1986 Amtsgericht

## 5268

61 K 34/86: Die im Grundbuch von Wiesbaden-Außen, Band 493, Blatt 12 582, eingetragenen Miteigentumsanteile von 6 273 441/100 000 000 an dem Grundstück Gemarkung Wiesbaden, Flur 82, Hof- und Gebäudefläche, Kapellenstraße 25 a,

Flurstück 54/1, Größe 7,69 Ar,

Flurstück 77/3, Größe 0,15 Ar,

Flurstück 77/5, Größe 1,59 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 1. Obergeschoß nebst Kellerraum, im Aufteilungsplan jeweils mit Nr. 6 bezeichnet;

es besteht ein Sondernutzungsrecht an dem mit Nr. 6 bezeichneten Pkw-Abstellplatz im Freien;

sollen am Dienstag, dem 13. Januar 1987, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, Zimmer 413, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 6. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Trabandt.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 196 400,—DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 3. 10. 1986 Amtsgericht

## Andere Behörden und Körperschaften

### Sitzung des Umlandverbandes Frankfurt

Die 10. — öffentliche — Sitzung des Freizeit- und Sportausschusses findet am Mittwoch, 22. Oktober 1986, 16.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

6000 Frankfurt am Main, 16. Oktober 1986

Umlandverband Frankfurt  
Der Verbandstag  
Küchler, Vorsitzender

## Öffentliche Ausschreibungen

FRANKFURT AM MAIN: Von der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG), 6000 Frankfurt am Main 75, werden für den Bau des Bürogebäudes Ost die nachstehend aufgeführten Arbeiten öffentlich ausgeschrieben.

Nr. OE 226/86: Schwachstromarbeiten

Zur Ausführung kommen:

Lieferung und Verlegen von ca. 200 km Fernmelde- und Installationskabel, 1-100paarig, ca. 24 km Mantelleitungen NYM, Lieferung und Montage von Gebäudehaupt-, Etagen- und Unterverteilern für Fernmeldetechnik.

Lieferung und Montage von ca. 650 m Kabelbahnen sowie ca. 30 km Kunststoff- bzw. Stahlpanzerrohren.

Lieferung, Montage und Inbetriebnahme einer Brandmeldezentrale inkl. der dazugehörigen peripheren Geräte und Schnittstellen.

Lieferung und Montage von ca. 60 Rauchschutzzentralen inkl. aller peripheren Geräte und Schnittstellen.

Lieferung, Montage und Inbetriebnahme einer elektroakustischen Anlage mit 50 Lautsprecherlinien komplett, einschließlich aller peripheren Geräte.

Kostengebühr: 125,— DM  
Vorgesehene Ausführungszeit: Anfang Dezember 1986 bis Juni 1987  
Schlußtermin für die Anforderung: 23. Oktober 1986  
Submissionstermin: Mitte November 1986  
Weitere Auskünfte: Tel. (0 69) 6 90 61 11

Zu dieser öffentlichen Ausschreibung werden die Wettbewerbsunterlagen nach schriftlicher Anforderung an die FAG auf dem Postweg zugestellt. Der Anforderung — unter Angabe der o. g. Ausschreibungsnummer — ist der Nachweis beizufügen, daß die Kostengebühr auf das Postgirokonto der FAG Nr. 441 27-600 beim Postgiroamt Frankfurt am Main eingezahlt ist.

Die Bieter haben den Angeboten prüfbar Nachweise beizufügen, daß Arbeiten dieser Größenordnung bereits erfolgreich und termingemäß durchgeführt wurden.

6000 Frankfurt am Main 75, 8. Oktober 1986

Flughafen Frankfurt/Main AG  
Abteilung Bau und Anlagen

FRANKFURT AM MAIN: Abbruch-, Verbau-, Erdbau-, Stahlbeton-, Spannbeton-, Straßenbau- und Gleisbauarbeiten für die Erneuerung der Eisenbahn- und Straßenüberführungen im Zuge der Camberger Straße in Frankfurt am Main werden öffentlich ausgeschrieben.

Die Arbeiten sind unterteilt in Leistungen für die DB — Erneuerung von 3 Eisenbahnbrücken —, erfaßt in den Losen 1 bis 6 und in Leistungen für die Stadt Frankfurt am Main — Erneuerung von 3 Straßenbrücken und Straßenausbau —, erfaßt in den Losen Brückenbau Bw 22 i, Bw 22 k, Bw 22 l, Straßenbau und Leitungsbau.

Die Vergabe aller Lose erfolgt an einen Bieter.

Hauptsächliche Leistungen:

	DB-Lose	Stadt-Lose
Abbruch (Beton + Mauerwerk)	1 150 m <sup>3</sup>	1 500 m <sup>3</sup>
Verbau Spundwand	125 m <sup>2</sup>	1 500 m <sup>2</sup>
Verbau Trägerbohlwand	620 m <sup>2</sup>	—
Verbau Bohrpfähle	70 m <sup>2</sup>	—
Erdaushub	1 750 m <sup>3</sup>	3 700 m <sup>3</sup>
Hinterfüllung	1 400 m <sup>3</sup>	4 000 m <sup>3</sup>

Überbau im Spannbetonfertigteilsystem (Länge x Breite)

— 32,00 x 14,00 = 448 m<sup>2</sup>  
18,00 x 14,00 = 252 m<sup>2</sup>  
12,00 x 14,00 = 168 m<sup>2</sup>

Spannstahl

— 15 t

Stahlbeton

1 050 m<sup>3</sup> 1 600 m<sup>3</sup>

Betonstahl

100 t 200 t

Walzträger

50 t —

Dammaufhöhung

220 m —

Gleisumbau

600 m —

Prov. Steg für Fußgänger (Breite 2,50)

— 180 lfd. m

Bituminöse Fahrbahn

— 1 250 m<sup>2</sup>

Bituminöse Radwege

— 700 m<sup>2</sup>

Verbundpflaster

— 900 m<sup>2</sup>

Ausführung voraussichtlich in der Zeit vom Februar 1987 bis Juni 1990.

Die Vergabeunterlagen können bei der Bundesbahndirektion Frankfurt am Main, Friedrich-Ebert-Anlage 35, Zimmer 43, ab Mittwoch, dem 5. November 1986, 8.00 Uhr, angefordert werden gegen den Nachweis der Einzahlung einer Entschädigung von 360,— DM bei der Bundesbahn-Bezirkskasse Frankfurt am Main, Postgirokonto 106 67-607, Postgiroamt Frankfurt am Main. Dabei ist die Ausschreibungsnummer B 4130/01/86 anzugeben.

Der Betrag wird nicht zurückerstattet.

Eröffnungstermin: Donnerstag, 18. Dezember 1986, 11.00 Uhr, Zimmer 288, in der Bundesbahndirektion F, Friedrich-Ebert-Anlage 35.

Für die Vergabe kommen nur solche Bewerber in Betracht, die vergleichbare Arbeiten unter den besonderen Erschwernissen des Eisenbahnbetriebes nachweislich ausgeführt haben.

Bewerber müssen den Großen Eignungsnachweis zum Schweißen nach DIN 18 800 Teil 7 besitzen und von der Deutschen Bundesbahn zugelassen sein.

6000 Frankfurt am Main, 9. Oktober 1986

Stadt Frankfurt am Main  
Der Magistrat

Mit unseren Spezialmaschinen übernehmen wir das

**sandfreie Herausnehmen**

von NATURSTEIN-PFLASTER sowie das

**Aussortieren**

von auf Haufen gelagertem Alt-Pflaster.

Auch kaufen wir alles ALT-PFLASTER aus NATURSTEIN.

TUSA-NATURSTEINE, Postf. 924, 7290 Freudenberg, Tel. (0 74 41) 28 02

# Rubbel Los

Denk mal ans Rubbeln -  
Rubbel mal fürs Denkmal

bei Ihrer  
**LOTTO · TOTO-  
Annahmestelle  
in Hessen**



Extra-Gewinne

Mit einem Freilos haben Sie noch eine Extra-Chance frei. Jede Woche am Freitag Ziehung von Gewinnen aus den von Ihnen eingesandten Freilos.

1. Preis: Ein Opel Kadett Formheck mit Katalysator (17.000 DM)
2. Preis: 2 x eine Woche für 2 Personen auf einer hessischen Burg oder einem Schloß mit Vollpension (je 2.500 DM)
3. Preis: 3 x ein Wochenende für 2 Personen in einem hessischen Kur- oder Heilbad mit Vollpension (je 1.000 DM)

**Rubbel-Freilos-Zauberei**  
freitags live in Hessen Drei

im Rahmen der  
Hessenschau in  
Hessen Drei  
(19<sup>86</sup> bis 19<sup>89</sup> Uhr)

Sofortgewinne  
Lospreis 1,— DM  
Gewinne bis 40.000,— DM  
Jedes 6. Los gewinnt

Nähere Informationen bei Ihrer LOTTO · TOTO-Annahmestelle

## Stellenausschreibungen

Für den

### Landkreis Limburg-Weilburg,

152 000 Einwohner,

ist zum 3. Februar 1987 der/die

## Landrat/Landrätin

zu wählen. Kreissitz ist die Stadt Limburg a. d. Lahn.

Gesucht wird eine Persönlichkeit mit umfangreichen Kenntnissen und Erfahrungen in der Staats- und Kommunalverwaltung, die möglichst bereits in kommunaler Spitzenstellung tätig war.

Sie soll besondere Vorkenntnisse für eine wirksame Strukturpolitik im Kreis und für eine gute Organisation und Führung der Kreisverwaltung mitbringen.

Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre. Amtsbezüge und Aufwandsentschädigung richten sich nach der Besoldungsgruppe B 6 der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung vom 20. September 1979 (GVBl. I S. 219).

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden **bis zum 10. November 1986** erbeten an den **Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses, Kurt Leuninger, Kreishaus, Schiede 43, 6250 Limburg a. d. Lahn.**

**Sellgenstadt** mit Mittelpunktfunktion hat mit seinen beiden Stadtteilen ca. 18 000 Einwohner und liegt in besonders schöner Lage im Maintal zwischen Frankfurt am Main und Aschaffenburg. Außerlich geben dieser Stadt zahlreiche Fachwerkbauten und sonstige Baudenkmäler aus verschiedensten Jahrhunderten das Gepräge. Im Jahr 1986 erhielt die Stadt den 1. Hessischen Denkmalpreis. Sie ist im Sanierungsprogramm des Bundes und Landes Hessen aufgenommen. Alle Schulformen und vielfältige Sport- und Freizeiteinrichtungen sind am Ort vorhanden.

### Bei der STADT SELIGENSTADT

ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle des/der

## Bauamtsleiters/in

zu besetzen.

Das Bauamt umfaßt die Aufgabengebiete Bauverwaltung, Hoch- und Tiefbau, Stadtplanung, Altstadtsanierung und Denkmalpflege, Friedhofswesen und Grünflächen, Bauhof und Kläranlage.

Für diese vielseitigen Leitungsfunktionen wird eine fachlich qualifizierte, überdurchschnittlich befähigte Persönlichkeit mit abgeschlossenem Hochschulstudium und mehrjähriger Berufserfahrung – möglichst auf kommunaler Ebene – gesucht. Der/die Bewerber/in soll über umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im gesamten Bauwesen verfügen.

Erwartet werden ferner Aufgeschlossenheit, Wendigkeit, Eigeninitiative, Verhandlungsgeschick sowie die Befähigung zur Führung und Anleitung der Mitarbeiter.

Die Beschäftigung erfolgt im Angestelltenverhältnis mit Vergütung nach Vergütungsgruppe II BAT mit der Möglichkeit des Aufstieges nach Vergütungsgruppe I b BAT.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, lückenlosem Beschäftigungsnachweis, Lichtbild, Zeugnisabschriften und ggf. Angabe von Referenzen werden bis 22. November 1986 erbeten an den **Magistrat der Stadt Seligenstadt, Marktplatz 1, 6453 Seligenstadt.**

Postvertriebsstück

Verlag Kultur und Wissen GmbH

Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Gebühr bezahlt

1 Y 6432 A

Bei der

## VERSORGUNGSKASSE DARMSTADT

– Körperschaft des öffentlichen Rechts –

sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt folgende Stellen zu besetzen:

### 1 Inspektor/in

für die Sachbearbeitung nach Bes.Gr. A 9 BBesG mit Aufstiegsmöglichkeit.

### 1 Amtmann/Amtfrau

für die Abteilung Beamtenversorgung nach Bes.Gr. A 11 BBesG, bei qualifizierter Leistung ist Aufstieg nach Bes.Gr. A 12 BBesG möglich.

Von den Bewerber/innen erwarten wir insbesondere Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit, Eigeninitiative sowie umfassende und praktische Erfahrungen im Besoldungs- bzw. Versorgungsrecht. Darüber hinaus sind praktische Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von ADV-Verfahren erforderlich.

### 1 Programmierer/in

mit fundierten Kenntnissen und Erfahrungen in COBOL. Die Programmiersprachen PL 1 und RPG II sind erwünscht, aber nicht unbedingt Voraussetzung.

Wir bedienen uns einer Anlage mit dem Betriebssystem MVS mit VSAM.

Bewerber/innen sollen möglichst praktische Erfahrung als Programmierer und qualifizierte Informatikausbildung an FH oder TH besitzen, um verwaltungsbezogene EDV-Programme erstellen und pflegen zu können.

Die Vergütung erfolgt zunächst nach Verg.Gr. BAT V b, nach Einarbeitung und Bewährung nach Verg.Gr. BAT IV b. Beim Vorliegen beamtenrechtlicher Voraussetzungen ist auch die Übernahme als Beamter/in möglich.

Wir bieten eine Dauerstellung und die im öffentlichen Dienst bekannten sozialen Leistungen. Für die Beamtenstellen suchen wir Bewerber/innen mit der Befähigung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen mit Lichtbild und den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Tätigkeitsnachweis, Zeugnisse) erbitten wir an die **Versorgungskasse für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände** in Darmstadt, Stadtteil Kranichstein – Institutszentrum, Bartningstraße 55, Telefon (0 61 51) 7 06-2 31.

**STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN.** Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandkosten und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgirokonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Dietrich Gantz, Telefon 0 61 21 / 35 31; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter. Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71.

Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 88, Fernschreiber 4 186 648. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985.

Der Umfang der Ausgabe Nr. 42 vom 20. Oktober 1986 beträgt 36 Seiten.